

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Erlass der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020;

Aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 zwischen der Walonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche, gebilligt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019;

Aufgrund des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom XXX;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom XXX;

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am XXX in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In der Erwägung, dass die Abänderungen des vorliegenden Erlasses sich auf nebensächliche oder systemkonforme Anpassungen des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung beschränken und diese somit nicht von allgemeiner Tragweite sind; dass die Abänderungen dennoch eine gewisse Dringlichkeit besteht, für die kontinuierliche Gewährleistung des öffentlichen Dienstes und eine größtmögliche Rechtssicherheit für die Bürger, Unternehmen und Verwaltungen zu sorgen; dass es unter diesen Umständen angebracht ist, gemäß Artikel D.I.4 §1 Absatz 4 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung kein Gutachten des Beirats für Raumordnung zu beantragen;

Auf Vorschlag des für die Raumordnung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – In Artikel R.II.23-1 des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung wird das Wort „Eigentum“ durch das Wort „Gut“ ersetzt.

Art. 2 – In Artikel R.II.36-2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Die Türme“ durch die Wortfolge „Der Mast“ ersetzt.

Art. 3 – Artikel R.II.36-5 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird das Wort „Teil“ durch die Wortfolge „mindestens ein Drittel“ ersetzt.
2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:
„6. die Wasseroberfläche wird durch Baumbepflanzung teilweise beschattet.“

Art. 4 – Artikel R.II.36-9 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird das Wort „Eigentum“ durch das Wort „Gut“ ersetzt.
2. In Nummer 3 wird das Wort „Pulldach,“ zwischen dem Wort „matten“ und dem Wort „Satteldach“ eingefügt.

Art. 5 – Artikel R.II.36-11 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Eigentum“ durch das Wort „Gut“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort „Eigentum“ durch das Wort „Gut“ ersetzt.
3. In Absatz 3 Nummer 2 wird das Wort „öffentlichen“ zwischen dem Wort „zur“ und dem Wort „Zufahrtstraße“ eingefügt.

Art. 6 – §1 - Artikel R.IV.1-1 Absatz 4 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 9. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Nummer 2.1 wird eingefügt:
„2.1 Gebäude: selbstständig benutzbare, überdeckte bauliche Anlage, die von Menschen betreten werden kann und geeignet oder bestimmt ist, dem Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen zu dienen;“
2. In Nummer 4 wird die Wortfolge „als Zierde dienende“ gestrichen.
3. In Nummer 7 wird das Wort „Eigentum“ durch das Wort „Gut“ ersetzt.
4. In Nummer 11 wird zwischen dem Wort „der“ und dem Wort „Nähe“ das Wort „tatsächlichen“ eingefügt und zwischen dem Wort „befinden“ und dem Wort „und“ wird die Wortfolge „ohne unbedingt angrenzend zu sein“ eingefügt.
5. In Nummer 12 wird das Wort „Anbauvolumen“ durch das Wort „Nebenvolumen“ und das Wort „Eigentum“ durch das Wort „Gut“ ersetzt.
6. In Nummer 13 wird das Wort „Nebenvolumen“ jeweils durch das Wort „Anbauvolumen“ und die Wortfolge „keine Veranda“ durch die Wortfolge „kein Wintergarten“ ersetzt.
7. Folgende Nummer 14 wird eingefügt:
„14. Schwimmteich: ein künstlich zum Schwimmen oder Baden angelegtes Stillgewässer mit Bepflanzungen, dessen Wasser biologisch und nicht chemisch gereinigt wird;“
8. Folgende Nummer 15 wird eingefügt:
„15. Schottergarten: eine nicht auf einen Weg beschränkte mit Steinen wie Geröll, Splitt, Kies, Blähton, egal welchen Durchmessers, Herkunft, Farbe oder Formgebung bedeckte Gartenfläche, in welcher die Steine das hauptsächliche Gestaltungs- oder Bodenabdeckungsmittel sind und Pflanzen nicht oder nur in geringer Zahl vorkommen;“
9. Folgende Nummer 16 wird eingefügt:
„16. Baute oder Bauwerk: eine von Menschen errichtete Konstruktion, die nur schwer lösbar mit dem Untergrund verbunden ist oder zumindest in ruhendem Kontakt mit ihm steht.“

§2 - Die Tabelle desselben, ersetzt durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 9. Mai 2019 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 18. Juni 2020, wird wie folgt ersetzt:

	[Handlungen/ Arbeiten/Anlagen]		Beschreibung/Merkmale	Von der Städte- bauge- nehmi- gung freige- stellt	Mit be- grenzten Auswir- kungen	Hinzu- ziehung eines Ar- chitekten nicht un- bedingt erforder- lich
A	Änderung der Ge- bäudehülle (Isolie- rung, aufgehendes Bauwerk, Überdach- ung, Öffnungen)	1	Anbringen von Baustoffen für die Verkleidung von aufgehenden Mauerwerken oder Dachbedeckungen, die die Gebäudehülle des Gebäudes bilden, oder deren Ersetzung durch andere Materialien, um die geltenden Energiestandards unter folgenden Bedingungen zu erreichen: a) die Materialien haben das gleiche Aussehen; b) die Zunahme der Wand- bzw. Dachstärke beträgt nicht mehr als 0,30 m; c) wenn das Gut den Bestimmungen des regionalen Leitfadens für den Städtebau betreffend städtebauliche Schutzgebiete in bestimmten Gemeinden oder Gebäude in ländlichen Gegenden oder den Artikeln R.II.36-6 bis R.II.36-9, D.II.37 §4, R.II.37-3, R.II.37-4 und R.II.37-7 bis R.II.37-9, R.II.37-11, R.II.37-12 unterliegt, entsprechen die Farben und Materialien den betreffenden Angaben und Vorschriften.	x		x
		2	Anbringen von photovoltaischen Dachbedeckungsmaterialien oder Ersetzung von photovoltaischen oder nicht photovoltaischen Dachbedeckungsmaterialien durch photovoltaische Dachbedeckungsmaterialien, sofern die Farben, wenn das Gut den Artikeln R.II.36-6 bis R.II.36-9, R.II.37-3, R.II.37-4 und R.II.37-7 bis R.II.37-9, R.II.37-11, R.II.37-12 unterliegt, den betreffenden Angaben und Vorschriften entsprechen.	x		x
		3	Bepflanzung einer oder mehrerer Fassaden, die von der öffentlichen Straße aus nicht sichtbar sind, oder eines oder mehrerer Dächer eines bestehenden Gebäudes oder einer bestehenden Anlage.	x		x
		4	Anstreichen, Verputzen, Sandstrahlen oder Verfugen eines bestehenden Bauwerks.		x	x
		5	Anbringen oder Ersetzung von Baustoffen zur Verkleidung von aufgehenden Mauerwerken oder Dachbedeckungen durch Baustoffe, die die Bedingungen in den Punkten 1 bis 3 nicht erfüllen.		x	x
		6	Ersetzung von Türen oder Fensterrahmen an aufgehenden Mauerwerken und Dachbedeckungen durch Türen oder Fensterrahmen, die die geltenden Energiestandards erreichen.	x		x
		7	Verschluss, Durchführung oder Veränderung von Öffnungen in der Dachfläche auf höchstens einer Ebene, wobei sie insgesamt höchstens ein Viertel der Länge der entsprechenden Fassade bzw. Dachfläche darstellen, unter der Bedingung, dass der Verschluss oder die Veränderung mit denselben Baustoffen als denjenigen des Daches erfolgt.	x		x
		8	Verschluss, Durchführung oder Veränderung von Tür- oder Fensteröffnungen in aufgehenden Mauerwerken, die insgesamt höchstens ein Viertel der Länge des entsprechenden aufgehenden Mauerwerks darstellen, sofern folgende Bedingungen gleichzeitig erfüllt werden: a) Der Verschluss, die Öffnung oder die Veränderung wird nicht an einem aufgehenden Mauerwerk durchgeführt, das sich in der Fluchtlinie befindet und/oder dessen Plan auf die öffentliche Zufahrtstraße ausgerichtet ist; b) der Verschluss oder die Veränderung wird mit	x		x

			den gleichen Verkleidungswerkstoffen wie diejenigen des aufgehenden Mauerwerks durchgeführt; c) jede Öffnung oder Veränderung erfolgt einzeln betrachtet auf höchstens einer Geschossebene; d) falls das Gut einem regionalen oder kommunalen Leitfaden für den Städtebau unterliegt, entsprechen die Handlungen und Arbeiten diesem Leitfaden.			
		9	Verschluss, Durchführung oder Veränderung von Tür- oder Fensteröffnungen, die insgesamt höchstens ein Viertel der Länge der entsprechenden Fassade bzw. Dachfläche darstellen und die in den Punkten 7 und 8 erwähnten Bedingungen nicht erfüllen.		x	x
		10	Anbringen oder Ersetzung von Schornsteinen und Schornsteinröhren, Dachrinnen, Regenfallröhren, Abluftsystemen für Anlagen wie Abzugshauben, Heizkessel, unter der Bedingung dass, falls das Gut den Bestimmungen des regionalen Leitfadens für den Städtebau betreffend städtebauliche Schutzgebiete in bestimmten Gemeinden oder Gebäude in ländlichen Gegenden unterliegt, die Handlungen und Arbeiten diesem Leitfaden genügen.	x		x
		11	Anbringen oder Ersetzung der in Punkt 10 erwähnten Elemente, die die Bedingungen nicht erfüllen.		x	x
		12	Abbruch oder Entfernung der in den Punkten 10 und 11 erwähnten Elemente, sofern die Abfälle aus dem Abbruch oder der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
B	Umbau eines bestehenden Gebäudes	1	Ersetzung der Tragstruktur eines Daches ohne Änderung des Bauvolumens und unter der Bedingung, dass den Punkten A1 und A7 entsprochen wird.	x		x
		2	Umbau ohne Vergrößerung eines bestehenden Gebäudes, um einen oder mehrere, nicht zu Wohnzwecken bestimmte Räume einzurichten, sofern die Handlungen und Arbeiten ggf. in den Punkten A1, A2, A3, A6, A7, A8 und A10 angegeben sind.	x		x
		3	Umbau ohne Vergrößerung eines bestehenden Gebäudes, der nicht unter die Punkte 1 und 2 fällt und die Tragstruktur des Gebäudes nicht beeinflusst.		x	x
		4	Umbau mit Vergrößerung gemäß den dekretalen und verordnungsrechtlichen Vorschriften des Sektorenplans oder gemäß den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau eines bestehenden Gebäudes, um einen nicht zu Wohnzwecken bestimmten Raum einzurichten, sofern folgende Bedingungen gleichzeitig erfüllt werden: a) nur ein Anbauvolumen pro Gut, und es gibt auf dem Gut nicht mehr als einen Wintergarten; b) die Grundfläche der Erweiterung beträgt höchstens 40,00 m ² und ist: i) entweder ein Anbauvolumen ohne Stockwerk und Keller; ii) oder die Verlängerung des Hauptvolumens und die somit gebildete Einheit ist ohne Stockwerk und Keller; c) die Erweiterung wird mittels Materialien mit ähnlichen Farbtönen wie diejenigen des bestehenden Gebäudes ausgeführt. d) die Erweiterung befindet sich in einem Abstand von mindestens 2 Metern zur Grundstücksgrenze.	x		x
		5	Umbau eines bestehenden Gebäudes, der die in Punkt 4 aufgeführten Bedingungen gleichzeitig			x

			erfüllt und den dekreten und verordnungsrechtlichen Vorschriften des Sektorenplans oder den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau nicht entspricht.			
		6	Anbringen einer Außentreppe.		x	x
		7	Anbringen/Aufstellung einer Lüftungs- oder Klimaanlage.		x	x
		8	Anderer Umbau eines bestehenden Gebäudes als in den Punkten 1 bis 7 erwähnt, sofern die Grundfläche der gebildeten Einheit höchstens verdoppelt wird und die Traufhöhe und/oder die Höhe der Attika des bestehenden Gebäudes nicht überschritten wird.		x	
		9	Abbruch oder Entfernung eines Anbauvolumens, einer Außentreppe oder eines Klimageräts, sofern die Abfälle aus dem Abbruch gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
C	Wintergarten	1	Entspricht den dekreten und verordnungsrechtlichen Vorschriften des Sektorenplans oder den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau. Nur einen pro Gut und es gibt auf dem Gut nicht mehr als ein Anbauvolumen. Lage: er wird an ein bestehendes Gebäude angebaut, und zwar hinter diesem Gebäude im Verhältnis zu der öffentlichen Zufahrtsstraße. Standort: in einem Abstand von mindestens 2,00 Metern zur Grundstücksgrenze. Fläche von höchstens 40,00 m². Volumetrie: ohne Stockwerk; Flachdach oder Pultdach oder Satteldach Maximale Höhen zum natürlichen Bodenniveau, wobei sich die Dachrinne unterhalb der Dachrinne des Hauptvolumens befinden muss und alle folgenden Bedingungen gleichzeitig zu erfüllen sind: a) Traufhöhe: 3,00 m; b) Firsthöhe: 5,00 m; c) gegebenenfalls, Höhe an der Attika: 3,20 m. Baustoffe: leichte Struktur und Wände größtenteils aus Glas oder Polycarbonat, sowohl seitlich als auch was die Bedachung betrifft	x		x
		2	Bau eines Wintergartens mit einer Höchstfläche von 40,00 m², die die in Punkt 1 erwähnten Bedingungen nicht erfüllt.		x	x
		3	Abbruch eines Wintergartens, insofern die Abfälle aus dem Abbruch gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
D	Schaffung einer oder mehrerer Wohnungen	1	Schaffung einer Wohnung in einem Gebäude, sofern für die Handlungen und Arbeiten im Rahmen des Umbaus die Hinzuziehung eines Architekten nicht unbedingt erforderlich ist.		x	x
		2	Schaffung einer Wohnung, die die in Punkt 1 erwähnten Bedingungen nicht erfüllt, oder Schaffung mehrerer Wohnungen in einem Gebäude.		x	
E	Einrichtung von technischen Anlagen und Bau oder Wiederaufbau eines Nebenvolumens wie: • Garage, • Werkstatt, • Poolhouse, • Lagerplattform • vorgefertigte Gebäude ...	1	Entspricht den dekreten und verordnungsrechtlichen Vorschriften des Sektorenplans oder den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau. Nur ein Nebenvolumen pro Gut. Nicht zu Wohnzwecken bestimmt. Lage: • Es wird hinter einem bestehenden Gebäude errichtet, außer wenn es sich um ein Volumen für ein Motorfahrzeug handelt. • Wenn es sich um ein Volumen für ein Motorfahrzeug handelt, ist dieses Volumen unmittelbar mit der öffentlichen Straße verbunden und das auf Straßenseite befindliche aufgehende Mauerwerk	x		x

		<p>des Nebenvolumens befindet sich nicht weiter zurückgelegen als das hinterste aufgehende Mauerwerk des Hauptgebäudes. Standort: in einem Abstand von mindestens 2 Metern zur Grundstücksgrenze. Maximale Fläche: 40,00 m². Volumetrie: ohne Stockwerk; Flachdach oder Pultdach oder Satteldach Maximale Höhen zum natürlichen Bodenniveau, wobei sich die Dachrinne oder die Attika auf derselben Höhe wie die Dachrinne oder Attika des Hauptvolumens befinden muss und alle folgenden Bedingungen gleichzeitig zu erfüllen sind: a) Traufhöhe: 2,50 m; b) Firsthöhe 3,50 m; c) gegebenenfalls, Höhe an der Attika: 3,20 m. Baustoffe: Holz für die aufgehenden Mauerwerke oder jeder andere Baustoff mit einem ähnlichen Farbton wie diejenigen des Hauptgebäudes.</p>			
	2	<p>Einrichtung, Umbau, Vergrößerung einer technischen Anlage im Sinne des Artikels R.IV.1-2 Absatz 2, einschließlich einer Schutzwanne, die mit dem bestehenden Betrieb eine funktionelle Einheit bildet. Höchstens drei pro Gut. Lage: in einem Gewerbegebiet. Standort: a) nicht zwischen einer Hauptfassade und einem öffentlichen Verkehrsweg gelegen; b) in einem Umkreis von 30,00 m von einer legal bestehenden Anlage oder einem legal bestehenden Gebäude entfernt; c) mindestens 20,00 m von jeglicher anderen Wohnung als derjenigen des Betreibers entfernt; d) mindestens 3,00 m von den Grundstücksgrenzen entfernt; e) mindestens 10,00 m von einem Wasserlauf entfernt; f) außerhalb des Abstandsbereichs oder der Abschirmvorrichtung des Gewerbegebiets; g) die Arbeiten erfordern nicht das Fällen von Bäumen oder die Beseitigung von Hecken oder Alleen im Sinne des Artikels D.IV.4 Ziffer 11. Maximale Fläche: die kumulierte Gesamtfläche der Einrichtung und Vergrößerung der technischen Anlagen, die von einer Genehmigung freigestellt wird, beträgt weniger als 100,00 m². Höhe: höchstens 10,00 m und niedriger als das höchste Gebäude auf dem Gut.</p>	x		x
	3	<p>Bau, Umbau, Vergrößerung eines Gebäudes oder Einrichtung oder Versetzung von vorgefertigten Gebäuden, einschließlich der Außentreppe, die nicht zu Wohnzwecken bestimmt sind und die mit dem bestehenden Betrieb eine funktionelle Einheit bilden. Lage: in einem Gewerbegebiet. Standort: a) nicht zwischen einer Hauptfassade und einem öffentlichen Verkehrsweg gelegen; b) in einem Umkreis von 30,00 m von einer legal bestehenden Anlage oder einem legal bestehenden Gebäude entfernt; c) mindestens 3,00 m von den Grundstücksgrenzen entfernt; d) mindestens 10,00 m von einem Wasserlauf entfernt; e) außerhalb des Abstandsbereichs oder der Abschirmvorrichtung des Gewerbegebiets; f) die Arbeiten erfordern nicht das Fällen von Bäumen oder die Beseitigung von Hecken oder Alleen im Sinne des Artikels D.IV.4 Ziffer 11.</p>	x		x

			<p>Maximale Fläche: die kumulierte Gesamtfläche des Baus, der Vergrößerung oder des vorgefertigten Gebäudes, die von einer Genehmigung freigestellt wird, beträgt 75,00 m².</p> <p>Volumetrie: höchstens ein Geschoss; Flachdach oder Pultdach oder Satteldach.</p> <p>Maximale Höhe an der Attika oder am First: 7,00 m und niedriger oder gleichhoch als das höchste Gebäude auf dem Gut.</p> <p>Baustoffe: in ähnlichen Farbtönen wie diejenigen der bestehenden Gebäude.</p>			
		4	<p>Einrichtung einer Lagerplattform, sofern sie keine bedeutende Änderung des Bodenreliefs voraussetzt.</p> <p>Eine einzige Lagerplattform pro Gut.</p> <p>Lage: in einem Gewerbegebiet.</p> <p>Standort:</p> <p>a) nicht zwischen einer Hauptfassade und einem öffentlichen Verkehrsweg gelegen;</p> <p>b) mindestens 3,00 m von den Grundstücksgrenzen entfernt;</p> <p>c) mindestens 10,00 m von einem Wasserlauf entfernt;</p> <p>d) außerhalb des Abstandsbereichs oder der Abschirmvorrichtung des Gewerbegebiets;</p> <p>e) sie erfordert nicht das Fällen von Bäumen oder die Beseitigung von Hecken oder Alleen im Sinne des Artikels D.IV.4 Ziffer 11.</p> <p>Maximale Fläche: 75,00 m².</p>	x		x
		5	<p>Bau eines Nebenvolumens oder Einrichtung einer technischen Anlage, das/die nicht unter Punkt 1 bis 4 fällt bzw. die Bedingungen in den Punkten 1 bis 4 nicht erfüllt, das/die nicht zu Wohnzwecken bestimmt ist und mit einem bestehenden Gebäude oder einer bestehenden Gebäudegruppe eine funktionelle Einheit bildet, sofern die Grundfläche der somit gebildeten Einheit höchstens verdoppelt wird.</p>		x	x
		6	<p>Abbruch oder Entfernung eines Nebenvolumens, einer technischen Anlage, eines Gebäudes oder eines vorgefertigten Gebäudes wie in Punkt 1 bis 5 angegeben, sofern die Abfälle aus dem Abbruch oder aus der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.</p>	x		x
F	Carport, Zufahrt und Parkplatz	1	<p>Ein einziger Carport pro Gut.</p> <p>Lage:</p> <p>a) mit der öffentlichen Straße verbunden;</p> <p>b) das auf Straßenseite befindliche aufgehende Bauwerk des Carports darf nicht weiter zurückgelegen sein, als das hinterste aufgehende Mauerwerk des Hauptgebäudes.</p> <p>Maximale Fläche: 40,00 m²</p> <p>Volumetrie: Flachdach oder Pultdach oder Satteldach</p> <p>Maximale Höhen:</p> <p>a) Traufhöhe: 2,50 m;</p> <p>b) Firsthöhe 3,50 m;</p> <p>c) gegebenenfalls, Höhe an der Attika: 3,20 m.</p> <p>Baustoffe:</p> <p>a) Struktur bestehend aus Holz-, Beton-, Metallpfosten oder aus Pfeilern aus ähnlichen Materialien wie denjenigen der Verblendungen des bestehenden Gebäudes oder mit ähnlichem Farbton wie diese;</p> <p>b) Pultdach oder Satteldach aus ähnlichen Baustoffen wie denjenigen des Hauptgebäudes.</p>	x		x
		2	<p>Jeder andere Carport, der die in Punkt 1 erwähnten Bedingungen nicht erfüllt</p>		x	x
		3	<p>Entfernung oder Abbruch eines Carports im Sinne der Punkte 1 und 2, sofern die Abfälle aus dem</p>	x		x

			Abbruch gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.			
		4	Parkplätze im Freien sowie ihre Zufahrten, sofern folgende Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind: a) sie liegen in näherer Umgebung legal bestehenden Gebäudes und bilden mit diesem eine funktionelle Einheit; b) sie sind mit der öffentlichen Straße verbunden; c) sie bestehen aus durchlässigen und diskontinuierlichen Materialien; d) sie haben eine maximale Fläche von 300,00 m ² ; e) sie erfordern keine bedeutende Änderung des Bodenreliefs im Sinne des Artikels R.IV.4-3 Punkte 1 bis 5, 7 bis 9, 11, 12 und 15.	x		x
		5	Andere Wege und Parkplätze im Freien als diejenigen, die in Punkt 4 erwähnt werden, die in näherer Umgebung eines legal bestehenden Gebäudes oder einer legal bestehenden Anlage liegen und mit ihm/ihr eine funktionelle Einheit bilden.		x	x
G	Gartenhäuschen/ Schuppen	1	Nur ein Gartenhäuschen bzw. Schuppen pro Gut. Lage: a) in den Höfen und Gärten; b) entweder von der öffentlichen Straße aus nicht sichtbar, oder im Verhältnis zur öffentlichen Zufahrtstraße hinter dem Gebäude gelegen. Standort: mindestens 1,00 m von den Grundstücksgrenzen entfernt. Maximale Fläche: 20,00 m ² . Volumetrie: Pultdach, Satteldach oder Flachdach. Maximale Höhen: a) Traufhöhe: 2,50 m; b) Firsthöhe: 3,50 m; c) gegebenenfalls, Höhe an der Attika: 3,20 m. Baustoffe: aus Holz oder aus jedem anderen Baustoff mit ähnlichem Farbton wie diejenigen des Gebäudes oder der Umgebung, mit der es verbunden ist.	x		x
		2	Gartenhäuschen oder Schuppen, die die in Punkt 1 erwähnten Bedingungen nicht erfüllen.		x	x
		3	Entfernung oder Abbruch der in den Punkten 1 und 2 erwähnten Gartenhäuschen oder Schuppen, sofern die Abfälle aus dem Abbruch gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
H	Pool/Schwimmteich	1	Außerhalb des Bodens oder selbsttragender Pool: Lage: in den Höfen und Gärten und nicht von der öffentlichen Straße aus sichtbar. Standort: mindestens 1,00 m von den Grundstücksgrenzen entfernt.	x		x
		2	Ganz oder teilweise in den Boden eingelassener Pool, sowie jede Sicherheitsvorrichtung mit einer maximalen Höhe von 2,00 m rund um den Pool: a) nur eines pro Gut; b) nicht überdacht oder mit Teleskop-Überdachung bestehend aus einer leichten und einziehbaren Struktur, die seine Oberfläche bedeckt, sofern die Firsthöhe weniger als 3,50 m beträgt; c) zum privaten Gebrauch; d) die für diese Einrichtungen notwendigen Ausschachtungen haben auf dem restlichen Gut keine bedeutende Änderung des Bodenreliefs im Sinne des Artikels R.IV.4-3 zur Folge. Lage: in den Höfen und Gärten und nicht von der öffentlichen Straße aus sichtbar. Standort: Wasserfläche mindestens 3,00 m von den Grundstücksgrenzen entfernt. Maximale Fläche (Wasserfläche): 75,00 m ²	x		x
		2.1	Schwimmteich: a) nur einen pro Gut;	x		x

			<p>b) nicht überdacht; c) zum privaten Gebrauch; d) die für den Schwimmteich notwendigen Ausschachtungen haben auf dem restlichen Gut keine bedeutende Änderung des Bodenreliefs im Sinne des Artikels R.IV.4-3 zur Folge. Lage: in den Höfen und Gärten und nicht von der öffentlichen Straße aus sichtbar. Standort: Wasserfläche mindestens 3,00 m von den Grundstücksgrenzen entfernt. Maximale Fläche (Gesamtfläche Schwimmbereich und Filterbereich): 100,00 m²</p>			
		3	<p>Pools oder Schwimmteiche, die die in den Punkten 1, 2 und 2.1 erwähnten Bedingungen nicht erfüllen.</p>		x	x
		4	<p>Entfernung, Abbruch oder Aufschüttung von in den Punkten 1 bis 3 erwähnten Pools oder Schwimmteichen, sofern die Abfälle aus dem Abbruch gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden und die Aufschüttungen der geltenden Gesetzgebung entsprechen.</p>	x		x
I	Tümpel und Teiche	1	<p>Ein einziger pro Gut. Lage: außerhalb eines kraft des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Gebiets (mit Ausnahme einer Bewirtschaftungsmaßnahme „BE5-Verbindungswiese“ oder „BE11-Ackerland und anthropogene Elemente“ in einem Natura 2000-Gebiet). Standort: Wasserfläche mindestens 3,00 m von den Grundstücksgrenzen entfernt. Maximale Wasserfläche: 100,00 m². Die für diese Einrichtungen notwendigen Ausschachtungen haben auf dem restlichen Gut keine bedeutende Änderung des Bodenreliefs im Sinne des Artikels R.IV.4-3 zur Folge. Mit Ausnahme der Tümpel und Teiche in den Höfen und Gärten muss die Wasseroberfläche durch Baumbepflanzung teilweise beschattet sein.</p>	x		x
		2	<p>Teiche und Tümpel, die die in Punkt 1 erwähnten Bedingungen nicht erfüllen.</p>		x	x
		3	<p>Entfernung oder Aufschüttung der Teiche und Tümpel im Sinne von Punkt 1, sofern die Aufschüttungen der geltenden Gesetzgebung entsprechen.</p>	x		x
J	Gestaltung, Zubehör und Mobiliar	1	<p>Anbringen von aneinandergereihten oder vereinzelt Vordächern, Markisen oder Terrassenüberdachungen, wobei sich die Terrasse auf Bodenebene befindet. Lage: in den Höfen und Gärten. Maximale Höhe: 3,50 m Maximale Gesamtfläche aller dieser Einrichtungen: 40,00 m² Standort: mindestens 2,00 m von den Grundstücksgrenzen entfernt.</p>	x		x
		2	<p>Aufstellung von im Boden verankerten oder eingelassenen Gartenmöbeln, wie Bänke, Tische, Sitzplätze, offene Feuerstellen oder Grillplätze, Mülltonnen, Kompostbehälter, Pergolen, Säulen, Blumenkästen, Zierbrunnen, Wasserbecken, Kinderspielgeräte, Rankgeflechte für Spalierbäume. Aufstellung von Kandelabern und Lichtmasten, so dass der auf den Boden fallende Lichtstrahl der Lampen nicht über die Grundstücksgrenzen hinausragt. Spiel- und Sportplätze aus durchlässigen Materialien und für deren Benutzung unbedingt erforderliche Geräte. Lage: entweder in den Höfen und Gärten, oder in näherer Umgebung eines Gebäudes, das in einem</p>	x		x

			zur Verstädterung bestimmten Gebiet liegt und mit dem sie eine funktionelle Einheit bilden. Maximale Höhe: 3,50 m			
		3	Anlage auf Bodenebene von Wegen aus durchlässigen Materialien und von Terrassen in näherer Umgebung eines oder mehrerer bestehender Gebäude, die keine bedeutende Änderung des Bodenreliefs im Sinne des Artikels R.IV.4-3 erfordert, mit Ausnahme von Schottergärten.	x		x
		3.1	Anlage von Schottergärten.		x	x
		4	Aufbau von Gartengewächshäusern, die insgesamt eine maximale Fläche von 20,00 m² haben.	x		x
		5	Sofern sie das Gut nicht abgrenzen: a) Anlegen von Zäunen bestehend entweder aus Pfählen, die untereinander durch Draht oder Maschendraht, gegebenenfalls mit einer höchstens 0,70 m hohen Betonplatte oder Mauer an der Basis, oder durch ein oder zwei waagerechte Querstücke verbunden sind, oder aus hölzernen Palisaden, oder aus Gabionen, die nicht dicker als 20,00 cm sind, sowie Aufbau von Rahmen, Portalen oder Toren, deren Höhe 2,00 m nicht überschreitet; b) Bau und Umbau von Stützmauern, einschließlich aus Gabionen, mit einer maximalen Höhe von 0,70 m; c) Bau und Umbau von Mauern mit einer maximalen Höhe von 2,00 m, die von der öffentlichen Straße aus nicht sichtbar sind oder sich in Bezug auf die öffentliche Zufahrtsstraße hinter dem Gebäude befinden.	x		x
		6	Im Boden verankerte oder eingelassene Einrichtungen, Zubehöre und Gartenmöbel, die nicht unter die Punkte 1 bis 5 fallen oder die die in den Punkten 1 bis 5 erwähnten Bedingungen nicht erfüllen.		x	x
		7	Abbruch, Beseitigung oder Entfernung der in den Punkten 1 bis 6 erwähnten Elemente, sofern die Abfälle aus dem Abbruch, der Beseitigung oder der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
K	Leichtbauwohnungen im Sinne des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen	1	Aufbau vorgefertigter oder als Bausatz gelieferter Leichtbauwohnungen.			x
		2	Aufbau von Leichtbauwohnungen, die nicht unter Punkt 1 fallen, sofern sie: a) ohne Stockwerk sind; b) weniger als 40,00 m² groß sind; c) eine maximale Trauf- und Firsthöhe von jeweils 2,50 m und 3,50 m und, gegebenenfalls, eine Höhe von maximal 3,20 m an der Attika haben.			x
L	Erneuerbare Energien Module zur Erzeugung von Strom oder Wärme	1	Einrichtung eines oder mehrerer Module zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus einer erneuerbaren Energiequelle, die auf demselben Gut gelegene Bauten, Anlagen oder Gebäude versorgen, und auf die einer oder mehrere der nachstehenden Fälle zutrifft bzw. zutreffen: Sonnenenergie: a) wenn das oder die Module auf einem Satteldach befestigt sind, ist die Projektion des Überhangs in der Vertikalen kleiner als oder gleich 0,30 m und ist der Unterschied zwischen der Neigung des Moduls und der Neigung des Dachs kleiner als oder gleich 15 Grad; b) wenn das oder die Module auf einem Flachdach befestigt sind, ist der vertikale Überhang	x		x

			höchstens 1,50 m und die Neigung des Moduls höchstens 35 Grad; c) wenn das oder die Module auf einem aufgehen- den Mauerwerk befestigt sind, beträgt die Projek- tion des Überhangs in der Horizontalen zwischen 1,20 m und 1,50 m und weist das Modul eine Nei- gung zwischen 25 und 45 Grad auf; Wärmepumpen: a) am Boden; b) mit einem Kapazitätswolumen von höchstens einem m ³ ; c) in einer Entfernung von mindestens 15,00 m zum nächsten Wohngebäude gelegen oder mit ei- nem Schallschutzgehäuse versehen; d) nicht von der öffentlichen Zufahrtsstraße aus sichtbar.			
		2	Einrichtung eines oder mehrerer Module zur Er- zeugung von Strom oder Wärme aus einer erneu- erbaren Energiequelle, die auf demselben Gut ge- legenen Bauten, Anlagen oder Gebäude direkt versorgen und die die in Punkt 1 erwähnten Be- dingungen nicht erfüllen.		x	x
		3	Beseitigung oder Entfernung der in den Punkten 1 bis 2 erwähnten Elemente, sofern die Abfälle aus der Beseitigung oder der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
M	Einfriedungsmaß- nahmen	1	Anlage von sichtdurchlässigen Zäunen mit einer maximalen Höhe von 2,00 m, bestehend entwe- der aus Pfählen, die untereinander durch Draht o- der Maschendraht, gegebenenfalls mit einer höchstens 0,70 m hohen Betonplatte oder Mauer an der Basis, oder durch Verbindungselemente aus Holz verbunden sind. Bau und Umbau von Stützmauern, einschließlich aus Gabionen, mit einer Höhe von weniger als 0,70 m. Aufbau von Rahmen, Portalen oder Toren mit ei- ner maximalen Höhe von 2,00 m, durch die eine weite Aussicht auf das Gut möglich ist.	x		x
		2	Aufbau von Rahmen, Portalen oder Toren, die die in Punkt 1 erwähnten Bedingungen nicht erfüllen oder nicht unter den Punkt 1 fallen.		x	x
		3	Bau oder Umbau von mehr als 0,70 m hohen Stützmauern oder von Einfriedungsmauern in nä- herer Umgebung eines legal bestehenden Gebäu- des oder einer legal bestehenden Anlage.		x	x
		4	Abbruch oder Entfernung der in den Punkten 1 bis 4 erwähnten Elemente, sofern die Abfälle aus dem Abbruch oder der Entfernung gemäß der gelten- den Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
N	Unterkünfte für ein oder mehrere Tiere, einschließlich Bie- nenhäuser, und Mistplatten	1	Ein oder mehrere Bienenhäuser pro Gut. Unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen im Feldgesetzbuch und der auf- grund des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung erlassenen integralen Bedin- gungen.	x		x
		2	Eine oder mehrere Tierunterkünfte pro Gut. Lage: in den Höfen und Gärten. Standort: a) mindestens 3,00 m von den Grundstücksgren- zen entfernt; b) bei Großtieren mindestens 20,00 m von jegli- chem benachbarten Wohnhaus entfernt; c) bei Großtieren nicht in der Sichtachse senk- recht zur hinteren Fassade eines benachbarten Wohnhauses gelegen. Maximale Gesamtfläche sämtlicher Tierunter- künfte auf dem Gut: 25,00 m ² für eine oder meh- rere Unterkünfte.	x		x

			Volumetrie: ohne Stockwerk; Pultdach, Satteldach, dessen beide Dachseiten die gleiche Neigung und Länge aufweisen, oder Flachdach. Maximale Höhe zum natürlichen Bodenniveau: a) Traufhöhe: 2,50 m; b) Firsthöhe: 3,50 m; c) gegebenenfalls, Höhe an der Attika: 3,20 m. Baustoffe: Holz oder Drahtgitter oder ähnliches Material wie das bestehende Hauptgebäude. Unbeschadet der Anwendung der einschlägigen Bestimmungen im Feldgesetzbuch und der aufgrund des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung erlassenen integralen und sektorbezogenen Bedingungen.			
		3	Einrichtung einer Mistplatte. Lage: mindestens 20,00 m von jeglichem anderen Wohnhaus als demjenigen entfernt, das auf dem Gut gelegen ist. Standort: in einer Entfernung von mindestens 10,00 m von den Grundstücksgrenzen. Höhe: auf Bodenebene. Maximale Fläche: 10,00 m².	x		x
		3.1	Einrichtung einer Mistplatte, die die Bedingungen des Punktes 3 nicht erfüllt.		x	x
		4	Aufstellung oder Bau von Tierunterkünften, die die Bedingungen der Punkte 1 bis 2 nicht erfüllen.		x	x
		5	Abbruch oder Entfernung der in den Punkten 1 bis 4 erwähnten Unterkünfte, Bienenstöcke und Mistplatten, sofern die Abfälle aus dem Abbruch oder der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
O	Landwirtschaftliche Betriebe	1	Bau von ganz oder teilweise in den Boden versenkten Lagersilos, sofern die Oberkante der Stützmauern nicht um mehr als 2,00 m über das natürliche Bodenrelief hinausragt.		x	x
		2	Einrichtung einer Mistplatte. Lage: mindestens 20,00 m von jedem anderen Wohnhaus als demjenigen des Betreibers entfernt. Standort: in einer Entfernung von mindestens 3,00 m von den Grundstücksgrenzen. Höhe: die Oberkante der Platte oder der Stützmauern ragt nicht um mehr als 2,00 m über das natürliche Bodenrelief hinaus.		x	x
		3	Einbau/Anlage von ganz oder teilweise im Boden versenkten Wasserzisternen oder Güllebecken. Lage: mindestens 20,00 m von jedem anderen Wohnhaus als demjenigen des Betreibers entfernt und außerhalb des Wohngebiets. Standort: a) mindestens 10,00 m von jedem schiffbaren oder nicht schiffbaren Wasserlauf entfernt; b) mindestens 3,00 m vom öffentlichen Eigentum entfernt. Höhe: Die Oberkante der Stützmauer überschreitet nicht 0,70 m.		x	x
		3.1	Aufstellen von Güllebeuteln für eine Dauer von höchstens 4 Monaten, unter der Voraussetzung, dass das Gut nach Ablauf dieser Frist wieder in seinen ursprünglichen Zustand zurückgebracht wird.	x		x
		3.2	Aufstellen von Güllebeuteln, die die Bedingungen des Punktes 3.1 nicht erfüllen.		x	x
		4	Einrichtung von Foliengewächshäusern, die für den Anbau von landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Pflanzen bestimmt sind und die nach der Ernte entfernt werden.	x		x

		5	Hagelnetze, die eine im Boden verankerte Struktur voraussetzen, und Einrichtung von Foliengewächshäusern, die die in Punkt 4 erwähnten Bedingungen nicht erfüllen.		x	x
		6	Einrichtung einer Anlage zur Wasserentnahme in einem nicht schiffbaren oder nicht eingestuftem Wasserlauf, die ausschließlich für das Tränken des Viehs bestimmt ist.	x		x
		6.1	Errichtung von Viehübergängen über nichtschiffbare Wasserläufe, sofern weder das Bachbett noch die Uferböschung verändert werden und sofern eine vorherige schriftliche Genehmigung beim Bewirtschafter des Wasserlaufs sowie, in einem aufgrund des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Gebiet, bei der in Anwendung dieses Gesetzes zuständigen Behörde eingeholt wurde. Die Übergänge dienen ausschließlich dem Überqueren des Viehs (keine Maschinen). Maximale Breite: 3,00 m	x		x
		7	Abbruch und Entfernung der in den Punkten 1 bis 6 erwähnten Elemente, sofern die Abfälle aus dem Abbruch oder der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
P	Vorläufige Bauten und Anlagen	1	Vorläufige Infrastrukturbauten auf Baustellen für genehmigte Handlungen und Arbeiten, einschließlich Speiseräume, Wohnungen und Sanitärräume sowie Aufenthaltspavillons, während der Dauer der Handlungen und Arbeiten, sofern diese ununterbrochen ausgeführt werden.	x		x
		2	Einrichtung von Anlagen mit sozialem, kulturellem, sportlichem oder Freizeitcharakter, einschließlich der dazugehörenden Parkplätze im Freien, für eine Dauer von höchstens neunzig Tagen, unter der Voraussetzung, dass das Gut nach Ablauf dieser Frist wieder in seinen ursprünglichen Zustand zurückgebracht wird.	x		x
		3	Einrichtung von Anlagen mit kommerziellem Charakter auf dem öffentlichen Eigentum, oder auf einem Privateigentum unter der Bedingung, dass dies in Zusammenhang mit einer bestehenden Tätigkeit steht, einschließlich der dazugehörenden Parkplätze im Freien, für eine Dauer von höchstens sechzig Tagen, sofern die Anlagen dem kommunalen und dem regionalen Leitplan für den Städtebau entsprechen und das Gut nach Ablauf dieser Frist wieder in seinen ursprünglichen Zustand zurückgebracht wird.	x		x
		4	Vorläufige Einrichtung von Anlagen, die zur Unterbringung einer verlagerten Tätigkeit benötigt werden, während der Dauer der einer Genehmigung unterliegenden Handlungen und Arbeiten, sofern diese ununterbrochen ausgeführt und die Anlagen nach ihrem Abschluss oder nach Ablauf der Genehmigung entfernt werden.	x		x
		5	Beseitigung oder Entfernung der in den Punkten 1 und 4 erwähnten Elemente sofern die Abfälle aus der Beseitigung oder der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
Q	Werbeschilder und -vorrichtungen	1	Aufstellung eines oder mehrerer Werbeschilder oder Werbevorrichtungen.		x	x
		2	Entfernung der in Punkt 1 erwähnten Werbeschilder und -vorrichtungen, sofern die Abfälle aus der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
R	Hochsitze und Beobachtungsstellen	1	In einem Forstgebiet, in einem an das Forstgebiet angrenzenden Gebiet und in einem Agrargebiet	x		x

			gelegene Hochsitze und Beobachtungsstellen aus mattiertem Holz oder Metall, die in Artikel 1 §1 Ziffer 9 des Gesetzes vom 28. Februar 1882 über die Jagd erwähnt werden. Maximale Nutzfläche: 4,00 m²			
		1.1	In einem Forstgebiet, in einem an das Forstgebiet angrenzenden Gebiet und in einem Agrargebiet gelegene Hochsitze und Beobachtungsstellen, die die Bedingungen des Punktes 1 nicht erfüllen		x	x
		2	Entfernung der in Punkt 1 oder 1.1. erwähnten Hochsitze und Beobachtungsstellen, sofern die Abfälle aus der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
S	Bäume, Hecken und Veränderung der Vegetation	1	Aufforstung oder Abholzung.		x	x
		2	Unbeschadet des Artikels R.IV.4-4 Anbau von Weihnachtsbäumen.		x	x
		3	Sofern von Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 11 betroffen, das Fällen einer Hecke über eine durchgehende Länge von weniger als 2,50 m, um einen einzigen Zugang zu einem bestehenden Wohnhaus zu schaffen.	x		x
		4	Fällen hochstämmiger Einzelbäume, einer Hecke oder Fällen eines, mehrerer oder sämtlicher Bäume einer Allee im Sinne des Artikels D.IV.4 Absatz 1 Nummer 11.		x	x
		5	Fällen, Beeinträchtigung des Wurzelsystems oder Veränderung des Aussehens eines bemerkenswerten Baumes, eines bemerkenswerten Strauches oder einer bemerkenswerten Hecke im Sinne des Artikels D.IV.4 Absatz 1 Nummer 12.		x	x
		6	Rodung oder Veränderung der Vegetation in jedem in Artikel R.IV.4-11 erwähnten Gebiet.		x	x
		7	Fällen von in Punkt 4 bis 6 erwähnten Bäumen im Rahmen eines im Dringlichkeitsverfahren angenommenen Erlasses des Bürgermeisters, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.	x		x
T	Änderung des Bodenreliefs	1	Bedeutende Änderung des Bodenreliefs für Bohrungen oder Kernbohrungen, die im Rahmen einer geotechnischen Studie, einer geologischen Erschließung oder einer Studie zur Bodenverschmutzung durchgeführt werden.	x		x
		2	Bedeutende Änderung des Bodenreliefs im Sinne des Artikels R.IV.4-3 in einem Umkreis von 30,00 m von einem/einer legal bestehenden bzw. Anlage.		x	x
		3	Zum Zwecke der Durchführung eines in Artikel D. 33/3 von Buch II des Umweltgesetzbuches, welches das Wassergesetzbuch bildet, erwähnten Aktionsprogramms für die Flüsse mittels eines integrierten und sektorbezogenen Ansatzes, betreffend: a) Aufschüttungen oder Ausschachtungen, die höchstens 50,00 Zentimeter erreichen und in einer Entfernung von maximal 6,00 m vom Uferkamm eines Wasserlaufes vorgenommen werden, auch in Gebieten mit Überschwemmungsgefahr; b) die Lagerung und Ausbringung der Produkte aus den Ausschlamarbeiten eines Wasserlaufes.	x		x
U	Benutzung eines Grundstücks als Abstell- bzw. Lagerort und für mobile Anlagen	1	Gewöhnliche Benutzung eines Grundstücks für die Aufstellung einer oder mehrerer mobiler Anlagen im Sinne des Artikels D.IV.4 Absatz 1 Ziffer 15 Buchstabe b, zum Zwecke der Einrichtung eines "Empfangsbereichs auf dem Hof" im Sinne des Artikels 252/1.D des wallonischen	x		x

			Tourismusgesetzbuches, einschließlich der Verlegung oder Umrüstung der zur Erschließung des Grundstücks erforderlichen Untergrundinfrastruktur, sofern dieser Bereich den dekretalen und verordnungsrechtlichen Vorschriften des Sektorenplans entspricht.			
		2	Gewöhnliche Benutzung eines Grundstücks: als Abstell- bzw. Lagerort für ein oder mehrere gebrauchte Fahrzeuge, Schrott, Materialien oder Abfall; zur Aufstellung einer oder mehrerer mobiler Anlagen wie Zigeuner- oder Zirkuswagen, Wohnwagen, Altfahrzeuge oder Zelte, mit Ausnahme der mobilen Anlagen, die aufgrund einer Genehmigung im Sinne des wallonischen Tourismusgesetzbuches, des Dekrets vom 4. März 1991 über die Betriebsbedingungen für Wohnwagenparks oder des Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. Mai 1994 zugelassen sind.		x	x
V	Touristische Beherbergungs- und Freizeitstruktur	1	Aufstellung einer oder mehrerer mobilen Unterkünfte im Sinne des Artikels 1 D Ziffer 2 des wallonischen Tourismusgesetzbuches, sofern folgende Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind: a) die mobile Unterkunft hat eine maximale Fläche von 50,00 m ² ; b) ihre Aufstellung oder Errichtung erfordert keine bedeutende Änderung des Bodenreliefs; c) sie befindet sich: - auf einem touristischen Campingplatz oder auf einem Campingplatz auf dem Bauernhof, der aufgrund des wallonischen Tourismusgesetzbuches zugelassen ist; - in einem Wohnwagenpark, der aufgrund des Dekrets vom 4. März 1991 über die Betriebsbedingungen für Wohnwagenparks zugelassen ist; - in einem Campingplatz, der aufgrund des Dekrets des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. Mai 1994 über Camping und Campingplätze zugelassen ist.	x		x
		2	Bau einer Terrasse mit oder ohne Balustraden, die die Bedingungen in Artikel 249 EWG Absatz 1 Ziffer 3 und Absatz 2 des wallonischen Tourismusgesetzbuches erfüllt, auf einem touristischen Campingplatz.	x		x
		3	Bau von Holzhütten oder Aufstellung von Zelten, Tipis, Jurten und Traglufthallen in einem Forstgebiet.		x	x
		4	Entfernung oder Abbruch der in den Punkten 1 bis 3 erwähnten touristischen Beherbergungs- und Freizeitinfrastrukturen und Terrassen, sofern die Abfälle aus dem Abbruch oder der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
W	Handlungen und Arbeiten auf dem öffentlichen Eigentum der Straßen-, Wege- und Schienennetze und der Wasserläufe	1	Sofern der Untergrund der Verkehrswege dadurch nicht erweitert wird, Erneuerung der Fundamente und des Belags der Verkehrswege, Bermen, Bordkanten, Bürgersteige, Verkehrsinseln und öffentlichen Plätze, mit Ausnahme der Änderungen der aus Natursteinen bestehenden Beläge, und für die öffentlichen Plätze unter der Bedingung, dass die Handlungen und Arbeiten nicht zu einer Zunahme der Fläche der Beläge aus undurchlässigem Material führen.	x		x
		2	Aufstellung, Erneuerung, Versetzung oder Entfernung von Zubehörkomponenten wie Radargeräte, Brüstungen, Sicherheitsleitplanken und Sicherheitskanten, mit Ausnahme von Stützmauern und Schallwänden.	x		x

		3	Verlegung, Verlagerung, Umbau, Ausbau oder Rückbau der Leitungsnetze für Flüssigkeiten (mit einem Druck bis zu 20 bar für Gas), Energie (mit einer Spannung bis zu 70 KV für Elektrizität) und Telekommunikation, die im öffentlichen Eigentum eingebaut oder verankert sind, sich auf dieses stützen oder darüber hinweg führen, einschließlich der Privatanschlüsse, Zubehörelemente und Nebenausrüstungen wie Andockstationen und Schaltschränke, Masten und Pfosten mit einer maximalen Höhe von 14,00 Metern.	x		x
		4	vorläufige Straßenbaumaßnahmen für eine maximale Dauer von fünf Jahren.	x		x
		5	Arbeiten zur Einrichtung von für Fußgänger, Personen mit eingeschränkter Mobilität oder Radfahrer vorbehaltenen Bereichen, die die Schaffung oder den lokalen Ausbau dieser Bereiche, die Verbesserung ihres ästhetischen Aussehens oder die Sicherheit der Benutzer zum Zweck haben, unabhängig davon, ob diese Arbeiten zu einer Verengung des Untergrunds des oder der Verkehrswege führen oder nicht.	x		x
		6	Aufstellung oder Erneuerung von kleinem Straßenmobiliar wie Bänke, Tische, Sessel, Mülltonnen, Lichtmasten, Blumenkästen, kleine Teiche, elektrische Anschlüsse, unter- oder oberirdische, für die Sammlung von Haushaltsabfällen oder gleichgestellten Abfällen bestimmte Container.	x		x
		7	Arbeiten zur Anlage von für Anpflanzungen vorbehaltenen Bereichen	x		x
		8	Aufstellung, Versetzung oder Entfernung folgender Beschilderungsvorrichtungen oder -elemente: a) die Beschilderung, einschließlich deren Träger und der Gerüste, sowie ihre Schutzvorrichtungen gegen den Verkehr; b) die ortsfesten oder beweglichen Vorrichtungen zur Beschränkung des Verkehrs, des Parkens oder der Geschwindigkeit; c) die Vorrichtungen zur Kontrolle des Parkens, wie z.B. Parkuhren oder Datum- und Uhrzeitstempelapparate; d) die nicht überdachten Vorrichtungen für das Abstellen von zweirädrigen Fahrzeugen; e) die Nebenanlagen von technischen unterirdischen oder oberirdischen Vorrichtungen, wie Steuerschränke für Ampeln oder Straßenbeleuchtung, Rufsäulen, Feuerlöschwasserständer, Fernsehdrahtfunk- und Kabelfernsehschränke.	x		x
		9	Aufstellung, Versetzung oder Entfernung von Vorrichtungen zur Straßenbeleuchtung.	x		x
		10	Sofern sie den Bestimmungen des regionalen Leitfadens für den Städtebau betreffend städtebauliche Schutzgebiete in bestimmten Gemeinden nicht unterliegen, Aufstellung, Versetzung oder Entfernung der folgenden Anschlag- und Werbevorrrichtungen: a) Litfaßsäulen mit einem Durchmesser von höchstens 1,20 m und einer maximalen Höhe von 3,50 m; b) freistehende Anschlagtafeln, die nicht höher als 2,50 m und nicht breiter als 1,70 m sind und deren Nutzfläche nicht mehr als 4,00 m ² pro Seite beträgt.	x		x
		11	Bodenmarkierungen oder deren Änderung.	x		x
		12	Einrichtung, Verlagerung oder Entfernung von Verkehrsberuhigungsanlagen.	x		x
		13	Aufstellung, Entfernung oder Erneuerung der Fundamente und der Vorrichtungen zum Betrieb der	x		x

			bestehenden öffentlichen Verkehrsmittelwege und -linien, wie Schienen, Eisenbahnschwellen, Bettung, Oberleitungsmasten, Signale, Fahrleitungsjoche, Beschilderungszellen oder -schranken oder Pforten der Haltestellen für Reisende.			
		14	Anlage einer jahreszeitlich betriebenen, offenen Terrasse im Hotel- und Gaststättengewerbe [...]¹.	x		x
		15	Wartehäuschen für Reisende an Haltestellen des öffentlichen Personenverkehrs.	x		x
		16	Aufstellung oder Versetzung von Briefkasten.	x		x
		17	Aufstellung, Umsetzung oder Entfernung von Statuen, Denkmälern und anderen Kunstwerken, die von den oder auf Anordnung der Behörden aufgestellt werden.	x		x
		18	Einbau, Erneuerung oder Entfernung von Uferschutzwerken in einem nicht schiffbaren Wasserlauf, mit Ausnahme von Mauerwerken, über eine Länge bis zu 100,00 m und mit einer maximalen Höhe von 2,00 m.	x		x
x	Entwässerung, Rohrleitungen und Netze außerhalb des öffentlichen Eigentums der Straßen-, Wege- und Schienennetze, Wasserläufe, Bohrungen und Wasserentnahmestellen	1	Verlegung, Verlagerung, Umrüstung von Privatan schlüssen, einschließlich der Schaltschränke, an die unterirdischen Flüssigkeits-, Energie- und Telekommunikationsleitungsnetze, sowie Einrichtung, Verlagerung, Umbau von eingegrabenen Wasser- oder Brennstofftanks, Dränrohren, Abläufen, Wasserrinnen, Schächten, Kanaldeckeln und Faulgruben und von jeglichem individuellen Klärsystem für Haushaltsabwasser, sofern folgende Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind: a) ;die für diese Einrichtungen eventuell notwendigen Ausschachtungen führen zu keiner bedeutenden Änderung des Bodenreliefs im Sinne des Artikels R.IV.4-3 auf dem restlichen Gut; b) diese Vorrichtungen stehen in Zusammenhang mit der zur Ausstattung des Guts erforderlichen Infrastruktur und befinden sich ausschließlich auf diesem.	x		x
		2	Privatanschlüsse, einschließlich der Schaltschränke, an unterirdische Flüssigkeits-, Energie- und Telekommunikationsleitungsnetze sowie Einrichtung von eingegrabenen Wasser- oder Brennstofftanks, Dränrohren, Abläufen, Wasserrinnen, Schächten, Kanaldeckeln und Faulgruben und von jeglichem individuellen Klärsystem, die die in Punkt 1 erwähnten Bedingungen nicht erfüllen.		x	x
		3	Aufstellung von oberirdischen Tanks.		x	x
		4	Einbau oder Verstärkung von unterirdischen Flüssigkeits-, Energie- und Telekommunikationsleitungsnetzen an einem bereits eingerichteten technischen Standort, sofern folgende Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind: a) die geplanten Arbeiten sind spezifisch geeignet für die Funktion des Standorts; b) die bestehenden Anlagen, Gebäude, Bauten und Beläge sind legal; c) die Arbeiten beziehen sich nicht auf den Bau eines Gebäudes; d) die Grundfläche verringert nicht die bestehenden Abstandsbereiche oder Abschirmvorrichtungen.	x		x
		5	Bohrungen von Brunnen oder Wasserentnahmestellen.	x		x
		6	In Gebieten, die nicht zur Verstädterung bestimmt sind, und vorausgesetzt, keine Genehmigung im Sinne des Artikels R.IV.4-3 Absatz 1 Ziffer 6 ist	x		x

¹ abgeändert ER 18.06.20, Art. 1 – Inkraft: 18.06.20

			erforderlich, Einrichtung oder Änderung eines Entwässerungssystems, sofern sich das Grundstück nicht auf einem Gebiet befindet, das aufgrund des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannt ist, mit Ausnahme der Natura 2000-Gebiete, oder das einem erhöhten natürlichen Risiko oder einer größeren geotechnischen Belastung im Sinne des Artikels D.IV.57 Ziffer 3 ausgesetzt ist.			
		7	Verlegung, Verlagerung, Umbau oder Ausbau von eingebauten oder verankerten, unterirdischen oder oberirdischen Flüssigkeits-, Energie- und Telekommunikationsleitungsnetzen samt Zubehörelementen und Nebenausrüstungen, wenn sie sich außerhalb des öffentlichen Eigentums befinden.		x	x
		8	Entfernung der in den Punkten 1 bis 7 erwähnten Elemente, sofern die Abfälle aus der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
Y	Telekommunikation, Kabelfernsehen, Glasfaser, Gas, Elektrizität	1	Ersetzung von Schaltanlagen oder -schränken durch Schaltanlagen oder -schränke von geringerer oder gleicher Größe.	x		x
		2	Ersetzung von bestehenden Antennen durch Antennen, die gleich groß, kleiner oder größer sind, unter der Bedingung, dass sie zusammen mit ihrem Tragmast insgesamt nicht höher sind und die neuen Antennen höchstens 3,00 m hoch sind.	x		x
		3	Ersetzung eines bestehenden Gittermastes oder Pfostens durch einen am selben Standort aufgestellten gleich hohen Gittermast oder Pfosten derselben Art.	x		x
		4	Aufstellung eines Schaltschranks auf einem Flachdach, unter der Bedingung, dass er von der Straße aus nicht sichtbar ist, d.h. in einer Entfernung von mindestens anderthalbmal die Höhe des Schanks von der Attika.	x		x
		5	Aufstellung oder Ersetzung von Schaltschränken neben einem Gittermast oder Pfosten, der auf dem Boden steht, oder in einem technischen Lokal, das in der Nähe eines auf dem Dach stehenden Tragmastes gelegen ist.	x		x
		6	Einrichtung technischer Anlagen zur Gewährleistung der Stabilität und Sicherheit von bestehenden Anlagen sowie ihres reibungslosen Betriebs.	x		x
		7	Aufstellung von Antennen oder Richtfunksystemen, Schaltschränken und technischen Anlagen bei kulturellen, sportlichen, Freizeit- oder Handelsveranstaltungen, die für eine Höchstdauer von 90 Tagen installiert werden, vorausgesetzt, diese Antennen oder Richtfunksysteme, Schaltschränke und technischen Anlagen werden nicht mehr als 15 Tage vor Beginn der Veranstaltung aufgestellt und spätestens 15 Tage nach Ende der Veranstaltung entfernt.	x		x
		8	Verlagerung und/oder Wiederaufbau von Antennen oder Richtfunksystemen, von eingebauten, verankerten, unterirdischen oder oberirdischen Leitungsnetzen, von Schaltschränken und technischen Anlagen aus für den Operator unvorhersehbaren Gründen der Dringlichkeit, der Sicherheit oder des öffentlichen Interesses während der Zeit, die notwendig ist, um alle für die Verlagerung und/oder Wiederherstellung des Standorts erforderlichen Genehmigungen zu erhalten.	x		x
		9	Vorläufige Verlagerung einer bestehenden Anlage, um die Kontinuität der Dienstleistungen zu	x		x

			gewährleisten, im Falle von Arbeiten, die vom Eigentümer der ursprünglichen Struktur durchgeführt werden, während einer auf die Arbeiten beschränkten Dauer.			
		10	Einrichtung von Anlagen wie Antennen, Richtfunksystemen, Schaltschränken und technischen Anlagen, sofern sie sich innerhalb von bestehenden Gebäuden, Bauten oder Strukturen befinden bzw. durch Materialien mit dem gleichen Aspekt wie demjenigen der bestehenden Materialien bedeckt sind.	x		x
		11	Anbringen von Richtfunksystemen mit einem Durchmesser von höchstens 90,00 cm auf einem bestehenden Gittermast oder einem auf dem Dach stehenden, legal bestehenden Tragmast.	x		x
		12	Einrichtung einer Rundfunk- und Fernsehantenne oder von Richtfunksystemen (Satellitenschüssel oder Flachantenne). Lage: • entweder auf einem aufgehenden Bauwerk am hinteren Teil des Gebäudes im Verhältnis zur öffentlichen Zufahrtsstraße verankert bzw. mindestens 4,00 m hinter der Fluchtlinie aufgestellt; • oder im Boden bzw. auf einer Dachseite am hinteren Teil des Gebäudes im Verhältnis zur öffentlichen Zufahrtsstraße verankert. Maximale Fläche: 1,00 m ² Materialien: der Farbton der Antenne muss demjenigen ihrer Halterung ähneln.	x		x
		13	Einrichtung einer Rundfunk- und Fernsehantenne oder von Richtfunksystemen (Satellitenschüssel oder Flachantenne). Lage: auf einem Flachdach. Maximale Höhe: 5,00m inkl. Halterung, und die Höhe ist geringer als der Abstand zwischen der Anlage und der Attika Maximale Fläche: 1,00 m ²	x		x
		14	Aufstellung einer in Punkt 1 oder 2 erwähnten Antenne, die die in Punkt 1 oder 2 erwähnten Bedingungen nicht erfüllt.		x	x
		15	Anbringen von Antennen und Fernfunkmodulgehäusen an einem bestehenden, am Boden verankerten Gittermast oder einem legal bestehenden Tragmast auf dem Dach, unter der Bedingung, dass der Versatz höchstens 1,00 m im Falle eines Gittermastes und höchstens 0,40 m im Falle eines Tragmastes beträgt und die Höhe des Gittermastes oder des Tragmastes nicht überschritten wird.	x		x
		16	Einrichtung von Antennen an einer bestehenden Fassade mit höchstens einer Antenne pro 6 laufende Meter Fassade (einschließlich der für deren Anschluss benötigten aktiven Elemente), oder an einem bestehenden Giebel mit höchstens einer Antenne pro Giebel, oder an einem Schornstein, unter der Bedingung, dass diese Antennen eine ähnliche Farbe haben wie die Fassaden- oder Giebelbekleidung.	x		x
		17	Aufstellung von Antennen auf dem Flachdach oder auf dem flachen Teil des Daches eines Gebäudes, unter der Bedingung, dass sie höchstens 3 Meter hoch sind, einschließlich der Halterung, dass diese Höhe geringer als der Abstand zwischen der Anlage und der unteren Kante bzw. der Traufe bzw. der Attika ist und dass das Gebäude mindestens 12,00 m hoch ist.	x		x
		18	Anbringen an der Fassade und oberirdisch von elektronischen oder digitalen Kommunikationskabeln und -leitungen und der zusammenhängenden	x		x

			Anschlusskästen, sofern die Farbe neutral und diskret ist und das Kabel entlang den architektonischen Linien des Wohngebäudes, wie z.B. Fensterbank, Traufe, Verbindungen zwischen den Fassaden, untere Kante oder Traufe und Attika verläuft.			
		19	Aufstellung der Antenne einer Amateurfunkstation im Sinne des ministeriellen Erlasses vom 9. Januar 2001 über die Einrichtung und Inbetriebsetzung von Funkstationen durch Funkamateure.		x	x
		20	Aufstellung auf dem öffentlichen Eigentum von Halterungen mit höchstens 30,00 cm Durchmesser und einer Höhe von maximal 8,00 m für technische Telekommunikationsausrüstungen und Antennen, einschließlich Richtfunkssysteme mit maximal 90,00 cm Durchmesser, mit einem Versatz von höchstens 40,00 cm.	x		x
		21	Beseitigung oder Entfernung der in den Punkten 1 bis 20 erwähnten Elemente, sofern die Abfälle aus der Beseitigung oder der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x
Z	Militärgelände	1	Errichtung von Verteidigungsbauwerken mit operationellem Charakter, oder die der strategischen Geheimhaltung unterliegen, im Auftrag des Ministeriums für Landesverteidigung und deren Liste gemeinsam vom Minister für Landesverteidigung und vom für die Raumordnung zuständigen Minister erstellt wird.	x		x

Art. 8 – In Artikel R.IV.4-1 desselben Gesetzbuches wird zwischen dem Absatz 1 und dem Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Bei der Änderung der Zweckbestimmung eines Gutes im Ganzen oder zum Teil im Sinne von Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 7 handelt es sich um die Umwandlung in Wohnflächen von im Straßen-Erdgeschoss gelegenen Flächen in einem bestehenden Bauwerk, die für den Verkauf oder Austausch von Waren und Dienstleistungen oder für den Ausschank benutzt werden, unabhängig der Größe der Flächen und selbst wenn es sich nicht um die Schaffung einer neuen Wohnung handelt.“

Art. 9 – In Artikel R.IV.4-4 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe b) desselben Gesetzbuches wird das Wort „landwirtschaftlichem“ durch das Wort „landschaftlichem“ ersetzt.

Art. 10 – Artikel R.IV.4-5 Absatz 1 Nummer 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz wird die Wortfolge „gepflanzt werden“ durch das Wort „stehen“ ersetzt.
2. In Buchstabe c) wird das Wort „Anpflanzung“ durch das Wort „Anordnung“ ersetzt.

Art. 11 – Artikel R.IV.4-6 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Art. R.IV.4-6 – Hecken und Alleen

Die Hecke im Sinne von Artikel D.IV.4 Nummer 11 Buchstabe b) erfüllt alle folgenden Bedingungen gleichzeitig:

1. Sie besteht hauptsächlich aus einheimischen Arten.
2. Sie hat eine durchgehende Länge von mindestens zehn Metern.
3. Die maximale Breite zwischen den äußeren Stammfüßen beträgt zehn Meter.

Die Allee im Sinne von Artikel D.IV.4 Nummer 11 Buchstabe b) erfüllt alle folgenden Bedingungen gleichzeitig:

1. Sie zählt mindestens zehn hochstämmige Bäume, die sich in mindestens einer Reihe aneinanderreihen.

2. Der Abstand zwischen den einzelnen Bäumen beträgt maximal 40 Meter.“

Art. 12 – In Artikel R.IV.4-8 desselben Gesetzbuches wird der Absatz 1 Nummer 2 wie folgt ersetzt:

„2. die Hecken aus hauptsächlich einheimischen Arten, die seit über 30 Jahren auf dem öffentlichen Eigentum des Wegenetzes bestehen.“

Art. 13 – Artikel R.IV.4-10 §1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch einen Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 3 wird zwischen dem Wort „die“ und dem Wort „Gerüstäste“ das Wort „lebendigen“ eingefügt.

2. Absatz 1 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

„4. das Abschneiden von Ästen, die an der Schnittstelle einen Umfang von mehr als 30 Zentimetern aufweisen;“

3. In Absatz 1 Nummer 8 wird die Wortfolge „, außer wenn dieser jedes Jahr oder alle zwei Jahre erfolgt; durchwachsende Bäume dürfen nicht beschädigt werden“ nach dem Wort „Randstreifenmähergerät“ eingefügt.

4. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„§1 findet keine Anwendung auf die bemerkenswerten Bäume, wenn der Schnitt darauf abzielt, diese in Form von Kopfbäumen beizubehalten, oder deren Schnitt auf die regelmäßige Pflege von Obstbäumen im Sinne von Artikel R.IV.4-7 Nummer 3 abzielt.“

Art. 14 – Artikel R.IV.26-1 §1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Der Antrag auf Städtebaugenehmigung, für die ein Architekt herangezogen werden muss, wird über das Formular in Anhang 4 eingereicht, das dessen Inhalt für die Projekte festlegt.

Der Antrag auf Städtebaugenehmigung, für die kein Architekt herangezogen werden muss, wird über das Formular in Anhang 5 eingereicht, das dessen Inhalt für die Projekte festlegt.

Der Antrag auf Städtebaugenehmigung, für Handlungen zu folgenden Zwecken wird über das Formular in Anhang 6 eingereicht, das dessen Inhalt festlegt:

1. Aufforstung, Abholzung, Fällen von hochstämmigen Einzelbäumen, von Hecken oder Alleen.

2. Anbau von Weihnachtsbäumen, Fällen, das dem Wurzelwerk abträglich ist.

3. Änderung des Aussehens von einem oder mehreren bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern oder Hecken.

4. Rodung oder Änderung der Vegetation in einem Gebiet, dessen Schutz die Regierung als erforderlich betrachtet.

Bezieht sich der Genehmigungsantrag auf unterschiedliche Objekte, die ungleiche Formulare erfordern, werden Letztere der Akte beigelegt, wobei sie einen einzigen Genehmigungsantrag bilden.“

Art. 15 – In Artikel R.IV.35-1 desselben Gesetzbuches wird die Tabelle wie folgt abgeändert:

1. Die Zeilen 10 bis 12 werden wie folgt ersetzt:

	Nichtschiffbarer Wasserlauf erster Kategorie: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück	OGD3 - Direktion der nicht schiffbaren Wasserläufe
--	---	--

		OGD3 - Abteilung Natur und Forstwesen
	Nichtschiffbarer Wasserlauf zweiter Kategorie oder nicht eingestufte Wasserlauf: Errichtung eines Gebäudes, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück	Technischer Provinzialdienst OGD3 - Abteilung Natur und Forstwesen
	Nichtschiffbarer Wasserlauf dritter Kategorie: Errichtung eines Gebäudes oder einer Anlage, Einrichtung eines Parkplatzes auf einem am Wasserlauf gelegenen Grundstück	Betroffenes Gemeindegeld OGD3 - Abteilung Natur und Forstwesen

2. Die Zeile 26 wird wie folgt ersetzt:

	Handlungen und Arbeiten innerhalb eines aufgrund des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Gebiets oder in der Nähe eines solchen Gebiets, sofern diese Handlungen und Arbeiten das Gebiet erheblich beeinträchtigen können.	OGD3 - Abteilung Natur und Forstwesen
--	--	---------------------------------------

Art. 16 – In Artikel R.V.2-2 Absatz 3 Buchstabe c) desselben Gesetzbuches wird das Wort „Eigentum“ durch das Wort „Gut“ ersetzt.

Art. 17 – Artikel R.VII.19-1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 14 wird die Wortfolge „25 Euro pro von außen gemessenen m² des Gebäudes,“ durch die Wortfolge „25 Euro pro m² des Gebäudes von außen gemessen,“ ersetzt.

2. In Nummer 16 wird die Wortfolge „pro m²“ durch „pro m³“ ersetzt.

Art. 18 – Der Anhang 4 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird durch den dem vorliegenden Erlass beigefügten Anhang 1 ersetzt.

Art. 19 – Der Anhang 5 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird durch den dem vorliegenden Erlass beigefügten Anhang 2 ersetzt.

Art. 20 – Der Anhang 6 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird durch den dem vorliegenden Erlass beigefügten Anhang 3 ersetzt.

Art. 21 – Die Anhänge 7, 8 und 9 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, werden aufgehoben.

Art. 22 – Vorliegender Erlass tritt am 1. September 2021 in Kraft.

Art. 23 – Der für die Raumordnung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

**Antonios
Antoniadis**

A. ANTONIADIS

Digital unterschrieben von
Antonios Antoniadis

Datum: 2021.05.25

08:37:30 +02'00'

**Anhänge zum Erlass der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils
des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung**

Anhang 1:

Anhang 4 – *Antrag auf Städtebaugenehmigung unter Mitwirkung eines Architekten*

Anhang 2:

Anhang 5 - *Antrag auf Städtebaugenehmigung ohne Mitwirkung eines Architekten*

Anhang 3:

Anhang 6 - *Genehmigungsantrag für Handlungen zu folgenden Zwecken: Aufforstung, Abholzung, Fällen von hochstämmigen, Einzelbäumen, von Hecken oder Alleen, Anbau von Weihnachtsbäumen, Fällen, das dem Wurzelwerk schadet, Änderung des Aussehens von einem oder mehreren bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern oder Hecken, Rodung oder Änderung der Vegetation in einem Gebiet, dessen Schutz die Regierung als erforderlich betrachtet*

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung beigelegt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

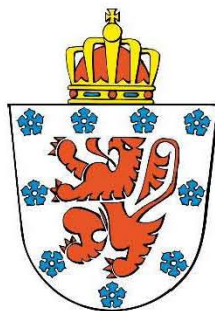
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

Antonios Antoniadis

Digital unterschrieben von
Antonios Antoniadis
Datum: 2021.05.25 08:37:48 +02'00'

A. ANTONIADIS



**Antrag auf Städtebaugenehmigung unter Mitwirkung
eines Architekten**

DER GEMEINDE ODER DER REGIERUNG VORBEHALTENES FELD

Antragsteller

.....

Gegenstand des Antrags

.....

Bezugszeichen der Akte

.....

Feld 1

a) Antragsteller

Natürliche Person

Name: Vorname:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Juristische Person

Bezeichnung oder Firmenname:

Rechtsform:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Sachbearbeiter

Name: Vorname:

Eigenschaft:

Telefon: Fax:

E-Mail:

b) Architekt

Architekt

Name: Vorname:

Bezeichnung oder Firmenname einer juristischen Person:

Rechtsform:

Eigenschaft:

Anschrift

Straße:.....Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde:..... Land:

Telefon:.....**Fax:**.....

E-Mail:.....

Der Antragsteller hat von seinem Architekten die Bescheinigung Nr. erhalten, die die Architektenkammer am .../.../.... für vorliegendes Projekt ausgestellt hat, und die bestätigt, dass Letzterer berechtigt ist, seinen Beruf auszuüben. Der Inhalt der Bescheinigung ist auf der Webseite www.archionweb.be – attestation zugänglich.

Feld 2 - Gegenstand des Antrags

Projektbeschreibung

[illegible]

Wenn eine phasenweise Umsetzung des Projekts erwünscht wird, Beschreibung der Phaseneinteilung:

[illegible]

Feld 3 - Angaben über den Projektstandort

Straße:.....**Nr.**

Gemeinde:.....

Liste der vom Antrag betroffenen Katasterparzellen

Anhang 4

Wenn das Projekt mehr als fünf Parzellen betrifft, bitte eine Draufsicht mit den gesamten Parzellen beifügen

	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Nr. und Exponent	Eigentümer
Parzelle 1					
Parzelle 2					
Parzelle 3					
Parzelle 4					
Parzelle 5					

Vorhandensein von Dienstbarkeiten und sonstiger Rechte

Nein

Ja:

Feld 4 - Vorgeschichte betreffend den Antrag - Projekttreffen

- Städtebaubescheinigung Nr.1 ausgestellt am in
- Städtebaubescheinigung Nr. 2 ausgestellt am in
- Denkmalgenehmigung ausgestellt am in
- Sonstige Genehmigungen in Bezug auf das Gut (Städtebaugenehmigung, Verstädterungsgenehmigung, Umweltgenehmigung, Globalgenehmigung, Genehmigung für Handelsniederlassungen, integrierte Genehmigung, ...):
.....
.....
.....
.....
.....

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- das Protokoll des Treffens ohne Entscheidungsgewalt, wenn ein Projekttreffen stattgefunden hat
- den Beweis dafür, dass ein kraft des GRE obligatorisches Projekttreffen beantragt worden ist, wenn dieses Projekttreffen zwar beantragt wurde, aber nicht binnen 20 Tagen nach dem Antrag stattgefunden hat

Feld 5 – Dekret über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen (Denkmalschutzdekret)

- Das betroffene Objekt befindet sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes

Nein

Ja

- Das betroffene Objekt ist vorläufig oder endgültig geschützt gemäß dem Dekret vom 23. Juni 2008 zum Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen

Nein

Ja

- Verpflichtendes Projekttreffen am

-Referenz des Protokolls

- Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

Das Protokoll des verpflichtenden Projekttreffens (Art. D.IV.31.1)

Ggf. die ergänzenden Dokumente, die laut Protokoll dem Antrag beizufügen sind

Feld 6 - Rechtslage des Gutes

Liste der auf das Gut anwendbaren GRE-Dokumente und Angaben zur Gebietseinteilung

- Raumentwicklungsschema (bei Anwendung von Artikel D.II.16 des GRE):
- Sektorenplan:
- Flächennutzungskarte:
- Plurikommunales Entwicklungsschema:
- Kommunales Entwicklungsschema:
- Lokales Orientierungsschema:.....
- Kommunaler Leitfaden für den Städtebau:....
- Regionaler Leitfaden für den Städtebau:....

Wenn die Normen über die akustische Qualität der Bauten auf das Projekt anwendbar sind, bitte das Formular Dn beifügen.

- Verstädterungsgenehmigung:..... Los Nr:
- Gut mit einem bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder einer bemerkenswerten Hecke
- Gut, das der Regelung über die Besteuerung der Gewinne aus der Planung unterliegt
- Neu zu gestaltender Standort, Areal für Landschafts- und Umweltsanierungsmaßnahmen, Areal für eine städtische Flurbereinigung, eine städtische Erneuerung, eine städtische Neubelebung, bevorzugtes Initiativgebiet: ...

Sonstige Merkmale des Gutes

- Gut, das dem Risiko eines schweren natürlichen Unfalls oder einer größeren geotechnischen Belastung ausgesetzt ist: Überschwemmung in den überschwemmungsgefährdeten Gebieten im Sinne von Artikel D.53 des Wassergesetzbuches - Fallen einer Felswand - Erdbeben - Karsterscheinung - Bodensenkung - seismische Gefahr - sonstiges bedeutendes natürliches Risiko oder geotechnische Belastung: ...

Anhang 4

- Gut in einem oder in der Nähe eines vorgeschlagenen oder durch Erlass ausgewiesenen Natura 2000-Gebiets - eines domanialen Naturreservats - eines unterirdischen Hohlraums von wissenschaftlichem Interesse - eines Feuchtgebiets von biologischem Interesse - eines Waldreservats - im Sinne des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur ...
- Gut, das im Plan "dauerhaftes Wohnen" aufgenommen ist ...
- Gut, dessen Standort das Risiko eines schweren Unfalls (nicht) vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls (nicht) verschlimmern könnte, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, eine angemessene Entfernung von einem bereits bestehenden Betrieb, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist, einzuhalten
- Handelt es sich um die Errichtung - die Änderung - eines Betriebs, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist?
Nein
Ja:.....
- Gut, das sich innerhalb des Gebiets befindet, das vom Sanierungsplan pro Zwischeneinzugsgebiet von betroffen und in diesem Plan als (Art des Gebiets) aufgenommen ist
- Vorhandensein einer durch Erlass festgelegten Präventivzone, einer pauschalen Präventivzone oder einer Überwachungszone in Bezug auf Trinkwasserentnahmestellen, die kraft des Wassergesetzbuches eingeführt worden ist:
- Vorhandensein eines Wasserlaufs der 1./2./3. Kategorie:
- Sonstiges:

Feld 7 - Architektur des Projekts und raumordnerische Zielsetzung/Vorgabe

.....

Feld 8 - Liste der Ausnahmen und Abweichungen und entsprechende Begründung

Wenn der Antrag eine Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, oder eine Abweichung von einem Schema, von einer Flächennutzungskarte, von den Anweisungen eines Leitfadens für den Städtebau oder von der Verstädterungsgenehmigung voraussetzt: Erklärungen bzgl. der Einhaltung der durch die Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE gestellten Bedingungen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Feld 9 - Umweltgesetzbuch

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- ☐ eine Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit
- ☐ eine Umweltverträglichkeitsstudie

Feld 10 - Dekret über die Bodenbewirtschaftung

Die Daten betreffend das Gut bitte prüfen, die in der Datenbank im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung erfasst sind.

Das ordnungsgemäß ausgefüllte Formular mit den erforderlichen Dokumenten im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung beifügen.

Feld 11 - Dekret über das kommunale Verkehrswegenetz: Schaffung, Änderung oder Abschaffung von Gemeindewegen

- ☐ Nein
- ☐ Ja: kurze Beschreibung der Arbeiten

Die Auskünfte im Sinne von Artikel 11 des Dekrets vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrswegenetz oder die diesbetreffende endgültige Genehmigung beifügen

Feld 12 - Dekret über die Energieeffizienz von Gebäuden

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

Das (die) kraft des Dekrets über die Energieeffizienz von Gebäuden erforderliche(n) Dokument(e) beifügen

Feld 13 - Statistisches Formular

Die föderalen Rechtsvorschriften in Bezug auf das statistische Formular einhalten

Feld 14 - Beizufügende Anhänge

Neben den Anlagen bzgl.

- Feld 4: Projekttreffen
- Feld 5: Denkmalschutzdekret
- Feld 9: Umweltgesetzbuch
- Feld 10: Bodenbewirtschaftung
- Feld 11: Gemeindewege
- Feld 12: Energieeffizienz
- Feld 13: Statistisches Formular

sind jedem Antrag die folgenden Dokumente in sechs Ausfertigungen beizufügen (je nach der Anzahl der angefragten Stellungnahmen können zusätzliche Exemplare nachgefragt werden, ohne dass die Anzahl dieser zusätzlichen Ausfertigungen die Anzahl der zu beantragenden Stellungnahmen überschreiten kann)

- ☐ ein Lageplan des betroffenen Guts im Maßstab 1:10.000 oder 1:5.000, in dem binnen eines Umkreises von 500 Metern die folgenden Angaben dargestellt werden:
 - ☐ die Orientierung;
 - ☐ die Lage des vom Projekt betroffenen Gutes im Verhältnis zum Kern der Ortschaft;
 - ☐ die Zufahrtstraßen und ihre Bezeichnung;
- ☐ ein Plan mit dem raumplanerischen und landschaftlichen Kontext im Maßstab 1:1000 oder 1:500, auf dem die folgenden Angaben stehen:
 - ☐ die Orientierung;
 - ☐ die Zufahrtstraßen mit Maßangaben, und ihrem rechtlichen Status;
 - ☐ die Lage, die Abmessungen, die Art oder Zweckbestimmung der bestehenden Bauten auf dem betreffenden Gut und in einem Umkreis von 50 Metern;
 - ☐ wenn das Projekt die Anwendung der Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE voraussetzt, die wesentlichen Hauptzüge der Landschaft, wie z.B. die prägenden Merkmale des Bodenreliefs, die Höhenkurven, die Vegetation, einschließlich des Vorhandenseins von bemerkenswerten Bäumen oder Sträuchern im Sinne von Artikel D.IV.4 Ziffer 12 des GRE, das Vorhandensein eines Wasserlaufes oder sonstiger wichtiger landschaftlicher Elemente auf dem betreffenden Gut und in einem Umkreis von 100 Metern;
 - ☐ die nummerierte Angabe der Aufnahmen des nachstehend genannten Fotoberichts;
- ☐ ein Fotobericht, durch den der städtebauliche und landschaftliche Kontext, in den sich das Projekt einfügt, berücksichtigt werden kann, und der mindestens das Folgende enthält:
 - ☐ zwei Aufnahmen, wobei die erste direkt am Wegenetz die Parzelle und die angrenzenden Gebäude zeigt, und die andere die Parzelle(n) zeigt, die sich gegenüber auf der anderen Seite der Straße befinden;
 - ☐ mindestens drei verschiedene Aufnahmen, um die Grenzen des betreffenden Gutes, die Nachbargebäude und das allgemeine Umfeld zu visualisieren;

Anhang 4

- ☐ wenn es sich um ein neues Gebäude handelt, um wenn das Projekt die Anwendung der Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE voraussetzt, oder wenn das Projekt sich in einem Areal von landschaftlichem Interesse befindet, mindestens drei verschiedene Fernaufnahmen, die es ermöglichen, den gesamten landschaftlichen Kontext, in den sich das Projekt einfügt, zu visualisieren, wobei auf jeder Aufnahme der Standort des Projekts angegeben wird;
- ☐ gegebenenfalls eine Berechnung, aus der sich die Einhaltung des Kriteriums der gesundheitlichen Zuträglichkeit nach Artikel 3 Ziffer 5 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen betreffend die natürliche Beleuchtung ergibt
- ☐ ein Lageplan im Maßstab 1:500, 1:250 oder 1:200 zur Verdeutlichung der Belegung der Parzelle, mit folgenden Angaben:
 - ☐ die mit Maßangaben versehenen Grenzen der Parzelle und die Höhenkurven;
 - ☐ wenn der Antrag für den Bau von nachträglich in Lose aufzuteilenden Gruppenwohnungen gestellt wird, ohne dass eine vorherige Verstärkungsgenehmigung dafür erforderlich wäre, die Grenzen der Lose;
 - ☐ mindestens zwei mit Maßangaben versehene relevante Schnitte (Längs- und Querschnitt) des Bodenreliefs und die geplanten und mit Maßangaben versehenen Änderungen;
 - ☐ wenn das Projekt eine bedeutende Veränderung des Bodenreliefs voraussetzt, die Höhenangaben des bestehenden Bodenreliefs in Schritten von jeweils 5 m auf dem Lageplan mit einem Vermerk über die heutige Zweckbestimmung des Grundstücks, sowie die Schnitte, auf denen die Planierfläche des Grundstücks angegeben wird;
 - ☐ gegebenenfalls die Lage und die Abmessungen der auf der Parzelle gelegenen Gebäude, die bestehen bleiben oder abgerissen werden;
 - ☐ der Standort und das Volumen der geplanten Bauten mit den Maßangaben;
 - ☐ die durch menschliches Eingreifen entstandenen, auf dem Grundstück bestehenden Grunddienstbarkeiten;
 - ☐ gegebenenfalls die Trasse der Infrastrukturen für den Transport von Fluiden und Energie, die das oder die betroffenen Güter durchqueren;
 - ☐ die erhaltene oder geplante Einrichtung der restlichen Fläche der betroffenen Parzelle, einschließlich der Bauwiczonen, der betreffenden Einzäunungen, der Parkflächen für Fahrzeuge, der geplanten Materialien, der Lage und Höhe der bestehenden Vegetation einschl. der hochstämmigen Bäume, der zu erhaltenden oder zu vernichtenden Hecken sowie der bemerkenswerten Bäume und der geplanten Anpflanzungen;
 - ☐ die Höhenlage des Projekts zu einem festen Bezugspunkt, der zum öffentlichen Eigentum gehört;
 - ☐ die Straßeneinrichtungen und -ausstattungen sowie ggf. die geplanten Änderungen mit den entsprechenden Maßangaben;
 - ☐ das prinzipielle Abwasserabfuhrnetz;
 - ☐ im Falle einer individuellen Klärung, bei der die Abwässer ins Gelände versickern, eine hydrologische Studie.
- ☐ die Darstellung des Projekts mit den zu erhaltenden, abzubrechenden oder zu bauenden Gebäuden im Maßstab 1:100 oder 1:50, in der folgende Elemente zu sehen sind:
 - ☐ der Grundriss aller Ebenen sowie die aktuelle und künftige Zweckbestimmung der Räumlichkeiten;

- ☐ die Aufrisse;
- ☐ die Beschreibung und Angabe des Farbtons der Verblendwerkstoffe des aufgehenden Mauerwerks und der Dachdeckung;
- ☐ die mit Maßangaben versehenen Quer- und Längsschnitte mit Angabe der Höhenlage des Erdgeschosses, der Höhenlage des bestehenden und geplanten Bodenreliefs und des Profils der angrenzenden Bauten;
- ☐ gegebenenfalls die vom Architekten vorgesehenen aktiven und passiven technischen Maßnahmen zur Vermeidung oder Minimierung der Risiken in den Gefahrenzonen, die von der Föderalagentur für Nuklearkontrolle ausgewiesen sind und in Zusammenhang mit dem regionalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Radons;
- ☐ gegebenenfalls die technische Akte des Straßenbauprojekts mit folgenden Unterlagen:
 - ☐ Grundriss und Längsschnitte im Maßstab 1:200 oder 1:1000;
 - ☐ Querprofile im Maßstab 1:100 oder 1:50;
 - ☐ ein Musterquerschnitt mit den geplanten Materialien.

Der Musterquerschnitt kann auf der Grundlage eines von der zuständigen Behörde auferlegten Lastenhefts bestimmt werden.

Die Pläne werden nummeriert und auf das Normformat von 21 auf 29,7 cm gefaltet.

Auszug aus Art. R.IV.26-1

(...)

Wenn sich der Antrag auf Genehmigung auf unterschiedliche Objekte bezieht, die ungleiche Formulare erfordern, werden Letztere der Akte beigelegt, wobei sie einen einzigen Genehmigungsantrag bilden.

Auszug aus Art. R.IV.26-3

Mit der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörde oder der Person, die sie kraft Artikel D.IV.33 bevollmächtigt, oder des Ministers, falls er die mit der Untersuchung der in den Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16 erwähnten Genehmigungsanträge beauftragte Behörde ist, kann der Antragsteller die **Pläne in einem anderen Maßstab** als die verlangten Maßstäbe vorlegen.

Die zuständige Behörde oder die Person, die sie kraft Artikel D.IV.33 bevollmächtigt, oder der Minister, falls er die mit der Untersuchung der in den Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16 erwähnten Genehmigungsanträge beauftragte Behörde ist, kann ausnahmsweise **die Vorlage von ergänzenden Dokumenten** beantragen, wenn solche für das Verständnis des Projekts unerlässlich sind. Diese ergänzenden Dokumente werden in dem Verzeichnis der fehlenden Unterlagen nach Artikel D.IV.33 Absatz 1 Ziffer 2 angegeben.

(...)

Die zuständige Behörde oder die Person, die sie kraft Artikel D.IV.33 bevollmächtigt, oder der Minister, falls er die mit der Untersuchung der in den Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16

erwähnten Genehmigungsanträge beauftragte Behörde ist, kann von dem Antragsteller verlangen, dass er die **zusätzliche Ausfertigung auf EDV-Träger** liefert, wobei sie das Format der betreffenden Datei angibt.

Feld 16 - Unterschriften

Ich verpflichte mich, die gegebenenfalls durch andere Gesetze, Dekrete oder Verordnungen auferlegten Zulassungen oder Genehmigungen zu beantragen.

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatträgers

.....

Datenschutz

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von der für Raumordnung zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritten mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass diese Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

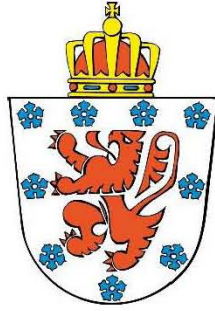
Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Anhang 4

Wenn eine Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn Ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde einen Beschwerde einreichen, entweder auf deren Webseite: <https://www.datenschutzbehörde.be/>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse - 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

Antonios
Antoniadis

Digital
unterschrieben von
Antonios Antoniadis
Datum: 2021.05.25
08:40:03 +02'00'



Antrag auf Städtebaugenehmigung ohne Mitwirkung eines Architekten

DER GEMEINDE ODER DER REGIERUNG VORBEHALTENES FELD

Antragsteller

.....

Gegenstand des Antrags

.....

Bezugszeichen der Akte

.....

Feld 1 - Antragsteller

Natürliche Person

Name: Vorname:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Juristische Person

Bezeichnung oder Firmenname:

Rechtsform:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Sachbearbeiter

Name: Vorname:

Eigenschaft:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Projektautor

Name: Vorname:

Bezeichnung oder Firmenname einer juristischen Person:

Rechtsform:

Eigenschaft:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Feld 2 - Gegenstand des Antrags

Projektbeschreibung:

Die geplanten Handlungen und Arbeiten und das verfolgte Ziel darstellen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Bei Abbrucharbeiten: welches ist die Zweckbestimmung der Parzelle nach Durchführung dieser Handlungen und Arbeiten ?

.....

.....

.....

Bei erheblichen Veränderungen des Bodenreliefs oder Arbeiten am Boden : wie groß ist das ungefähre Volumen der abzuräumenden Erde ? Wie wird das Erdreich entfernt? Wo kommt das Erdreich her oder wo geht es hin?

.....

.....

.....

Wenn eine phasenweise Umsetzung des Projekts erwünscht wird, Beschreibung der Phaseneinteilung:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Feld 3 - Angaben über den Projektstandort

Straße:.....Nr.

Gemeinde:.....

Liste der vom Antrag betroffenen Katasterparzellen

Wenn das Projekt mehr als fünf Parzellen betrifft, bitte eine Draufsicht mit den gesamten Parzellen beifügen

	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Nr. und Exponent	Eigentümer
Parzelle 1					
Parzelle 2					
Parzelle 3					
Parzelle 4					
Parzelle 5					

Vorhandensein von Dienstbarkeiten und sonstiger Rechte

Nein

Ja:

Feld 4 - Vorgeschichte betreffend den Antrag – Projekttreffen

- Städtebaubescheinigung Nr. 1 ausgestellt am in
- Städtebaubescheinigung Nr. 2 ausgestellt am in
- Denkmalgenehmigung ausgestellt am in
- Sonstige Genehmigungen in Bezug auf das Gut (Städtebaugenehmigung, Verstädterungsgenehmigung, Umweltgenehmigung, Globalgenehmigung, Genehmigung für Handelsniederlassungen, integrierte Genehmigung, ...) :

.....

.....

.....

.....

.....

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- das Protokoll des Treffens, wenn ein Projekttreffen stattgefunden hat
- den Beweis dafür, dass ein kraft des GRE obligatorisches Projekttreffen beantragt worden ist, wenn dieses Projekttreffen zwar beantragt wurde, aber nicht binnen 20 Tagen nach dem Antrag stattgefunden hat

Feld 5 – Dekret über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen (Denkmalschutzdekret)

○	Das betroffene Objekt befindet sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes
	Nein
	Ja
○	Das betroffene Objekt ist vorläufig oder endgültig geschützt gemäß dem Dekret vom 23. Juni 2008 zum Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen
	Nein
	Ja
	- Verpflichtendes Projekttreffen am
	-Referenz des Protokolls
	- Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):
	Das Protokoll des verpflichtenden Projekttreffens (Art. D.IV.31.1)
	Ggf. die ergänzenden Dokumente, die laut Protokoll dem Antrag beizufügen sind

Feld 6 - Rechtslage des Gutes

Liste der auf das Gut anwendbaren GRE-Dokumente und Angaben zur Gebietseinteilung	
○	Raumentwicklungsschema (bei Anwendung von Artikel D.II.16 des GRE):
○	<u>Sektorenplan:</u>
○	<u>Flächennutzungskarte:</u>
○	<u>Plurikommunales Entwicklungsschema:</u>
○	<u>Kommunales Entwicklungsschema:</u>
○	<u>Lokales Orientierungsschema:.....</u>
○	<u>Kommunaler Leitfaden für den Städtebau:....</u>
○	<u>Regionaler Leitfaden für den Städtebau:....</u>
Wenn die Normen über die akustische Qualität der Bauten, auf das Projekt anwendbar sind, bitte das Formular Dn beifügen.	
○	<u>Verstädterungsgenehmigung:.....</u> Los Nr.:.....
○	Gut mit einem bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder einer bemerkenswerten Hecke
○	Gut, das der Regelung über die Besteuerung der Gewinne aus der Planung unterliegt

- Neu zu gestaltender Standort, Areal für Landschafts- und Umweltsanierungsmaßnahmen, Areal für eine städtische Flurbereinigung, eine städtische Erneuerung, eine städtische Neubelebung, bevorzugtes Initiativgebiet: ...

Feld 7 - Liste der Ausnahmen und Abweichungen und entsprechende Begründung

Wenn der Antrag eine Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, oder eine Abweichung von einem Schema, von einer Flächennutzungskarte, von den Anweisungen eines Leitfadens für den Städtebau oder von der Verstädterungsgenehmigung voraussetzt:

Erklärungen bzgl. der Einhaltung der durch die Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE gestellten Bedingungen:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Feld 8 - Umweltgesetzbuch

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- eine Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit
- eine Umweltverträglichkeitsstudie

Feld 9 - Dekret über die Bodenbewirtschaftung

Es gilt, die Daten betreffend das Gut zu prüfen, die in der Datenbank im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung erfasst sind.

Das ordnungsgemäß ausgefüllte Formular mit den erforderlichen Dokumenten im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung muss beigelegt werden.

Feld 10 - Dekret über das kommunale Verkehrswegenetz: Schaffung, Änderung oder Abschaffung von Gemeindewegen

- Nein
- Ja: kurze Beschreibung der Arbeiten

Die Auskünfte im Sinne von Artikel 11 des Dekrets vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrswegenetz oder die diesbetreffende endgültige Genehmigung sind dem Antrag beizufügen.

Feld 11 - Dekret über die Energieeffizienz von Gebäuden

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

Das (die) kraft des Dekrets über die Energieeffizienz von Gebäuden erforderliche(n) Dokument(e) beifügen

Feld 12 - Statistisches Formular

Die föderalen Rechtsvorschriften in Bezug auf das statistische Formular einhalten

Feld 13 - Beizufügende Anhänge

Neben den Anlagen bzgl.

- Feld 4: Projekttreffen
- Feld 5: Denkmalschutzdekret
- Feld 8: Umweltgesetzbuch
- Feld 9: Bodenbewirtschaftung
- Feld 10: Gemeindewege
- Feld 12: Energieeffizienz
- Feld 13: Statistisches Formular

sind jedem Antrag die folgenden Dokumente beizufügen (Sämtliche Anlagen in vier Ausfertigungen – je nach der Anzahl der angefragten Stellungnahmen können zusätzliche Exemplare nachgefragt werden, ohne dass die Anzahl dieser zusätzlichen Ausfertigungen die Anzahl der zu beantragenden Stellungnahmen überschreiten kann):

Allgemeine Dokumente

- ☐ ein Plan zur Darstellung des Projektes und seines raumplanerischen und landschaftlichen Kontexts, der es ermöglicht, das Projekt in einem Umkreis von 200 Metern zu visualisieren, und folgende Elemente angibt:
 - ☐ die Orientierung;
 - ☐ die Zufahrtstraßen mit Angabe ihres rechtlichen Status, ihrer Bezeichnung und Breite;
 - ☐ die Lage, die Art oder die Zweckbestimmung der bestehenden Bauten in einem Umkreis von 50 Metern;
 - ☐ die nummerierte Angabe der Aufnahmen des Fotoberichts;
- ☐ ein Farbfotobericht, durch den der städtebauliche und landschaftliche Kontext, in den sich das Projekt einfügt, berücksichtigt werden kann, und der mindestens das Folgende enthält:

Anhang 5

- ☐ zwei Aufnahmen, wobei die erste direkt am Wegenetz die Parzelle und die angrenzenden Gebäude zeigt, und die andere die Parzelle(n) zeigt, die sich gegenüber auf der anderen Seite der Straße befinden;
- ☐ mindestens drei Aufnahmen, um die Grenzen des betreffenden Gutes und die Nachbargebäude zu visualisieren;
- ☐ wenn das Projekt die Anwendung der Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE voraussetzt (Ausnahmen oder Abweichungen), oder wenn das Projekt sich in einem Areal von landschaftlichem Interesse befindet, mindestens drei verschiedene Fernaufnahmen, die es ermöglichen, den gesamten landschaftlichen Kontext, in den sich das Projekt einfügt, zu visualisieren, wobei auf jeder Aufnahme der Standort des Projekts angegeben wird;
- ☐ ein Plan zur Verdeutlichung der Belegung der Parzelle, mit folgenden Angaben:
 - ☐ die Grenzen der betroffenen Parzelle ;
 - ☐ gegebenenfalls die Lage der auf der Parzelle gelegenen Gebäude, die bestehen bleiben oder abgerissen werden;
 - ☐ ggf. die Lage der geplanten Bauten, die Beschreibung der Verblendwerkstoffe des aufgehenden Mauerwerks und der Dachdeckung;
 - ☐ die durch menschliches Eingreifen entstandenen, auf dem Grundstück bestehenden Grunddienstbarkeiten;
 - ☐ die erhaltene oder geplante Einrichtung des Bodens der betroffenen Parzelle, einschließlich der Bauwuchzonen, der Einfriedungen, der Parkflächen für Fahrzeuge, der Lage und Höhe der bestehenden Vegetation einschl. der hochstämmigen Bäume, der zu erhaltenden oder zu vernichtenden Hecken sowie der bemerkenswerten Bäume und der Anpflanzungen;
 - ☐ ggf. die zu treffenden Maßnahmen, um den einwandfreien Abfluss des Oberflächenwassers zu gewährleisten;
 - ☐ ggf. die zu treffenden Maßnahmen, um die Klärung des Abwassers zu gewährleisten;
 - ☐ die Behandlung der Umgebung und den Schutz der benachbarten Gebäude und Anpflanzungen;

Besondere Dokumente – je nach Gegenstand des Antrags

- ☐ wenn es sich um eine **bedeutende Veränderung des Bodenreliefs** handelt, die Höhenangaben des bestehenden Bodenreliefs in Schritten von jeweils 5 m mit einem Vermerk über die heutige Zweckbestimmung des Grundstücks, die Anpflanzungen auf den benachbarten Grundstücken, ihre Entfernung zu den Grenzen des betreffenden Grundstücks sowie die Schnitte zur Veranschaulichung der Planierfläche des Grundstücks und die vorgesehene Situation nach der Durchführung der Änderungen des Bodenreliefs;
- ☐ wenn es sich um ein **Lager für ausgediente Fahrzeuge, Schrott, Materialien oder Abfälle** handelt, die Lage, die Fläche und die Höhe des Lagers, die Art der abzulagernden Materialien oder Abfälle, die Art der Umfriedung oder die vorgesehenen Vorrichtungen, um das Lager zu tarnen, sowie ihre Lage;

Anhang 5

- ☐ wenn es sich um das **Ab- oder Aufstellen einer oder mehrerer mobiler Anlagen** handelt, ihre Lage, Anzahl und ggf. die Art der Umfriedung oder die vorgesehenen Vorrichtungen, um die Anlage zu tarnen, sowie die vorgesehene Situation nach dem Abräumen des Lagers;
- ☐ Wenn es sich um **technische Arbeiten** im Sinne von Artikel R.IV.1-2, Absatz 1, 5° handelt¹:
 - ☐ einen Grundriss und Längs- und Querschnitte, mit folgenden Angaben:
 - ☐ die Angabe der öffentlichen Wege in einem Umkreis von 50 m ab jeder Grenze der Parzelle, mit ihrer Bezeichnung und Breite,
 - ☐ die Grenzen des Grundstücks, mit Angabe der Abmessungen;
 - ☐ die Höhenkurven der aktuellen und geplanten Schnitte der Grundstückflächen;
 - ☐ die Lage, die Art bzw. die Zweckbestimmung der Nachbargebäude in einem Umkreis von 50 m ab jeder Grenze der Parzelle;
 - ☐ die Lage der auf der Parzelle vorhandenen, zu erhaltenden bzw. abzureißenden Gebäude;
 - ☐ die Lage der vorhandenen, zu erhaltenden bzw. zu fällenden hochstämmigen Bäume;
 - ☐ ggf. die Ansichten der verschiedenen Baum- bzw. Pflanzenbestände;
 - ☐ der Grundriss und die Längsschnitte werden im Maßstab 1:200, 1:1000 oder 1:5.000 erstellt;
 - ☐ die Querprofile werden im Maßstab 1:100 oder 1:50 erstellt;
 - ☐ die Stellungnahme der betroffenen (Energie-)Netzbetreiber über die technische Machbarkeit des Projekts;
 - ☐ ein Lageplan mit Angabe der Orientierung im Maßstab 1:5.000 oder 1:10.000;
 - ☐ ggf. ein allgemeiner Plan jedes Straßenabschnitts.
- ☐ Beim **Umbau eines bestehenden Bauwerks**, bei der **Schaffung einer oder mehrerer Wohnungen**, bei dem **Bau eines Wintergartens**, eines **Neben- oder Anbauvolumens**, die Visualisierung des Projekts mit den umzubauenden, abzureißenden oder zu bauenden Konstruktionen, im Maßstab 1:100 oder 1:50, unter Angabe folgender Elemente:
 - ☐ der Grundriss aller Ebenen sowie die aktuelle und künftige Zweckbestimmung der Räumlichkeiten;
 - ☐ die Aufrisse;
 - ☐ die Verblendwerkstoffe und der Farbton des vorhandenen oder künftigen aufgehenden Mauerwerks und der Dachdeckung;

¹ Unter technischen Arbeiten sind zu verstehen:

a) Arbeiten, bei denen die Ingenieurtechnik eine wichtige Rolle spielt, wie z.B. Brücken und Tunnels, Straßen, Parkplätze, Eisenbahngleise, Untergrundbahnen und alle Transportwege mit fester Unterlage, Start-/Landebahnen in Flughäfen, Wasserwerke, Talsperren, Kanäle, Häfen und Jachthäfen, Wasserfassungen, elektrische Leitungen, (Gitter-)Masten, Anschlussstationen, Windräder, Turbinen, Gasleitungen, Ölleitungen, Pipeline, Fernmeldeanlagen;

b) agrartechnische Arbeiten;

c) Anlagen oder Bauwerke, bei deren Entwurf die Ingenieurtechnik eine wesentliche Rolle spielt: Produktionsanlagen, Lageranlagen, Umschlag- und Transportanlagen, Förderbänder, Portalkrananlagen, Leitungen, Laufkräne, Lagertürme, Silos, Außenfilteranlagen.

Anhang 5

- ☐ die mit Maßangaben versehenen Quer- und Längsschnitte mit Angabe der Höhenlage des Erdgeschosses, der Höhenlage des bestehenden und geplanten Bodenreliefs und des Profils der angrenzenden Bauten sowie die genaue Zusammensetzung der Wände und des Daches, die Angabe der Rauchabzugs- und Lüftungsrohre;
- ☐ gegebenenfalls die Berechnungen, aus der sich die Einhaltung des Kriteriums der gesundheitlichen Zuträglichkeit nach Artikel 3 Ziffer 5 des wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen betreffend die natürliche Beleuchtung ergibt.
- ☐ beim **Anbringen eines oder mehrerer Aushängeschilder oder Reklamevorrichtungen**, einer oder mehrerer **ortsfester oder beweglicher Einrichtungen**, oder eines oder mehrerer **Module zur Erzeugung von Strom oder Hitze**:
 - ☐ die Draufsicht der Vorrichtung oder des Moduls;
 - ☐ die Vorderansicht der Vorrichtung oder des Moduls;
 - ☐ die Beschreibung der Baustoffe und ihr Farbton;
 - ☐ für die Aushängeschilder oder Reklamevorrichtungen: die Beschreibung des benutzten Schriftzugs und ggf. der benutzten Beleuchtung
- ☐ bei **Abbruch eines Bauwerks oder einer Anlage**:
 - ☐ die Draufsicht des Bauwerks / der Anlage;
 - ☐ mindestens drei signifikante Fotoaufnahmen des betroffenen Bauwerks / der betroffenen Anlage;
- ☐ bei **Änderung der Zweckbestimmung eines Gutes** (gesamt oder teilweise) oder **Änderung der Aufteilung von Verkaufsflächen und der Geschäftstätigkeit**:
 - ☐ einen Plan mit dem raumplanerischen und landschaftlichen Kontext im Maßstab 1:1000 oder 1:500 mit den oben genannten allgemeinen Angaben und der Angabe der Lage der Parkflächen für Fahrzeuge in einem Umkreis von 100 Metern ab jeder der Grenzen der betroffenen Parzelle;
 - ☐ gegebenenfalls die Berechnungen, aus der sich die Einhaltung des Kriteriums der gesundheitlichen Zuträglichkeit nach Artikel 3 Ziffer 5 des wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen betreffend die natürliche Beleuchtung ergibt.
 - ☐ der Grundriss aller Ebenen sowie die aktuelle und künftige Zweckbestimmung der Räumlichkeiten;

Die Pläne werden nummeriert und auf das Normformat von 21 auf 29,7 cm gefaltet.
--

Auszug aus Art. R.IV.26-1

(...)

Wenn sich der Antrag auf Genehmigung auf unterschiedliche Objekte bezieht, die ungleiche Formulare erfordern, werden Letztere der Akte beigelegt, wobei sie einen einzigen Genehmigungsantrag bilden.

Auszug aus Art. R.IV.26-3

Mit der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörde oder der Person, die sie kraft Artikel D.IV.33 bevollmächtigt, oder des Ministers, falls er die mit der Untersuchung der in den Artikeln D.II.54, D.IV.22

Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16 erwähnten Genehmigungsanträge beauftragte Behörde ist, kann der Antragsteller die **Pläne in einem anderen Maßstab** als die verlangten Maßstäbe vorlegen.

Die zuständige Behörde oder die Person, die sie kraft Artikel D.IV.33 bevollmächtigt, oder der Minister, falls er die mit der Untersuchung der in den Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16 erwähnten Genehmigungsanträge beauftragte Behörde ist, kann ausnahmsweise **die Vorlage von ergänzenden Dokumenten** beantragen, wenn solche für das Verständnis des Projekts unerlässlich sind. Diese ergänzenden Dokumente werden in dem Verzeichnis der fehlenden Unterlagen nach Artikel D.IV.33 Absatz 1 Ziffer 2 angegeben.

(...)

Die zuständige Behörde oder die Person, die sie kraft Artikel D.IV.33 bevollmächtigt, oder der Minister, falls er die mit der Untersuchung der in den Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16 erwähnten Genehmigungsanträge beauftragte Behörde ist, kann von dem Antragsteller verlangen, dass er die **zusätzliche Ausfertigung auf EDV-Träger** liefert, wobei sie das Format der betreffenden Datei angibt.

Feld 15 - Unterschriften

Ich verpflichte mich, die gegebenenfalls durch andere Gesetze, Dekrete oder Verordnungen auferlegten Zulassungen oder Genehmigungen zu beantragen.

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatträgers

.....

Datenschutz

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von der für Raumordnung zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritten mitteilen, wenn die Gesetze sie

Anhang 5

dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass diese Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

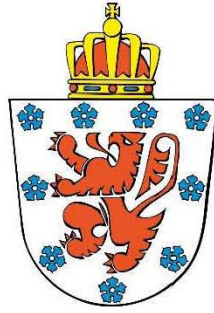
Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn eine Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn Ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Webseite: <https://www.datenschutzbehörde.be/>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse - 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

Antonios
Antoniadis

Digital
unterscriben von
Antonios Antoniadis
Datum: 2021.05.25
08:40:25 +02'00'



**Genehmigungsantrag für: Aufforstung, Abholzung,
Fällen von hochstämmigen Einzelbäumen, von Hecken
oder Alleen, Anbau von Weihnachtsbäumen, Fällen, das
dem Wurzelwerk schadet, Änderung des Aussehens von
einem oder mehreren bemerkenswerten Bäumen,
Sträuchern oder Hecken, Rodung oder Änderung der
Vegetation in einem Gebiet, dessen Schutz die
Regierung als erforderlich betrachtet**

DER GEMEINDE ODER DER REGIERUNG VORBEHALTENES FELD

Antragsteller

.....

Gegenstand des Antrags

.....

Bezugszeichen der Akte

.....

Feld 1 - Antragsteller

Natürliche Person

Name: Vorname:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Eigenschaft: ☐ Eigentümer ☐ Bewirtschafter/Pächter ☐ Sonstige:

Juristische Person

Bezeichnung oder Firmenname:

Rechtsform:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Sachbearbeiter

Name: Vorname:

Eigenschaft:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Feld 2 - Gegenstand des Antrags

Beschreibung der geplanten Handlungen und des verfolgten Ziels :

.....

.....

.....

.....

.....

Wenn eine phasenweise Umsetzung des Projekts erwünscht wird, Beschreibung der Phaseneinteilung:

.....

.....

.....

.....

Beschreibung des Baumes / der Bäume / der Hecke(n) :

Sind die Bäume/Hecken auf der Liste der bemerkenswerten Bäume oder Hecken aufgelistet?

☐ Ja ☐ Nein

Bäume:

Nr.	Baumart	Stammumfang (auf 1,50 m Höhe) in cm	Kronendurch- messer in m
1			
2			
3			
4			
5			

Hecken:

Gehölzart(en):

.....

Zu rodende Gesamtlänge: Meter in Abschnitt(en) - Heckenhöhe: m

Sichtbare Verletzungen / Beschädigungen / holzersetzende Pilze:

.....

.....

.....

.....

Feld 3 - Begründung des Antrags

Begründung des Antrags¹:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

¹ z.B. Antrag, um die Zufahrt auf ein Gelände zu ermöglichen, Astausbruchgefahr, Umsturzgefahr, schlechter Allgemeinzustand bzw. Krankheit, unzumutbare Beeinträchtigung, Schattenwurf, Schäden an baulichen Einrichtungen, usw. Handelt es sich um mehrere Bäume, bitte jeden Baum mit 1, 2, usw. nummerieren und jeweiligen Fällungsgrund angeben;

Feld 4 - Angaben über den Projektstandort

Standort des Baumes / der Bäume / der Hecke(n) / der Allee(n):

Adresse (falls abweichend von Antragsteller):

.....

Katasterangaben: Gemarkung: Flur Parzelle(n) Nr.

Standort: ☐ Vorgarten ☐ Garten ☐ Hof ☐ Wiese ☐ Grenzbaum/-hecke ☐ Sonstiger:

Abstand zu Gebäuden: m - Abstand zur Straße: m - Abstand zu Oberleitungen: m

Standort der Weihnachtsbäume:

Adresse (falls abweichend von Antragsteller):

.....

Katasterangaben: Gemarkung: Flur Parzelle(n) Nr.

Standort: ☐ Vorgarten ☐ Garten ☐ Hof ☐ Wiese ☐ Grenzbaum/-hecke ☐ Sonstiger:

Abstand zu Gebäuden: m - Abstand zur Straße: m - Abstand zu Oberleitungen: m

Standort der Vegetation:

Adresse (falls abweichend von Antragsteller):

.....

Katasterangaben: Gemarkung: Flur Parzelle(n) Nr.

Standort: ☐ Vorgarten ☐ Garten ☐ Hof ☐ Wiese ☐ Grenzbaum/-hecke ☐ Sonstiger:

Abstand zu Gebäuden: m - Abstand zur Straße: m - Abstand zu Oberleitungen: m

Wenn das Projekt mehr als fünf Parzellen betrifft, bitte eine Draufsicht mit den gesamten Parzellen beifügen

	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Nr. und Exponent	Eigentümer
Parzelle 1					
Parzelle 2					
Parzelle 3					
Parzelle 4					
Parzelle 5					

Vorhandensein von Dienstbarkeiten und sonstiger Rechte

Nein

Ja:

Feld 5 – Ersatzpflanzungen

Ich bin mir bewusst, dass gegebenenfalls eine neue Pflanzung als Ersatz für den/die gefälltten Baum/Bäume bzw. die gerodete(n) Hecke(n) auferlegt wird.

Folgende Ersatzpflanzungen wären möglich (bitte Vorschlag eines Standortes im Lageplan darstellen):

.....

.....

.....

Ich verfüge auf dem Grundstück selbst nicht über den erforderlichen Platz für eine Ersatzpflanzung und schlage folgende Alternative vor:

.....

.....

.....

Feld 6 - Vorgeschichte betreffend den Antrag - Projekttreffen

- Städtebaubescheinigung Nr. 1 ausgestellt am in
- Städtebaubescheinigung Nr. 2 ausgestellt am in
- Denkmalgenehmigung ausgestellt am in
- Sonstige Genehmigungen in Bezug auf das Gut (Städtebaugenehmigung, Verstädterungsgenehmigung, Umweltgenehmigung, Globalgenehmigung, Genehmigung für Handelsniederlassungen, integrierte Genehmigung, ...) :

.....

.....

.....

.....

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- das Protokoll des Treffens, wenn ein Projekttreffen stattgefunden hat
- den Beweis dafür, dass ein kraft des GRE obligatorisches Projekttreffen beantragt worden ist, wenn dieses Projekttreffen zwar beantragt wurde, aber nicht binnen 20 Tagen nach dem Antrag stattgefunden hat

Feld 7 – Dekret über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen (Denkmalschutzdekret)

- Das betroffene Objekt befindet sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes
 Nein
 Ja
- Das betroffene Objekt ist vorläufig oder endgültig geschützt gemäß dem Dekret vom 23. Juni 2008 zum Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen
 Nein
 Ja
 - Verpflichtendes Projekttreffen am
 - Referenz des Protokolls
 - Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):
 Das Protokoll des verpflichtenden Projekttreffens (Art. D.IV.31.1)
 Ggf. die ergänzenden Dokumente, die laut Protokoll dem Antrag beizufügen sind

Feld 8 - Rechtslage des Gutes

Liste der auf das Gut anwendbaren GRE-Dokumente und Angaben zur Gebietseinteilung

- Raumentwicklungsschema (bei Anwendung von Artikel D.II.16 des GRE):
- Sektorenplan:
- Flächennutzungskarte:
- Plurikommunales Entwicklungsschema:
- Kommunales Entwicklungsschema:
- Lokales Orientierungsschema:.....
- Kommunaler Leitfaden für den Städtebau:....
- Regionaler Leitfaden für den Städtebau:....
- Verstädterungsgenehmigung:..... Los Nr.:.....
- Gut mit einem bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder einer bemerkenswerten Hecke
- Gut, das der Regelung über die Besteuerung der Gewinne aus der Planung unterliegt
- Neu zu gestaltender Standort, Areal für Landschafts- und Umweltsanierungsmaßnahmen, Areal für eine städtische Flurbereinigung, eine städtische Erneuerung, eine städtische Neubelebung, bevorzugtes Initiativgebiet: ...

Feld 9 - Liste der Ausnahmen und Abweichungen und entsprechende Begründung

Wenn der Antrag eine Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, oder eine Abweichung von einem Schema, von einer Flächennutzungskarte, von den Anweisungen eines Leitfadens für den Städtebau oder von der Verstädterungsgenehmigung voraussetzt: **Erklärung bzgl. der Einhaltung der durch die Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE gestellten Bedingungen:**

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Feld 10 - Umweltgesetzbuch

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- ☐ eine Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit
- ☐ eine Umweltverträglichkeitsstudie

Feld 11 - Dekret über die Bodenbewirtschaftung

Wenn der Antrag die **Rodung oder Änderung der Vegetation** in einem Gebiet, dessen Schutz die **Regierung als erforderlich betrachtet, betrifft, und die Arbeiten eine Änderung der Grundfläche mit Auswirkungen auf die Bodenbewirtschaftung voraussetzen,**

- sind die Daten betreffend das Gut in der Datenbank im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung zu überprüfen.
- muss das ordnungsgemäß ausgefüllte Formular mit den erforderlichen Dokumenten im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung beigefügt werden.

Feld 12 - Beizufügende Anhänge

Neben den Anlagen bzgl.

- Feld 6: Projekttreffen
- Feld 7: Denkmalschutzdekret
- Feld 10: Umweltgesetzbuch
- Feld 11: Bodenbewirtschaftung

sind jedem Antrag die folgenden Dokumente in sechs Ausfertigungen beizufügen (je nach der Anzahl der angefragten Stellungnahmen können zusätzliche Exemplare nachgefragt werden, ohne dass die Anzahl dieser zusätzlichen Ausfertigungen die Anzahl der zu beantragenden Stellungnahmen überschreiten kann):

☐ ein Lageplan mit Angabe folgender Elemente:

- ☐ die Orientierung;
- ☐ die Grenzen und die Fläche der betroffenen Parzelle;
- ☐ gegebenenfalls die Lage der auf der Parzelle gelegenen Gebäude;
- ☐ die Standortbestimmung der Anpflanzungen und die Angabe der betroffenen Arten;
- ☐ die Angabe der vorhandenen Bäume, die zu bewahren sind;
- ☐ ggf. die Art der Einfriedungen;

- ☐ die Zufahrtstraßen mit Angabe ihres rechtlichen Status und ihrer Bezeichnung;
- ☐ die Lage, die Art oder die Zweckbestimmung der bestehenden Bauten in einem Umkreis von 50 Metern;
- ☐ ggfls. Standorte der Ersatzpflanzungen;
- ☐ die nummerierte Angabe der Aufnahmen des Fotoberichts;
- ☐ die durch menschliches Eingreifen entstandenen, auf dem Grundstück bestehenden Grunddienstbarkeiten;
- ☐ die vorgesehene Situation nach dem intensiven Anbau von Waldbäumen, der Abholzung, dem Fällen von einem oder mehreren Bäumen, Sträuchern, Alleen oder Hecken, der Rodung oder Änderung der Vegetation, dem Anbau von Weihnachtsbäumen.

- ☐ ein Fotobericht, durch den der städtebauliche und landschaftliche Kontext berücksichtigt werden kann, und der mindestens das Folgende enthält:
 - ☐ Aufnahmen der Bäume/Hecken/Alleen/Vegetation
 - ☐ mindestens drei Aufnahmen, um die Grenzen des betreffenden Gutes und die Nachbargebäude/Nachbarparzellen zu visualisieren;

Die Pläne werden nummeriert und auf das Normformat von 21 auf 29,7 cm gefaltet.
--

Auszug aus Art. R.IV.26-1

(...)

Wenn sich der Antrag auf Genehmigung auf unterschiedliche Objekte bezieht, die ungleiche Formulare erfordern, werden Letztere der Akte beigelegt, wobei sie einen einzigen Genehmigungsantrag bilden.

Auszug aus Art. R.IV.26-3

Mit der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörde oder der Person, die sie kraft Artikel D.IV.33 bevollmächtigt, oder des Ministers, falls er die mit der Untersuchung der in den Artikeln D.II.54, D.IV.22

Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16 erwähnten Genehmigungsanträge beauftragte Behörde ist, kann der Antragsteller die **Pläne in einem anderen Maßstab** als die verlangten Maßstäbe vorlegen.

Die zuständige Behörde oder die Person, die sie kraft Artikel D.IV.33 bevollmächtigt, oder der Minister, falls er die mit der Untersuchung der in den Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16 erwähnten Genehmigungsanträge beauftragte Behörde ist, kann ausnahmsweise **die Vorlage von ergänzenden Dokumenten** beantragen, wenn solche für das Verständnis des Projekts unerlässlich sind. Diese ergänzenden Dokumente werden in dem Verzeichnis der fehlenden Unterlagen nach Artikel D.IV.33 Absatz 1 Ziffer 2 angegeben.

(...)

Die zuständige Behörde oder die Person, die sie kraft Artikel D.IV.33 bevollmächtigt, oder der Minister, falls er die mit der Untersuchung der in den Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16 erwähnten Genehmigungsanträge beauftragte Behörde ist, kann von dem Antragsteller verlangen, dass er die **zusätzliche Ausfertigung auf EDV-Träger** liefert, wobei sie das Format der betreffenden Datei angibt.

Feld 13 - Unterschriften

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass

- der Baum / die Bäume / die Hecke(n) nicht gefällt bzw. gerodet werden darf / dürfen, bevor die Genehmigung erteilt wurde ;
- gegebenenfalls ein Beamter (Gemeinde, Förster, ...) vorstellig wird, um den Baum / die Bäume / die Hecke(n) zu begutachten.

Ich verpflichte mich, die gegebenenfalls durch andere Gesetze, Dekrete oder Verordnungen auferlegten Zulassungen oder Genehmigungen zu beantragen.

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatträgers

.....

Datenschutz

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

Anhang 6

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von der für Raumordnung zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritten mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass diese Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn eine Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn Ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde einen Beschwerde einreichen, entweder auf deren Webseite: <https://www.datenschutzbehörde.be/>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse - 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

Antonios
Antoniadis
S



Digital
unterscriben von
Antonios Antoniadis
Datum: 2021.05.25
08:40:47 +02'00'

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Arrêté du Gouvernement modifiant la partie réglementaire du Code du Développement territorial

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu la partie décrétable du Code du Développement territorial, modifiée en dernier lieu par le décret du 10 décembre 2020;

Vu l'Accord de coopération du 14 novembre 2019 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes, approuvé par le décret du 12 décembre 2019;

Vu la partie réglementaire du Code du Développement territorial;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le XXX ;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le XXX ;

Vu l'avis n° du Conseil d'État, donné le , en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant que les modifications apportées par le présent arrêté se limitent à des adaptations secondaires ou conformes au système de la partie réglementaire du Code du Développement territorial et n'ont donc pas de portée générale; que ces modifications ont toutefois une certaine urgence afin de garantir la continuité du service public et une sécurité juridique aussi grande que possible pour les citoyens, les entreprises et les administrations; qu'il convient, dans ces circonstances, de ne pas solliciter l'avis du conseil consultatif pour l'aménagement du territoire prévu à l'article D.I.4, § 1^{er}, alinéa 4, du Code du Développement territorial;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er} – Dans l'article R.II.23-1 de la partie réglementaire du Code du Développement territorial, le mot « propriété » est remplacé par le mot « bien ».

Art. 2 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 3 – À l'article R.II.36-5 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :
1° dans le 3°, le mot « une partie » est remplacé par les mots « au moins un tiers »;

2° l'article est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° le plan d'eau est en partie ombragé par la plantation d'arbres. »

Art. 4 – À l'article R.II.36-9, alinéa 1^{er}, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, le mot « propriété » est remplacé par le mot « bien »;

2° (concerne le texte allemand).

Art. 5 – À l'article R.II.36-11 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « propriété » est remplacé par le mot « bien »;

2° dans l'alinéa 2, le mot « propriété » est remplacé par le mot « bien »;

3° [concerne le texte allemand.]

Art. 6 – § 1^{er} – À l'article R.IV.1-1, alinéa 4, du même Code, remplacé par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un 2.1 rédigé comme suit :

« 2.1 bâtiment : construction autonome couverte accessible aux humains et appropriée ou destinée à protéger des humains, des animaux ou des objets; »;

2° dans le 4°, les mots « à vocation d'agrément » sont abrogés;

3° dans le 7°, le mot « propriété » est remplacé par le mot « bien »;

4° dans le 11°, le mot « réellement » est inséré entre le mot « situés » et les mots « à proximité » et les mots « , sans être nécessairement contigus, » sont insérés entre le mot « autre » et le mot « et »;

5° dans le 12°, les mots « volume annexe » sont remplacés par les mots « volume secondaire » et les mots « la même propriété » par les mots « le même bien »;

6° dans le 13°, les mots « volume secondaire » sont chaque fois remplacés par les mots « volume annexe »;

7° l'alinéa est complété par un 14° rédigé comme suit :

« 14° étang de baignade : une retenue d'eau aménagée artificiellement pour la nage ou la baignade, avec des plantations et dont l'eau est purifiée naturellement et non chimiquement; »

8° l'alinéa est complété par un 15° rédigé comme suit :

« 15° rocaille : une surface du jardin non limitée à un sentier et recouverte de pierres, telles que des rochers, des gravillons, du gravier, de l'argile expansée, de n'importe quel diamètre, où les pierres constituent l'élément principal en termes d'organisation et de recouvrement du sol et où les plantes sont peu ou pas présentes; »

9° l'alinéa est complété par un 16° rédigé comme suit :

« 16° bâtiment : une construction érigée par l'homme qui est difficilement dissociable du sous-sol ou qui se trouve du moins en contact avec celui-ci. »

§ 2 – Le tableau du même Code, remplacé par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 18 juin 2020, est remplacé par ce qui suit :

	« Actes/ travaux/installations		Description/caractéristiques	Sont exonérés du permis d'urbanisme	Sont d'impact limité	Ne requièrent pas l'intervention obligatoire d'un architecte
A	Modification de l'enveloppe d'un bâtiment (isolation, élévations, toiture, baies)	1	Le placement des matériaux de parements d'élévation ou de couvertures de toiture formant l'enveloppe du bâtiment ou le remplacement de ceux-ci par d'autres matériaux en vue d'atteindre les normes énergétiques en vigueur aux conditions suivantes : a) les matériaux présentent le même aspect extérieur; b) l'accroissement d'épaisseur n'excède pas	x		x

			0,30 m; c) lorsque le bien est soumis aux dispositions du guide régional d'urbanisme relatives aux zones protégées de certaines communes en matière d'urbanisme ou relatives aux bâtisses en site rural, ou aux articles R.II.36-6 à R.II.36-9, D.II.37, § 4, R.II.37-3, R.II.37-4 et R.II.37-7 à R.II.37-9, R.II.37-11, R.II.37-12, les couleurs et les matériaux sont conformes aux indications et prescriptions concernées.			
		2	Le placement de matériaux de couvertures de toiture photovoltaïques ou le remplacement de matériaux de couvertures de toiture, photovoltaïques ou non, par des matériaux de couvertures de toiture photovoltaïques pour autant que, lorsque le bien est soumis aux articles R.II.36-6 à R.II.36-9, R.II.37-3, R.II.37-4 et R.II.37-7 à R.II.37-9, R.II.37-11, R.II.37-12, les couleurs soient conformes aux indications et prescriptions concernées.	x		x
		3	La réalisation de façade(s) végétale(s) non visible(s) depuis la voirie publique ou de toiture(s) végétale(s) sur une construction ou une installation existante.	x		x
		4	La pose d'une peinture ou d'un enduit sur une construction existante ou le sablage ou le rejointoyage d'un bâtiment existant.		x	x
		5	Le placement ou le remplacement de matériaux de parements d'élévation et de couvertures de toiture par des matériaux de parements qui ne remplissent pas les conditions visées aux points 1 à 3.		x	x
		6	Le remplacement de portes ou de châssis, en élévation ou en toiture, par des portes ou des châssis visant à atteindre les normes énergétiques en vigueur.	x		x
		7	L'obturation, l'ouverture ou la modification de baies situées dans le plan de la toiture, sur maximum un niveau et totalisant au maximum un quart de la longueur de la façade ou toiture correspondante, pour autant que l'obturation ou la modification soit effectuée dans les mêmes matériaux que ceux de la toiture.	x		x
		8	L'obturation, l'ouverture ou la modification de portes ou de baies totalisant au maximum un quart de la longueur de l'élévation correspondante, dans la mesure où les conditions cumulatives suivantes sont remplies : a) l'obturation, l'ouverture ou la modification n'est pas effectuée sur une élévation située à l'alignement et/ou dont le plan est orienté vers la voirie de desserte publique du bâtiment principal concerné; b) l'obturation ou la modification est effectuée avec les mêmes matériaux de parement que ceux de l'élévation; c) chaque ouverture ou modification s'étend sur maximum un niveau; d) lorsque le bien est soumis à un guide régional ou communal d'urbanisme, les actes et travaux sont conformes à ce guide.	x		x
		9	L'obturation, l'ouverture ou la modification de portes ou de baies totalisant au maximum un quart de la longueur de la façade ou toiture correspondante et qui ne		x	x

			remplissent pas les conditions visées aux points 7 et 8.			
		10	Le placement ou le remplacement de cheminées ou de conduits de cheminée, de gouttières ou de tuyaux de descentes d'eau de pluie, de systèmes d'évacuation pour des installations telles que hotte, chaudière, pour autant que, lorsque le bien est soumis aux dispositions du guide régional d'urbanisme relatives aux zones protégées de certaines communes en matière d'urbanisme ou relatives aux bâtisses en site rural, les actes et travaux soient conformes au guide.	x		x
		11	Le placement ou le remplacement des éléments visés au point 10 qui ne remplissent pas les conditions.		x	x
		12	La démolition ou l'enlèvement des éléments visés aux points 10 et 11 pour autant que les déchets provenant de la démolition ou de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
B	Transformation d'une construction existante	1	Le remplacement de la structure portante d'une toiture sans modification du volume construit et pour autant que les points A1 et A7 soient respectés.	x		x
		2	La transformation sans agrandissement d'une construction existante en vue de créer une ou plusieurs pièces non destinées à l'habitation, pour autant que, le cas échéant, les actes et travaux soient repris aux points A1, A2, A3, A6, A7, A8 et A10.	x		x
		3	La transformation sans agrandissement d'une construction existante non visée aux points 1 et 2 et qui ne portent pas atteinte à la structure portante de la construction.		x	x
		4	La transformation avec agrandissement conforme aux prescriptions décrétales et réglementaires du plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme d'une construction existante en vue de créer une pièce non destinée à l'habitation, aux conditions cumulatives suivantes : a) un seul volume annexe par bien, et le bien ne compte pas plus d'une véranda; b) l'extension est d'une emprise au sol inférieure ou égale à 40,00 m ² et est : i) soit un volume annexe sans étage, ni sous-sol; ii) soit la prolongation du volume principal, et l'ensemble formé est sans étage, ni sous-sol; c) l'extension est effectuée dans des matériaux de tonalité similaire à ceux de la construction existante; d) l'extension est implantée à 2,00 m minimum de la limite mitoyenne.	x		x
		5	La transformation d'une construction existante qui répond aux conditions cumulatives reprises au point 4 et qui n'est pas conforme aux prescriptions décrétales et réglementaires du plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme.			x
		6	Le placement d'un escalier extérieur.		x	x
		7	Le placement d'une installation d'aération ou de climatisation		x	x

		8	La transformation d'une construction existante autre que celles visées aux points 1 à 7 pour autant que l'emprise au sol de l'ensemble formé soit au maximum doublée et que la hauteur sous corniche et/ou la hauteur de l'attique du bâtiment existant ne soit pas dépassée.		x	
		9	La démolition ou l'enlèvement d'un volume annexe, d'un escalier extérieur ou d'un appareil de conditionnement d'air, pour autant que les déchets provenant de la démolition soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
C	Véranda	1	Conforme aux prescriptions décrétales et réglementaires du plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme. Seulement une par bien, et le bien ne compte pas plus d'un volume annexe. Situation : érigée en contiguïté avec un bâtiment existant, à l'arrière de ce bâtiment par rapport à la voirie de desserte. Implantation : à 2,00 m minimum de la limite mitoyenne. Superficie maximale de 40,00 m ² . Volumétrie : sans étage; toiture plate ou à un ou plusieurs versants. Hauteurs maximales calculées par rapport au niveau naturel du sol et pour autant que le niveau de gouttière soit inférieur au niveau de gouttière du volume principal et que les conditions suivantes soient respectées : a) 3,00 m sous corniche; b) 5,00 m au faite; c) le cas échéant, 3,20 m à la hauteur de l'attique. Matériaux : structure légère et parois majoritairement en verre ou en polycarbonate tant en élévation qu'en toiture	x		x
		2	La construction d'une véranda d'une superficie maximale de 40,00 m ² qui ne remplit pas les conditions visées au point 1.		x	x
		3	La démolition d'une véranda pour autant que les déchets provenant de la démolition soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
D	Création d'un ou de plusieurs logements	1	La création d'un logement dans un bâtiment pour autant que les actes et travaux de transformation ne requièrent pas l'intervention obligatoire d'un architecte.		x	x
		2	La création d'un logement qui ne remplit pas les conditions visées au point 1 ou la création de plusieurs logements dans un bâtiment.		x	
E	Placement d'installations techniques et construction ou reconstruction d'un volume secondaire tels que : • garage, • atelier, • pool house, • dalle de stockage • bâtiments préfabriqués, etc.	1	Conforme aux prescriptions décrétales et réglementaires du plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme. Un seul volume secondaire par bien. Non destiné à l'habitation. Situation : • Sauf lorsqu'il s'agit d'un volume destiné à un véhicule motorisé, il est érigé à l'arrière d'un bâtiment existant. • Lorsqu'il s'agit d'un volume destiné à un véhicule motorisé, ce volume est en relation directe avec la voirie publique et le plan de l'élévation à rue du volume secondaire n'est pas situé au-delà du plan de l'élévation	x		x

		<p>arrière du bâtiment principal. Implantation : à 2,00 m minimum de la limite mitoyenne. Superficie maximale : 40,00 m². Volumétrie : sans étage; toiture plate ou à un ou plusieurs versants. Hauteurs maximales calculées par rapport au niveau naturel du sol et pour autant que le niveau de gouttière ou d'attique corresponde au niveau de gouttière ou d'attique du volume principal et que les conditions cumulatives suivantes soient respectées : a) 2,50 m sous corniche; b) 3,50 m au faîte; c) le cas échéant, 3,20 m à la hauteur de l'attique. Matériaux : bois pour les élévations ou tout autre matériau de tonalité similaire à ceux du bâtiment principal.</p>			
		<p>2</p> <p>Placement, transformation, agrandissement d'une installation technique au sens de l'article R.IV.1-2, alinéa 2, en ce compris un encuvement, qui forme une unité fonctionnelle avec l'entreprise existante. Trois maximum par bien. Situation : en zone d'activité économique. Implantation : a) non situé entre une façade principale et une voirie publique; b) dans un rayon de 30,00 m d'une installation ou d'une construction existante dûment autorisée; c) à 20,00 m au moins de tout logement autre que celui de l'exploitant; d) à 3,00 m au moins des limites mitoyennes; e) à 10,00 m au moins d'un cours d'eau; f) en dehors du périmètre ou du dispositif d'isolement de la zone d'activité économique; g) travaux n'impliquant pas d'abattage d'arbre, de haie ou d'allée au sens de l'article D.IV.4, 11°. Superficie maximale : la superficie totale cumulée du placement et de l'agrandissement des installations techniques dispensée de permis est inférieure à 100,00 m². Hauteur : maximum 10,00 m et inférieure à celle du bâtiment le plus haut situé sur le bien.</p>	x		x
		<p>3</p> <p>Construction, transformation, agrandissement d'un bâtiment ou placement ou déplacement de bâtiments préfabriqués, en ce compris l'escalier extérieur, non destiné à l'habitation et formant une unité fonctionnelle avec l'entreprise existante. Situation : en zone d'activité économique. Implantation : a) non situé entre une façade principale et une voirie publique; b) dans un rayon de 30,00 m d'une installation ou d'une construction existante dûment autorisée; c) à 3,00 m au moins des limites mitoyennes; d) à 10,00 m au moins d'un cours d'eau; e) en dehors du périmètre ou du dispositif d'isolement de la zone d'activité</p>	x		x

			économique; f) travaux n'impliquant pas l'abattage d'arbres, de haies ou d'allées au sens de l'article D.IV.4, 11°. Superficie maximale: la superficie totale cumulée de la construction, de l'agrandissement et du bâtiment préfabriqué dispensée de permis est de 75,00 m². Volumétrie : un étage maximum, toiture plate ou à un ou plusieurs versants. Hauteur maximale de l'attique ou du faîte : 7,00 m et inférieure ou égale à celle du bâtiment le plus haut situé sur le bien. Matériaux : de tonalité similaire avec ceux des bâtiments existants.			
		4	L'établissement d'une dalle de stockage pour autant qu'il n'implique aucune modification sensible du relief du sol. Une seule dalle de stockage par bien. Situation : en zone d'activité économique. Implantation : a) non située entre une façade principale et une voirie publique; b) à 3,00 m au moins des limites mitoyennes; c) à 10,00 m au moins d'un cours d'eau; d) en dehors du périmètre ou du dispositif d'isolement de la zone d'activité économique; e) travaux n'impliquant pas l'abattage d'arbres, de haies ou d'allées au sens de l'article D.IV.4, 11°. Superficie maximale : 75,00 m².	x		x
		5	La construction d'un volume secondaire ou le placement d'une installation technique non visé(e) au point 1 à 4 ou qui ne remplit pas les conditions visées aux points 1 à 4, non destinée à l'habitation et qui forme une unité fonctionnelle avec une construction ou un ensemble de constructions existant pour autant que l'emprise au sol de l'ensemble formé soit au maximum doublée.		x	x
		6	La démolition ou l'enlèvement d'un volume secondaire, d'une installation technique, d'une construction ou d'un bâtiment préfabriqué visés aux points 1 à 5 pour autant que les déchets provenant de la démolition ou l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
F	Carport, accès et parcage	1	Un seul carport par bien. Situation : a) relié à la voirie de desserte publique; b) le plan de l'élévation à rue du carport ne peut être situé au-delà du plan de l'élévation arrière du bâtiment principal. Superficie maximale : 40,00 m² Volumétrie : toiture plate ou à un ou plusieurs versants Hauteurs maximales : a) 2,50 m sous corniche; b) 3,50 m au faîte; c) le cas échéant, 3,20 m à la hauteur de l'attique. Matériaux : a) structure constituée de poteaux en bois, en béton, métalliques ou de piliers en matériaux similaires au parement du bâtiment existant ou d'une tonalité similaire à ceux-ci; b) toiture à un ou plusieurs versants en	x		x

			matériaux similaires à ceux du bâtiment principal.			
		2	Le carport autre qui ne remplit pas les conditions visées au point 1.		x	x
		3	L'enlèvement ou la démolition d'un carport visé aux points 1 et 2 pour autant que les déchets provenant de la démolition soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
		4	Les emplacements de stationnement en plein air ainsi que leurs accès aux conditions cumulatives suivantes : a) ils sont situés aux abords d'un bâtiment existant dûment autorisé et forment une unité fonctionnelle avec celui-ci; b) ils sont reliés à la voirie de desserte publique; c) ils sont constitués en matériaux perméables et discontinus; d) ils présentent une superficie maximale de 300 m ² ; e) ils ne nécessitent pas de modification sensible du relief du sol au sens de l'article R.IV.4-3, points 1° à 5°, 7° à 9°, 11°, 12° et 15°.	x		x
		5	Les chemins et emplacements de stationnement en plein air aux abords d'une construction ou d'une installation existante dûment autorisée et formant une unité fonctionnelle avec celle-ci, autres que ceux visés au point 4.		x	x
G	Abri de jardin/remise	1	Un(e) seul(e) abri de jardin/remise par bien. Situation : a) dans les espaces de cours et jardins; b) soit non visible depuis la voirie publique, soit situé(e) à l'arrière du bâtiment par rapport à la voirie de desserte publique. Implantation : à 1,00 m au moins des limites mitoyennes. Superficie maximale : 20,00 m ² . Volumétrie : toiture à un ou plusieurs versants ou toiture plate. Hauteur maximale : a) 2,50 m sous corniche; b) 3,50 m au faite; c) le cas échéant, 3,20 m à la hauteur de l'attique. Matériaux : en bois ou tout autre matériau de tonalité similaire avec le bâtiment ou le milieu dans lequel il s'intègre.	x		x
		2	Les abris de jardin ou les remises qui ne remplissent pas les conditions visées au point 1.		x	x
		3	L'enlèvement ou la démolition des abris de jardins ou remises visés aux points 1 et 2 pour autant que les déchets provenant de la démolition soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
H	Piscine/Étang de baignade	1	Hors sol ou autoportante : Situation : dans les espaces de cours et jardins, non visible depuis la voirie publique. Implantation : à 1,00 m au moins des limites mitoyennes.	x		x
		2	Enterrée partiellement ou complètement, ainsi que tout dispositif de sécurité d'une	x		x

			<p>hauteur maximale de 2,00 m entourant la piscine :</p> <p>a) une par bien;</p> <p>a) non couverte ou couverte par un abri télescopique à structure légère et repliable qui en recouvre la surface pour autant que la hauteur du faite soit inférieure à 3,50 m;</p> <p>c) à usage privé;</p> <p>d) les déblais nécessaires à ces aménagements n'entraînent aucune modification sensible du relief naturel du sol au sens de l'article R.IV.4-3 sur le reste du bien.</p> <p>Situation : dans les espaces de cours et jardins, non visible depuis la voirie publique.</p> <p>Implantation : le plan d'eau est situé à 3,00 m au moins des limites mitoyennes.</p> <p>Superficie maximale (plan d'eau) : 75,00 m²</p>			
		2.1	<p>Étang de baignade :</p> <p>a) un seul par bien;</p> <p>b) non-couvert;</p> <p>c) à usage privé;</p> <p>d) les déblais nécessaires à cet étang de baignade n'entraînent aucune modification sensible du relief naturel du sol au sens de l'article R.IV.4-3 sur le reste du bien.</p> <p>Situation : dans les espaces de cours et jardins, non visible depuis la voirie publique.</p> <p>Implantation : le plan d'eau est situé à 3,00 m au moins des limites mitoyennes.</p> <p>Superficie maximale (zone de baignade + zone de lagunage) : 100,00 m²</p>	x		x
		3	Les piscines et étangs de baignade qui ne remplissent pas les conditions visées aux points 1, 2 et 2.1.		x	x
		4	L'enlèvement, la démolition ou le remblaiement de piscines et étangs de baignade visés aux points 1 à 3 pour autant que les déchets provenant de la démolition soient évacués conformément à la législation en vigueur et que les remblais soient conformes à la législation en vigueur.	x		x
I	Mare et étang	1	<p>Un(e) seul(e) par bien.</p> <p>Situation : en dehors d'un site reconnu en vertu de la loi sur la conservation de la nature du 12 juillet 1973 (à l'exception d'une mesure de gestion « UG5-prairie de liaison » ou « UG11-terre de cultures et éléments anthropiques » dans une zone Natura 2000).</p> <p>Implantation : le plan d'eau est situé à 3,00 m au moins des limites mitoyennes.</p> <p>Superficie maximale : 100,00 m².</p> <p>Les déblais nécessaires à ces aménagements n'entraînent aucune modification sensible du relief naturel du sol au sens de l'article R.IV.4-3 sur le reste du bien.</p> <p>Sauf les mares et étangs dans les espaces de cours et jardins, le plan d'eau doit être partiellement ombragé par la plantation d'arbres.</p>	x		x
		2	Les étangs et mares qui ne remplissent pas les conditions visées au point 1.		x	x
		3	La suppression ou le remblaiement des étangs et mares visés au point 1 pour	x		x

			autant que les remblais soient conformes à la législation en vigueur.			
J	Aménagements, accessoires et mobiliers	1	Le placement d'auvents, de tentes solaires ou de couvertures d'une terrasse située au niveau du sol, accolés ou isolés. Situation : dans les espaces de cours et jardins. Hauteur maximale : 3,50 m. Superficie maximale totale de l'ensemble de ces aménagements : 40,00 m². Implantation : à 2,00 m au moins des limites mitoyennes.	x		x
		2	Le placement de mobilier de jardin ancré au sol ou enterré, tel que bancs, tables, sièges, feux ouverts ou barbecues, poubelles, compostières, pergolas, colonnes, bacs à plantations, fontaines décoratives, bassins de jardin, jeux pour enfants, structures pour arbres palissés. Le placement de candélabres et de poteaux d'éclairage, de manière telle que le faisceau lumineux issu de lampes reporté au sol n'excède pas les limites mitoyennes. Les aires de jeux et de sport en matériaux perméables et les appareillages strictement nécessaires à leur pratique. Situation : soit dans les espaces de cours et jardins, soit aux abords d'une construction située dans une zone destinée à l'urbanisation et formant une unité fonctionnelle avec cette construction. Hauteur maximale : 3,50 m.	x		x
		3	La création de chemins en matériaux perméables et de terrasses, aux abords d'une ou plusieurs constructions existantes, au niveau du sol et qui ne requiert pas de modification sensible du relief du sol au sens de l'article R.IV.4-3, à l'exception des rocailles.	x		x
		3.1	La création de rocailles.		x	x
		4	Le placement de serres de jardin qui totalisent une superficie maximale de 20,00 m².	x		x
		5	Pour autant qu'ils ne délimitent pas le bien : a) La pose de clôtures constituées soit de piquets reliés entre eux par des fils ou treillis avec, éventuellement, à la base, une plaque de béton ou un muret de 0,70 m de hauteur maximum, soit de piquets reliés entre eux par une ou deux traverses horizontales, soit de palissades en bois, soit de gabions d'une épaisseur maximale de 20,00 cm, ainsi que la pose de portiques, portails, portillons d'une hauteur maximale de 2,00 m; b) la construction et la transformation de murs de soutènement, en ce compris en gabions, d'une hauteur maximale de 0,70 m; c) la construction et la transformation de murs d'une hauteur maximale de 2,00 m, non visibles depuis la voirie publique ou situés à l'arrière d'un bâtiment par rapport à la voirie de desserte publique.	x		x
		6	Les aménagements, accessoires, mobiliers de jardins ancrés au sol ou enterrés, non visés aux points 1 à 5 ou qui ne remplissent pas les conditions visées aux points 1 à 5.		x	x

		7	La démolition, la suppression ou l'enlèvement des éléments visés aux points 1 à 6 pour autant que les déchets provenant de la démolition, de la suppression ou de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
K	Habitations légères au sens du Code wallon de l'habitation durable	1	Le placement d'habitations légères préfabriquées ou en kit.			x
		2	Construction d'habitations légères non visées au point 1 pour autant qu'elles soient : a) sans étage; b) d'une superficie inférieure à 40 m²; c) d'une hauteur maximale de 2,50 m sous corniche, 3,50 m au faîte et, le cas échéant, 3,20 m à l'attique.			x
L	Énergies renouvelables Modules de production d'électricité ou de chaleur	1	Le placement d'un ou de plusieurs modules de production d'électricité ou de chaleur dont la source d'énergie est renouvelable qui alimentent directement toute construction, installation ou tout bâtiment situé sur le même bien et qui rentre dans une ou plusieurs des hypothèses suivantes: Énergie solaire : a) lorsque le ou les modules sont fixés sur une toiture à versant(s), la projection du débordement dans le plan vertical est inférieure ou égale à 0,30 m et la différence entre les pentes du module et de la toiture de ce bâtiment est inférieure ou égale à 15 degrés; b) lorsque le ou les modules sont fixés sur une toiture plate, le débordement vertical est de 1,50 m maximum et la pente du module est de 35 degrés maximum; c) lorsque le ou les modules sont fixés sur une élévation, la projection du débordement dans le plan horizontal est comprise entre 1,20 et 1,50 m et la pente du module est comprise entre 25 et 45 degrés; Pompes à chaleur : a) au sol; b) d'un volume capable maximal d'un m³; c) à une distance d'au moins 15,00 m par rapport à l'habitation la plus proche ou pourvues d'un caisson acoustique d) et non visibles depuis la voirie de desserte publique.	x		x
		2	Le placement d'un ou de plusieurs modules de production d'électricité ou de chaleur qui alimentent directement toute construction, installation ou tout bâtiment situé sur le même bien dont la source d'énergie est renouvelable qui ne remplissent pas les conditions visées au point 1.		x	x
		3	La suppression ou l'enlèvement des éléments visés aux points 1 et 2 pour autant que les déchets provenant de la suppression ou de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
M	Clôtures	1	La pose de clôtures transparentes de 2,00 m de hauteur maximum constituées soit de piquets reliés entre eux par des fils ou treillis avec, éventuellement, à la base, une	x		x

			<p>plaque de béton ou un muret de 0,70 m de hauteur maximum, soit par des éléments de fixation en bois.</p> <p>La construction ou la transformation de murs de soutènement de moins de 0,70 m de haut, en ce compris en gabions.</p> <p>La pose de portiques, portillons ou portails d'une hauteur maximale de 2,00 m permettant une large vue sur le bien.</p>			
		2	<p>La pose de portiques, portails ou portillons qui ne remplissent pas les conditions visées au point 1 ou qui ne sont pas visés au point 1.</p>		x	x
		3	<p>La construction ou la transformation de murs de soutènement de plus de 0,70 m de haut ou de murs de clôture aux abords d'une construction ou d'une installation existante dûment autorisée.</p>		x	x
		4	<p>La démolition ou l'enlèvement des éléments visés aux points 1 à 4 pour autant que les déchets provenant de la démolition ou de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.</p>	x		x
N	Abris pour un ou des animaux en ce compris les ruchers et les dalles de fumière	1	<p>Un ou plusieurs ruchers par bien.</p> <p>Sans préjudice de l'application des dispositions visées au Code rural et des conditions intégrales prises en vertu du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement.</p>	x		x
		2	<p>Un ou plusieurs abris pour animaux par bien.</p> <p>Situation : dans les espaces de cours et jardins.</p> <p>Implantation :</p> <p>a) à 3,00 m au moins des limites mitoyennes;</p> <p>b) lorsqu'il s'agit de grands animaux, à 20,00 m au moins de toute habitation voisine;</p> <p>c) lorsqu'il s'agit de grands animaux, non situés dans l'axe de vue perpendiculaire à la façade arrière d'une habitation voisine.</p> <p>Superficie maximale totale de l'ensemble des abris pour animaux sur le bien : 25,00 m² pour un ou plusieurs abris.</p> <p>Volumétrie : sans étage, toiture à un ou deux versants de mêmes pente et longueur ou une toiture plate.</p> <p>Hauteur maximale calculée par rapport au niveau naturel du sol :</p> <p>a) 2,50 m sous corniche;</p> <p>b) 3,50 m au faite;</p> <p>c) le cas échéant, 3,20 m à la hauteur de l'attique.</p> <p>Matériaux : bois ou grillage ou similaires à ceux du bâtiment principal existant.</p> <p>Sans préjudice de l'application des dispositions visées dans le Code rural et des conditions intégrales et sectorielles prises en vertu du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement.</p>	x		x
		3	<p>L'établissement d'une dalle de fumière.</p> <p>Situation : à 20,00 m minimum de toute habitation autre que celle située sur le bien.</p> <p>Implantation : distante de 10,00 m au moins des limites mitoyennes.</p> <p>Hauteur : au niveau du sol.</p> <p>Superficie maximale : 10,00 m².</p>	x		x

		3.1	Le placement d'une dalle de fumière qui ne remplit pas les conditions du point 3.		x	x
		4	Le placement ou la construction d'abris pour animaux qui ne remplissent pas les conditions des points 1 à 2.		x	x
		5	La démolition et l'enlèvement des abris, ruches et dalles de fumière visés aux points 1 à 4 pour autant que les déchets provenant de la démolition ou de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur	x		x
O	Exploitations agricoles	1	La construction de silos de stockage en tout ou en partie enterrés, pour autant que le niveau supérieur des murs de soutènement n'excède pas de 2,00 m le niveau du relief naturel du sol.		x	x
		2	L'établissement d'une dalle de fumière. Situation : à 20,00 m minimum de toute habitation autre que celle de l'exploitant. Implantation : distante de 3,00 m minimum des limites mitoyennes. Hauteur : le niveau supérieur de la dalle ou des murs de soutènement n'excède pas de 2,00 m le niveau du relief naturel du sol.		x	x
		3	La pose/le placement de citernes de stockage d'eau ou de poches à lisier en tout ou en partie enterrées. Situation : à 20,00 m minimum de toute habitation autre que celle de l'exploitant et en dehors de la zone d'habitat. Implantation : a) à 10,00 m minimum de tout cours d'eau navigable ou non navigable; b) à 3,00 m minimum du domaine public. Hauteur : le niveau supérieur du mur de soutènement n'excède pas 0,70 m.		x	x
		3.1	Le placement de poches à lisier pour une durée maximale de quatre mois, à condition que le bien retrouve son état initial au terme de ce délai.	x		x
		3.2	Le placement de poches à lisier qui ne remplissent pas les conditions du point 3.1.		x	x
		4	Le placement de serres-tunnels destinées à la culture de plantes agricoles ou horticoles et qui sont enlevées après la récolte.	x		x
		5	Les filets anti-grêle qui impliquent une structure ancrée au sol et le placement de serres-tunnels qui ne remplissent pas les conditions visées au point 4.		x	x
		6	Le placement d'une installation de prise d'eau dans un cours d'eau non navigable ou non classé, destinée exclusivement à l'abreuvement du bétail.	x		x
		6.1	Aménagement d'installations permettant au bétail de passer au-dessus de cours d'eau non navigables, pour autant que ni le lit du ruisseau ni les berges ne soient modifiés et pour autant qu'une autorisation écrite préalable ait été demandée auprès du gestionnaire du cours d'eau ainsi que, dans une zone reconnue en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, auprès de l'autorité compétente en application de ladite loi. Les installations servent uniquement au passage du bétail (pas de machines). Largeur maximale : 3,00 m.	x		x

		7	La démolition et l'enlèvement des éléments visés aux points 1 à 6 pour autant que les déchets provenant de la démolition ou de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
P	Constructions et installations provisoires	1	Les constructions provisoires d'infrastructures de chantiers relatifs à des actes et travaux autorisés, en ce compris les réfectoires, logements et sanitaires ainsi que les pavillons d'accueil, pendant la durée des actes et travaux et pour autant que le chantier se poursuive de manière continue.	x		x
		2	Le placement d'installations à caractère social, culturel, sportif ou récréatif, en ce compris les emplacements de stationnement en plein air y relatifs, pour une durée maximale de nonante jours pour autant qu'au terme de ce délai, le bien retrouve son état initial.	x		x
		3	Le placement d'installations à caractère commercial, sur le domaine public, ou sur le domaine privé à la condition d'être en lien avec une activité existante, en ce compris les emplacements de stationnement en plein air y relatifs, pour une durée maximale de soixante jours pour autant que les installations soient conformes aux guide communal et régional d'urbanisme et qu'au terme du délai, le bien retrouve son état initial.	x		x
		4	Le placement provisoire d'installations nécessaires à l'accueil d'une activité déplacée, pendant la durée des actes et travaux soumis à permis, pour autant que le chantier se poursuive de manière continue et qu'une fois les actes et travaux réalisés ou le permis périmé, les installations soient enlevées.	x		x
		5	La suppression ou l'enlèvement des éléments visés aux points 1 et 4, pour autant que les déchets provenant de la suppression ou de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
Q	Enseignes et dispositifs de publicité	1	Le placement d'une ou plusieurs enseignes, ou d'un ou plusieurs dispositifs de publicité.		x	x
		2	L'enlèvement des enseignes et dispositifs visés au point 1 pour autant que les déchets provenant de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
R	Miradors et postes d'observation	1	En zone forestière, dans la zone contigüe à la zone forestière et en zone agricole, les miradors et autres postes d'observation en bois ou métalliques de ton mat visés à l'article 1 ^{er} , § 1 ^{er} , 9 ^o de la loi du 28 février 1882 sur la chasse. Superficie utile maximale : 4,00 m ²	x		x
		1.1	En zone forestière, dans la zone contigüe à la zone forestière et en zone agricole, les miradors et autres postes d'observation ne remplissant pas les conditions visées au point 1.		x	x
		2	L'enlèvement des miradors et des postes d'observation visés aux points 1 ou 1.1 pour autant que les déchets provenant de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x

S	Arbres, haies et modification de la végétation	1	Le boisement ou le déboisement.		x	x
		2	Sans préjudice de l'article R.IV.4-4, la culture de sapins de Noël.		x	x
		3	L'abattage d'une haie sur une longueur continue de moins de 2,50 m en vue de créer un seul accès à une habitation existante, pour autant que cet abattage soit concerné par l'article D.IV.4, alinéa 1 ^{er} , 11°.	x		x
		4	L'abattage d'arbres isolés à haute tige, d'une haie, ou l'abattage d'un ou plusieurs ou de tous les arbres d'une allée au sens de l'article D.IV.4, alinéa 1 ^{er} , 11°.		x	x
		5	L'abattage, l'atteinte au système racinaire ou la modification de l'aspect d'un arbre remarquable, d'un arbuste remarquable ou d'une haie remarquable au sens de l'article D.IV.4, alinéa 1 ^{er} , 12°.		x	x
		6	Le défrichage ou la modification de la végétation de toute zone visée à l'article R.IV.4-11.		x	x
		7	L'abattage d'arbres visé aux points 4 à 6 faisant l'objet d'un arrêté du bourgmestre pris en urgence dans le but d'assurer la sécurité publique.	x		x
T	Modification du relief du sol	1	La modification sensible du relief du sol pour les forages ou carottages réalisés dans le cadre d'une étude géotechnique, d'une prospection géologique ou d'une étude de la pollution du sol.	x		x
		2	La modification sensible du relief du sol au sens de l'article R.IV.4-3 dans un rayon de 30,00 m d'une construction ou d'une installation existante dûment autorisée.		x	x
		3	Pour la mise en œuvre d'un programme d'action sur les rivières par une approche intégrée et sectorielle visé à l'article D. 33/3 du Livre II du Code de l'environnement, constituant le Code de l'eau, qui concerne : a) les travaux de remblais ou de déblais n'excédant pas 50,00 centimètres et situés à une distance maximum de 6,00 m à partir de la crête de berge d'un cours d'eau, y compris dans les zones soumises à l'aléa d'inondation; b) le dépôt et l'étalement des produits provenant des travaux de curage d'un cours d'eau.	x		x
U	Utilisation d'un terrain pour dépôts et installations mobiles	1	Utiliser habituellement un terrain pour le placement d'une ou plusieurs installations mobiles au sens de l'article D.IV.4, alinéa 1 ^{er} , 15°, b, en vue de réaliser une « aire d'accueil à la ferme » au sens de l'article 252/1.D du Code wallon du Tourisme, en ce compris l'installation ou la transformation des impétrants nécessaires à la viabilisation du terrain, pour autant qu'elle soit conforme aux prescriptions décrétales et réglementaires du plan de secteur.	x		x
		2	Utilisation habituelle d'un terrain : pour le dépôt d'un ou plusieurs véhicules usagés, de mitrailles, de matériaux ou de déchets; pour le placement d'une ou plusieurs installations mobiles, telles que roulottes, caravanes, véhicules désaffectés et tentes,		x	x

			à l'exception des installations mobiles autorisées par une autorisation visée par le Code wallon du tourisme, le décret du 4 mars 1991 relatif aux conditions d'exploitation des terrains de caravanage ou le décret de la Communauté germanophone du 9 mai 1994.			
V	Structure destinée à l'hébergement touristique et de loisirs	1	Le placement d'un ou plusieurs abris mobiles au sens de l'article 1 ^{er} , D, 2 ^o , du Code wallon du tourisme, aux conditions cumulatives suivantes : a) l'abri mobile a une superficie maximale de 50,00 m ² ; b) son placement ou sa construction ne nécessite pas de modification sensible du relief du sol; c) il est situé : - dans un camping touristique ou dans un camping à la ferme autorisé en vertu du Code wallon du Tourisme; - sur un terrain de caravanage autorisé en vertu du décret du 4 mars 1991 relatif aux conditions d'exploitation des terrains de caravanage; - dans un camping autorisé en vertu du décret du Conseil de la Communauté germanophone du 9 mai 1994 sur le camping et les terrains de camping.	x		x
		2	La construction d'une terrasse avec ou sans balustrades qui respecte les conditions de l'article 249 AGW, alinéa 1 ^{er} , 3 ^o , et alinéa 2, du Code wallon du Tourisme dans un camping touristique.	x		x
		3	La construction de cabanes en bois ou le placement de tentes, tipis, yourtes et bulles en zone forestière.		x	x
		4	L'enlèvement ou la démolition des hébergements touristiques ou de loisirs, de terrasses visés aux points 1 à 3 pour autant que les déchets provenant de la démolition ou de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
W	Actes et travaux sur le domaine public de la voirie, des voies ferrées et des cours d'eau	1	Pour autant qu'il n'y ait pas d'élargissement de l'assiette des voiries, le renouvellement des fondations et du revêtement des voiries, bords, bordures, trottoirs, îlots et places publiques, à l'exception des changements de revêtements constitués de pierres naturelles et, pour les places publiques, pour autant que les actes et travaux n'augmentent pas la superficie des revêtements en matériau imperméable.	x		x
		2	La pose, le renouvellement, le déplacement ou l'enlèvement des éléments accessoires tels que les radars, parapets, les glissières et bordures de sécurité, à l'exception des murs de soutènement et des écrans antibruit.	x		x
		3	L'installation, le déplacement, la transformation, l'extension ou l'enlèvement des réseaux de fluides, d'une pression inférieure ou égale à 20 bars pour le gaz, d'énergie, d'une tension inférieure ou égale à 70 KV pour l'électricité, et de télécommunication insérés, ancrés, prenant appui ou surplombant le domaine public en ce compris les raccordements privés, les éléments accessoires et équipements connexes tels que bornes, armoires	x		x

			techniques, pylônes et poteaux d'une hauteur maximale de 14,00 mètres.			
		4	Les aménagements provisoires de voirie d'une durée maximale de cinq ans.	x		x
		5	Les travaux d'aménagement des espaces réservés aux piétons, personnes à mobilité réduite ou cyclistes et visant la création ou l'agrandissement local de ces espaces, l'amélioration de leur aspect esthétique ou la sécurité des usagers, que ces travaux entraînent ou non un rétrécissement de l'assiette de la ou des voiries.	x		x
		6	Le placement ou le renouvellement de petit mobilier urbain tels que bancs, tables, sièges, poubelles, candélabres, bacs à plantations, petites pièces d'eau, bornes électriques, conteneurs, enterrés ou non, affectés à la collecte des déchets ménagers ou assimilés.	x		x
		7	Les travaux d'aménagement des espaces réservés aux plantations.	x		x
		8	Le placement, le déplacement ou l'enlèvement des dispositifs ou éléments de signalisation suivants : a) la signalisation, en ce compris son support et les portiques, ainsi que sa protection vis-à-vis de la circulation; b) les dispositifs fixes ou mobiles limitant la circulation, le stationnement ou la vitesse; c) les dispositifs de contrôle du stationnement, tels que les parcmètres ou appareils horodateurs; d) les dispositifs de stationnement non-couverts pour véhicules à deux roues; e) les dispositifs accessoires d'installations techniques, souterraines ou non, tels que des armoires de commande électrique de feux de signalisation ou d'éclairage public, bornes téléphoniques, bornes incendies et armoires de télédiffusion.	x		x
		9	Le placement, le déplacement ou l'enlèvement des dispositifs d'éclairage public.	x		x
		10	Pour autant qu'ils ne soient pas soumis aux dispositions du guide régional d'urbanisme relatives aux zones protégées de certaines communes en matière d'urbanisme, le placement, le déplacement ou l'enlèvement des dispositifs d'affichage et de publicité suivants : a) les colonnes dont le fût est d'au plus 1,20 m de diamètre et ne dépasse pas 3,50 m de hauteur; b) les panneaux sur pieds dont les hauteur et largeur maximales ne dépassent pas respectivement 2,50 m et 1,70 m et dont la superficie utile ne dépasse pas 4,00 m² par face.	x		x
		11	L'établissement ou la modification de la signalisation au sol.	x		x
		12	Le placement, le déplacement ou l'enlèvement de ralentisseurs de trafic.	x		x
		13	La pose, l'enlèvement ou le renouvellement des fondations et des dispositifs d'exploitation des voies et des lignes de transport en commun existants tels que rails, traverses, ballast, poteaux caténaires, signaux, portiques, loges, armoires de	x		x

			signalisation ou poteaux d'arrêts pour les voyageurs.			
		14	Le placement d'une terrasse ouverte saisonnière dans le secteur Horeca [...]¹	x		x
		15	Les abris pour voyageurs aux arrêts de transport public.	x		x
		16	Le placement ou le déplacement de boîtes postales.	x		x
		17	Le placement, le déplacement ou l'enlèvement de statues, monuments commémoratifs et autres œuvres artistiques, placés par les autorités ou sur l'ordre des autorités.	x		x
		18	La pose, le renouvellement ou l'enlèvement d'ouvrages de protection des berges dans un cours d'eau non navigable, à l'exception de murs maçonnés, sur un linéaire n'excédant pas 100,00 m et d'une hauteur maximum de 2,00 m.	x		x
x	Égouttage, canalisation et réseaux en dehors du domaine public de la voirie, des voies ferrées et des cours d'eau, forages et prises d'eau	1	L'installation, le déplacement, la transformation de raccordements privés, en ce compris les armoires techniques, aux réseaux enterrés de fluide, d'énergie, de télécommunication ainsi que l'installation, le déplacement, la transformation de citernes à eau ou combustibles enfouies, drains, avaloirs, filets d'eau, regards, taques et fosses septiques et tout autre système d'épuration individuelle des eaux usées domestiques pour autant que, cumulativement : a) les déblais éventuels nécessaires à ces aménagements n'entraînent aucune modification sensible du relief du sol au sens de l'article R.IV.4-3 sur le reste du bien; b) ces dispositifs soient reliés à l'infrastructure nécessaire à l'aménagement du bien et situés exclusivement sur celui-ci.	x		x
		2	Les raccordements privés, en ce compris les armoires techniques, aux réseaux enterrés de fluide, d'énergie, de télécommunication ainsi que le placement de citernes à eau ou combustibles enfouies, drains, avaloirs, filets d'eau, regards, taques et fosses septiques et tout autre système d'épuration individuelle qui ne remplissent pas les conditions visées au point 1.		x	x
		3	Le placement de citernes aériennes.		x	x
		4	L'insertion ou le renforcement de réseaux enterrés de fluide, d'énergie, de télécommunication dans un site technique déjà aménagé pour autant que, cumulativement : a) les travaux projetés sont propres à la fonction du site; b) les installations, bâtiments, constructions et revêtement existants ont été légalement autorisés; c) les travaux ne visent pas la construction d'un bâtiment; d) l'emprise au sol ne réduit pas les périmètres ou les dispositifs d'isolement existants.	x		x
		5	Les forages de puits et les prises d'eau.	x		x

		6	Dans les zones non destinées à l'urbanisation et à condition de ne pas nécessiter de permis au sens de l'article R.IV.4-3, alinéa 1 ^{er} , 6°, l'établissement ou la modification d'un système de drainage pour autant que le terrain ne soit pas situé dans un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, à l'exception des sites Natura 2000, ou exposé à un risque naturel ou à une contrainte géotechnique majeurs tel que visé à l'article D.IV.57, 3°.	x		x
		7	L'installation, le déplacement, la transformation ou l'extension des réseaux de fluides, d'énergie et de télécommunication insérés ou ancrés, enterrés ou aériens et les éléments accessoires et les équipements connexes, lorsqu'ils sont situés en dehors du domaine public.		x	x
		8	L'enlèvement des éléments visés aux points 1 à 7 pour autant que les déchets provenant de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
Y	Télécommunication, télédistribution, fibre optique, gaz, électricité	1	Le remplacement d'installations ou d'armoires techniques par des installations ou armoires techniques d'un volume moindre ou équivalent.	x		x
		2	Le remplacement d'antennes existantes par des antennes de dimensions égales ou inférieures ou supérieures, à la condition que la hauteur totale incluant leur mât de support ne soit pas augmentée et que les nouvelles antennes soient d'une hauteur maximale de 3,00 m.	x		x
		3	Le remplacement d'un pylône ou d'un poteau existant par un pylône ou un poteau de même hauteur et de même type installé sur le même site.	x		x
		4	Le placement d'une armoire technique sur une toiture plate à condition qu'elle ne soit pas visible depuis la voirie, à savoir qu'elle soit située à une distance d'au moins une fois et demie la hauteur de l'armoire depuis l'attique.	x		x
		5	Le placement ou le remplacement d'armoires techniques à côté d'un pylône ou d'un poteau posé au sol ou dans un local technique situé à proximité d'un mât de support placé sur un toit.	x		x
		6	La pose d'installations techniques en vue d'assurer la stabilité et la sécurité d'installations existantes ainsi que leur bon fonctionnement.	x		x
		7	Le placement d'antennes ou faisceaux hertziens, d'armoires et d'installations techniques lors d'événements culturels, sportifs, récréatifs ou commerciaux, placées pour une durée maximale de 90 jours à condition que ces antennes ou faisceaux, armoires et installations ne soient pas placés plus de 15 jours avant le début de l'événement et qu'ils soient enlevés au plus tard 15 jours après la fin de l'événement.	x		x
		8	Le déplacement et/ou la reconstruction d'antennes ou faisceaux hertziens, de réseaux insérés, ancrés, enterrés ou aériens, et d'armoires et installations	x		x

			techniques pour des raisons d'urgence, de sécurité ou d'intérêt public imprévisibles dans le chef de l'opérateur, le temps nécessaire pour obtenir toutes les autorisations requises au déplacement et/ou à la reconstruction du site.			
		9	Le déplacement temporaire d'une installation existante afin d'assurer la continuité des services, en cas de travaux effectués par le propriétaire de la structure initiale, pour la durée exclusive des travaux.	x		x
		10	La pose d'installations telles que les antennes, faisceaux hertziens, armoires et installations techniques pour autant qu'elles soient situées à l'intérieur de bâtiments, de constructions ou de structures existantes ou couvertes par des matériaux ayant la même apparence que les matériaux existants.	x		x
		11	Le placement de faisceaux hertziens ayant un diamètre maximal de 90,00 cm sur un pylône existant ou un mât de support en toiture existant dûment autorisé.	x		x
		12	Le placement d'une antenne de radio-télévision ou de faisceaux hertziens (antenne parabolique ou antenne-panneau). Situation : • soit ancrée sur une élévation à l'arrière du bâtiment par rapport à la voirie de desserte publique ou en recul d'au moins 4,00 m de l'alignement; • soit ancrée au sol ou sur un pan de toiture et implantée à l'arrière du bâtiment par rapport à la voirie de desserte publique. Superficie maximale : 1,00 m ² . Matériaux : il faut que l'antenne soit d'un ton similaire à celui de son support.	x		x
		13	Le placement d'une antenne de radio-télévision ou de faisceaux hertziens (antenne parabolique ou antenne-panneau). Situation : sur un toit plat. Hauteur maximale : 5,00 m support compris, et la hauteur est inférieure à la distance séparant l'installation de l'attique. Superficie maximale : 1,00 m ² .	x		x
		14	Le placement d'une antenne visée aux points 1 ou 2, et qui ne remplit pas les conditions énoncées aux points 1 ou 2.		x	x
		15	Le placement d'antennes et de boîtiers de modules radio distants sur un pylône existant ancré au sol ou un mât de support en toiture existant dûment autorisé, à condition que le déport soit de maximum 1,00 m dans le cas d'un pylône et de maximum 0,40 m dans le cas d'un mât de support, et que la hauteur du pylône ou du mât ne soit pas dépassée.	x		x
		16	Le placement d'antennes accolées à une façade existante avec un maximum d'une antenne, en ce compris les éléments actifs nécessaires à son raccordement, par 6 mètres courants de façade, ou à un pignon existant avec un maximum d'une antenne par pignon, ou sur une cheminée à condition que ces antennes aient une couleur similaire au revêtement de la façade ou du pignon.	x		x
		17	Le placement d'antennes sur le toit plat ou la partie plate du toit d'un immeuble, à	x		x

			condition qu'elles aient une hauteur maximale de 3,00 m support inclus, que cette hauteur soit inférieure à la distance séparant l'installation du bord inférieur ou de la rive de la toiture ou de l'attique et que le bâtiment soit d'une hauteur minimale de 12,00 m.			
		18	Le placement sur façade et en aérien de câbles et conduites de communications électroniques ou numériques et des boîtes de raccordement connexes, pour autant que la couleur soit neutre et discrète et pour autant que le tracé du câble suive les lignes architecturales de l'habitation telles que le seuil de la fenêtre, la corniche, les jointages entre façades, le bord inférieur ou la rive de toiture, l'attique.	x		x
		19	Le placement de l'antenne d'une station d'amateur au sens de l'arrêté ministériel du 9 janvier 2001 relatif à l'établissement et la mise en service de stations radioélectriques par des radioamateurs.		x	x
		20	Le placement sur le domaine public de supports d'un diamètre maximum de 30,00 cm et d'une hauteur maximale de 8,00 m supportant des équipements techniques de télécommunication et des antennes, y compris des faisceaux hertziens d'un diamètre maximum de 90,00 cm, avec un déport n'excédant pas 40,00 cm.	x		x
		21	La suppression ou l'enlèvement des éléments visés aux points 1 à 20, pour autant que les déchets provenant de la suppression ou de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x
Z	Domaines militaires	1	La réalisation d'ouvrages défensifs à caractère opérationnel ou devant rester secret stratégique, pour le compte du Ministère de la Défense nationale et dont la liste est établie conjointement par le Ministre de la Défense nationale et le Ministre ayant l'Aménagement du territoire dans ses attributions.	x		x

Art. 8 – Dans l'article R.IV.4-1 du même Code, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un alinéa rédigé comme suit :

« La modification de destination de tout ou partie d'un bien au sens de l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 7°, est la transformation en zone d'habitat de surfaces en rez-de-chaussée d'une construction existante qui sont utilisées pour la vente ou l'échange de marchandises et services ou comme débit de boissons, indépendamment de leur taille, et ce, même s'il ne s'agit pas de créer un nouveau logement. »

Art. 9 – (Concerne le texte allemand).

Art. 10 – À l'article R.IV.4-5, alinéa 1^{er}, 1°, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

1° (concerne le texte allemand);

2° dans le c), les mots « la plantation » sont remplacés par les mots « l'agencement ».

Art. 11 – L'article R.IV.4-6 du même Code est remplacé par ce qui suit :

« Art. R.IV.4-6 – Haies et allées

La haie au sens de l'article D.IV.4, 11°, b), remplit cumulativement les conditions suivantes :

- 1° 1° elle est constituée principalement d'essences indigènes;
- 2° 2° elle présente une longueur continue de minimum dix mètres;
- 3° La largeur maximale entre les pieds extérieurs est de dix mètres.

L'allée au sens de l'article D.IV.4, 11°, b), remplit cumulativement les conditions suivantes :

- 1° elle comporte au moins dix arbres à haute tige, alignés sur au moins une rangée;
- 2° la distance maximale entre les différents arbres est de 40 mètres. »

Art. 12 – Dans l'article R.IV.4-8, alinéa 1^{er}, du même Code, le 2° est remplacé par ce qui suit :
« 2° les haies constituées principalement d'essences indigènes, plantées depuis plus de trente ans sur le domaine public de la voirie. »

Art. 13 – À l'article R.IV.4-10, § 1^{er}, du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 1^{er}, 3°, le mot « vivantes » est inséré entre le mot « charpentières » et les mots « jusqu'à »;
- 2° dans l'alinéa 1^{er}, le 4° est remplacé par ce qui suit :
« 4° le raccourcissement des branches qui ont plus de trente centimètres de tour au point de taille »;
- 3° dans l'alinéa 1^{er}, le 8° est complété par les mots « , sauf si cette taille a lieu tous les ans ou tous les deux ans; des arbres en croissance ne peuvent être endommagés »;
- 4° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :
(concerne le texte allemand). »

Art. 14 – Dans l'article R.IV.26-1 du même Code, le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :
« § 1^{er} – La demande de permis d'urbanisme pour laquelle l'intervention d'un architecte est requise est introduite au moyen du formulaire repris en annexe 4 qui en fixe le contenu pour les projets.

La demande de permis d'urbanisme pour laquelle l'intervention d'un architecte n'est pas requise est introduite au moyen du formulaire repris en annexe 5 qui en fixe le contenu pour les projets.

La demande de permis d'urbanisme pour les actes poursuivant les objectifs suivants est introduite au moyen du formulaire repris en annexe 6 qui en fixe le contenu :

- 1° boisement, déboisement, abattage d'arbres isolés à haute tige, de haies ou d'allées;
- 2° culture de sapins de Noël, abattage qui porte préjudice au système racinaire;
- 3° modification de l'aspect d'un ou plusieurs arbres, arbustes ou haies remarquables;
- 4° défrichement ou modification de la végétation d'une zone dont le Gouvernement juge la protection nécessaire.

Si la demande de permis porte sur des objets différents requérant des formulaires distincts, ceux-ci sont joints au dossier, constituant ainsi une seule demande de permis.

Art. 15 – À l'article R.IV.35-1 du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° les lignes 10 à 12 du tableau sont remplacées par ce qui suit :

	Cours d'eau non navigable de 1 ^{re} catégorie : Construction d'un immeuble, aménagement d'un parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau	DGO3 – Direction des Cours d'eau non navigables DGO3 – Département de la Nature et des Forêts
	Cours d'eau non navigable de 2 ^e catégorie ou cours d'eau non classé : Construction d'un immeuble, aménagement d'un parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau	Service technique provincial DGO3 – Département de la Nature et des Forêts

	Cours d'eau non navigable de 3 ^e catégorie : Construction d'un immeuble ou d'une installation, aménagement d'un parking sur un terrain qui jouxte le cours d'eau	Collège communal concerné DGO3 – Département de la Nature et des Forêts
--	---	--

2° la ligne 26 est remplacée par ce qui suit :

	les actes et travaux à l'intérieur d'une zone reconnue en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature ou aux abords d'une telle zone, dans la mesure où ces actes et travaux peuvent sérieusement porter atteinte à la zone.	DGO3 – Département de la Nature et des Forêts
--	--	---

Art. 16 – Dans l'article R.V.2-2, alinéa 3, c), du même Code, le mot « propriété » est remplacé par le mot « bien ».

Art. 17 – À l'article R.VII.19-1, alinéa 1^{er}, du même Code, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° (concerne le texte allemand);
- 2° (concerne le texte allemand).

Art. 18 – L'annexe 4 du même Code, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, est remplacée par l'Annexe 1^{re} jointe au présent arrêté.

Art. 19 – L'annexe 5 du même Code, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, est remplacée par l'Annexe 2 jointe au présent arrêté.

Art. 20 – L'annexe 6 du même Code, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, est remplacée par l'Annexe 3 jointe au présent arrêté.

Art. 21 – Les annexes 7, 8 et 9 du même Code, remplacées par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, sont abrogées.

Art. 22 – Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} septembre 2021.

Art. 23 – Le Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement

A. ANTONIADIS

**Annexes à l'arrêté du Gouvernement modifiant la partie réglementaire du Code du
Développement territorial**

Annexe 1^{re} :

Annexe 4 – Demande de permis d'urbanisme avec concours d'un architecte

Annexe 2 :

Annexe 5 – Demande de permis d'urbanisme sans concours d'un architecte

Annexe 3 :

Annexe 6 – Demande de permis portant sur des actes de : boisement, de déboisement, d'abattage d'arbres isolés à haute tige, de haies ou d'allées, de culture de sapins de Noël, des actes d'abattage qui portent préjudice au système racinaire ou de modification de l'aspect d'un ou plusieurs arbres, arbustes ou haies remarquables, des actes de défrichement, de modification de la végétation d'une zone dont le Gouvernement juge la protection nécessaire

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement modifiant la partie réglementaire du Code du Développement territorial.

Eupen, le...

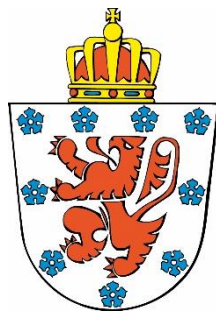
Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement

A. ANTONIADIS



Demande de permis d'urbanisme avec concours d'un architecte

CHAMP RESERVE A LA COMMUNE OU AU GOUVERNEMENT

Demandeur

.....

Objet de la demande

.....

Références du dossier

.....

Cadre 1

a) Demandeur

Personne physique

Nom :Prénom :

Adresse

Rue :N°..... Boite :

Code postal : Commune :Pays :

Téléphone :Fax :

Courriel :

Personne morale

Dénomination ou raison sociale :

Forme juridique :

Adresse

Rue :N°..... Boite :

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone :Fax :

Courriel :

Responsable du dossier

Nom :Prénom :

Qualité :

Téléphone :Fax :

Courriel :

b) Architecte

Architecte

Nom :Prénom :

Dénomination ou raison sociale d'une personne morale :

Forme juridique :;

Qualité :

Adresse

Rue :N°..... Boite :

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone :Fax :

Courriel :

Le demandeur a reçu de son architecte l'attestation n° , délivrée le .../.../.... par l'Ordre des Architectes pour le présent projet, qui confirme que ce dernier est bien en droit d'exercer la profession.

Le contenu de l'attestation est accessible sur le site www.archionweb.be – attestation.

Cadre 2 – Objet de la demande

Description du projet

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Si une mise en œuvre par phases est souhaitée pour ce projet, veuillez décrire ce phasage :

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Cadre 3 – Coordonnées d'implantation du projet

Rue :N°.....

Commune :

Liste des parcelles cadastrales concernées par la demande

Si le projet concerne plus de cinq parcelles, joindre une vue en plan reprenant l'ensemble desdites parcelles.

	Commune	Division	Section	N° et exposant	Propriétaire
Parcelle 1					
Parcelle 2					
Parcelle 3					
Parcelle 4					
Parcelle 5					

Existence de servitudes et autres droits :

Non

Oui :

Cadre 4 – Antécédents de la demande - Réunion de projet

- Certificat d'urbanisme n° 1 délivré le à
 - Certificat d'urbanisme n° 2 délivré le à
 - Permis de patrimoine délivré le à
 - Autres permis relatifs au bien (urbanisme, urbanisation, environnement, unique, implantation commerciale, intégré...) :
.....
.....
.....
.....
.....
- La demande comprend (joindre en annexe) :
- le procès-verbal non décisionnel de la réunion lorsqu'une réunion de projet a été menée;
 - la preuve de la demande d'une réunion de projet obligatoire en vertu du CoDT, si cette réunion de projet a été sollicitée et qu'elle ne s'est pas tenue dans les vingt jours de la demande.

Cadre 5 – Décret relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et paysages culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles (décret sur le patrimoine)

- L'objet concerné se trouve dans la zone de protection d'un bien classé provisoirement ou définitivement.

Non
Oui
- L'objet concerné est classé provisoirement ou définitivement conformément au décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et paysages culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles.

Non
Oui

- Réunion de projet obligatoire, tenue le
- Référence du procès-verbal
- La demande comprend (joindre en annexe) :
 - le procès-verbal de la réunion de projet obligatoire (art. D.IV.31.1.);
 - le cas échéant, les documents complémentaires qui, en vertu du procès-verbal, doivent être joints à la demande.

Cadre 6 – Situation juridique du bien

Liste des documents du CoDT qui s'appliquent au bien et précision du zonage

- Schéma de développement du territoire (si application de l'article D.II.16 du CoDT) :
- Plan de secteur :
- Carte d'affectation des sols :
- Schéma de développement pluricommunal :
- Schéma de développement communal :
- Schéma d'orientation local :
- Guide communal d'urbanisme :
- Guide régional d'urbanisme :

Si le projet est soumis aux normes relatives à la qualité acoustique des constructions, veuillez joindre le formulaire Dn.

- Permis d'urbanisation : Lot n° :
- Bien comportant un arbre – un arbuste - une haie remarquable
- Bien soumis à la taxation des bénéfices résultant de la planification
- Site à réaménager, site de réhabilitation paysagère et environnementale, périmètre de remembrement urbain, de rénovation urbaine, de revitalisation urbaine, zone d'initiative privilégiée : ...

Autres caractéristiques du bien

- Bien exposé à un risque naturel ou à une contrainte géotechnique majeurs : l'inondation comprise dans les zones soumises à l'aléa inondation au sens de l'article D.53 du Code de l'eau – l'éboulement d'une paroi rocheuse – le glissement de terrain – le karst – les affaissements miniers – le risque sismique – autre risque naturel ou contrainte géotechnique majeurs : ...
- Bien situé – dans – à proximité – d'un site Natura 2000 proposé ou arrêté – d'une réserve naturelle domaniale – d'une réserve naturelle agréée – d'une cavité souterraine d'intérêt scientifique – d'une zone humide d'intérêt biologique – d'une réserve forestière – visé(e) par la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature, etc.
- Bien repris dans le plan relatif à l'habitat permanent, etc.
- Bien dont la localisation est – n'est pas – susceptible d'accroître le risque d'accident majeur ou d'en aggraver les conséquences, compte tenu de la nécessité de maintenir une distance appropriée vis-

à-vis d'un établissement existant présentant un risque d'accident majeur au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement.

- S'agit-il de la création – modification – d'un établissement présentant un risque d'accident majeur au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement ?

Non

Oui :

- Bien situé dans le périmètre du Plan d'Assainissement par Sous-bassin Hydrographique de qui reprend celui-ci en zone (type de zone)
- Présence d'une zone de prévention arrêtée, d'une zone de prévention forfaitaire ou d'une zone de surveillance relative aux captages d'eaux potabilisables instaurée en vertu du Code de l'eau :
- Présence d'un cours d'eau de 1^{re} – 2^e – 3^e catégorie :
- Autres :

Cadre 7 - Options d'aménagement et parti architectural du projet/Exigence

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Cadre 8 – Liste et motivation des dérogations et écarts

Lorsque la demande implique une dérogation au plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme, ou un écart à un schéma, à une carte d'affectation des sols, aux indications d'un guide d'urbanisme ou au permis d'urbanisation : la justification du respect des conditions fixées par les articles D.IV.5 à D.IV.13. du CoDT :

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Cadre 9 – Code de l'environnement

La demande comprend (joindre en annexe) :

- ☐ une notice d'évaluation des incidences sur l'environnement;
- ☐ une étude d'incidences sur l'environnement.

Cadre 10 - Décret relatif à la gestion des sols

Veillez vérifier les données relatives au bien inscrites dans la banque de données au sens du décret du 1^{er} mars 2018 relatif à la gestion et à l'assainissement des sols.

Joindre en annexe le formulaire, dûment complété et accompagné des documents requis au sens du décret du 1^{er} mars 2018 relatif à la gestion et à l'assainissement des sols.

Décret relatif à la voirie communale : création, modification ou suppression de voirie(s) communale(s)

- ☐ Non
- ☐ Oui : description succincte des travaux.....

Joindre en annexe le contenu prévu par l'article 11 du décret du 6 février 2014 relatif à la voirie communale ou l'autorisation définitive en la matière.

Cadre 12 – Décret relatif à la performance énergétique des bâtiments

La demande comprend (joindre en annexe) :

Le ou les documents requis en vertu du décret PEB et de ses arrêtés.

Cadre 13 — Formulaire statistique

Respecter la législation fédérale en matière de formulaire statistique.

Cadre 14 — Annexes à fournir

En plus des annexes relatives au :

- Cadre 4 : Réunion de projet
- Cadre 5 : Décret sur le patrimoine
- Cadre 9 : Code de l'environnement
- Cadre 10 : Gestion des sols
- Cadre 11 : Voirie communale
- Cadre 12 : Performance énergétique

- Cadre 13 : Formulaire statistique

les documents suivants doivent être joints en six exemplaires à la demande (selon le nombre d'avis sollicité, des exemplaires supplémentaires peuvent être demandés par la suite, sans que leur nombre puisse dépasser celui des avis à solliciter).

- ☐ un plan de situation du bien concerné, dressé à l'échelle 1/10 000^e ou 1/5 000^e, qui figure dans un rayon de 500 mètres de celui-ci :
 - ☐ l'orientation;
 - ☐ la localisation du bien concerné par le projet par rapport au noyau central de la localité;
 - ☐ les voies de desserte et leur dénomination;
- ☐ un plan qui figure le contexte urbanistique et paysager établi à l'échelle 1/1 000^e ou 1/500^e et qui figure :
 - ☐ l'orientation;
 - ☐ la voirie de desserte cotée avec indication de son statut juridique;
 - ☐ l'implantation, le gabarit, la nature ou l'affectation des constructions existantes sur le bien concerné et dans un rayon de 50 mètres de celui-ci;
 - ☐ lorsque le projet implique l'application des articles D.IV.5 à D.IV.13 du CoDT, les principales caractéristiques du paysage, telles que les éléments marquants du relief, les courbes de niveaux, la végétation, en ce compris l'existence d'arbres ou de haies remarquables au sens de l'article D.IV.4, 12°, du CoDT, la présence d'un cours d'eau ou tout autre élément marquant sur le bien concerné et dans un rayon de 100 mètres de celui-ci;
 - ☐ l'indication numérotée des prises de vues du reportage photographique visé ci-dessous;
- ☐ un reportage photographique qui permet la prise en compte du contexte urbanistique et paysager dans lequel s'insère le projet et qui contient au minimum :
 - ☐ deux prises de vues, l'une à front de voirie, montrant la parcelle et les immeubles la jouxtant, l'autre montrant la ou les parcelles en vis-à-vis de l'autre côté de la voirie;
 - ☐ au moins trois prises de vues différentes afin de visualiser les limites du bien concerné, les constructions voisines et l'environnement général;
 - ☐ lorsqu'il s'agit d'une nouvelle construction ou lorsque le projet implique l'application des articles D.IV.5 à D.IV.13 du CoDT ou lorsque le projet est situé dans un périmètre d'intérêt paysager, au moins trois prises de vue différentes éloignées qui permettent de visualiser le contexte paysager d'ensemble dans lequel s'insère le projet, avec indication sur la photographie du lieu d'implantation du projet;
- ☐ le cas échéant, une note de calcul justifiant le respect du critère de salubrité visé à l'article 3, 5°, du Code wallon de l'habitation durable et portant sur l'éclairage naturel

- ☐ un plan d'implantation représentant l'occupation de la parcelle, dressé à l'échelle 1/500^e, 1/250^e ou 1/200^e et qui figure :
 - ☐ les limites cotées de la parcelle concernée et les courbes de niveau;
 - ☐ lorsqu'elle porte sur la construction groupée d'habitations à diviser ultérieurement en lots sans que le permis d'urbanisation soit requis au préalable, la demande de permis d'urbanisme indique les limites des lots;
 - ☐ au moins deux coupes significatives (longitudinale et transversale) cotées du relief ainsi que les modifications projetées et cotées qui s'y rapportent;
 - ☐ si le projet implique une modification sensible du relief du sol, l'indication cotée du relief existant de cinq mètres en cinq mètres sur le plan d'implantation avec la mention de l'affectation actuelle du terrain, ainsi que les coupes indiquant la surface de nivellement du terrain;
 - ☐ le cas échéant, l'implantation et le gabarit cotés des constructions existant sur la parcelle, à maintenir ou à démolir;
 - ☐ l'implantation et le gabarit cotés des constructions projetées;
 - ☐ les servitudes du fait de l'homme sur le terrain;
 - ☐ le cas échéant, le tracé des infrastructures de transport de fluide et d'énergie qui traversent le ou les biens concernés;
 - ☐ l'aménagement maintenu ou projeté du sol de la parcelle concernée, en ce compris les zones de recul, les clôtures de celle-ci, les aires de stationnement pour les véhicules, les matériaux projetés ainsi que l'emplacement, la végétation existante qui comprend les arbres à haute tige, les haies à maintenir ou à abattre, ainsi que les arbres remarquables et les plantations projetées;
 - ☐ le niveau d'implantation du projet par rapport à un repère fixe du domaine public;
 - ☐ les aménagements et équipements de la voirie, ainsi que, le cas échéant, les modifications projetées et cotées qui s'y rapportent;
 - ☐ le réseau de principe du système d'évacuation des eaux;
 - ☐ en cas d'épuration individuelle avec dispersion des eaux dans le terrain, une étude hydrologique.
- ☐ la visualisation du projet reprenant les constructions à maintenir, à démolir ou à construire, dressée à l'échelle 1/100^e ou 1/50^e, qui figure les éléments suivants :
 - ☐ la vue en plan de chaque niveau ainsi que l'affectation actuelle et future des locaux;
 - ☐ les élévations;
 - ☐ la légende des matériaux de parement des élévations et de couverture des toitures ainsi que leurs tonalités;
 - ☐ les coupes transversales et longitudinales cotées qui comportent le niveau d'implantation du rez-de-chaussée, les niveaux du relief du sol existant et projeté et le profil des constructions contigües;
- ☐ le cas échéant, les mesures techniques actives et passives prévues par l'architecte pour prévenir ou minimiser les risques au regard des zones à risques définies par l'Agence fédérale

de Contrôle nucléaire et en lien avec le plan d'action régionale en matière de lutte contre le radon;

- ☐ le cas échéant, le dossier technique du projet de voirie, qui comprend :
- ☐ une vue en plan et des profils en long établis à l'échelle 1/200^e ou 1/1 000^e;
 - ☐ des profils en travers établis à l'échelle 1/100^e ou 1/50^e;
 - ☐ une coupe-type avec les matériaux projetés.

La coupe-type peut être fixée en fonction d'un cahier des charges imposé par l'autorité compétente.

Les plans sont numérotés et pliés au format standard de 21 sur 29,7 cm.
--

Extrait de l'article R.IV.26-1

[...]

Si la demande de permis porte sur différents objets requérant des formulaires distincts, ceux-ci sont joints au dossier, constituant ainsi une seule demande de permis.

Extrait de l'article R.IV.26-3

Moyennant l'accord préalable de l'autorité compétente ou de la personne qu'elle délègue en vertu de l'article D.IV.33 ou du Ministre lorsqu'il est l'autorité chargée de l'instruction des demandes de permis visées aux articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12°, et D.V.16, le demandeur peut produire **les plans à une autre échelle que celles arrêtées**.

À titre exceptionnel, l'autorité compétente ou la personne qu'elle délègue en vertu de l'article D.IV.33 ou le Ministre lorsqu'il est l'autorité chargée de l'instruction des demandes de permis visées aux articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12°, et D.V.16 peut solliciter la **production de documents complémentaires** si ceux-ci sont indispensables à la compréhension du projet. Ces documents complémentaires sont mentionnés dans le relevé des pièces manquantes visé à l'article D.IV.33, alinéa 1^{er}, 2°.

[...]

L'autorité compétente ou la personne qu'elle délègue en vertu de l'article D.IV.33 ou le Ministre lorsqu'il est l'autorité chargée de l'instruction des demandes de permis visées aux articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12°, et D.V.16 peut inviter le demandeur à communiquer **l'exemplaire supplémentaire sur support informatique** en précisant le format du fichier y relatif.

Cadre 16 – Signatures

Je m'engage à solliciter les autorisations ou permis imposés, le cas échéant, par d'autres lois, décrets ou règlements.

Signature du demandeur ou du mandataire
--

Protection des données

Le Ministère de la Communauté germanophone ou, selon le cas, la commune compétente sont conjointement responsables du traitement de vos données conformément au règlement général (UE) n° 2016/679 du 27 avril 2016 sur la protection des données et à ses dispositions d'exécution. Vos droits à la vie privée font l'objet d'une attention toute particulière. Pour plus d'informations sur la protection de vos droits, veuillez consulter www.ostbelgienlive.be/datenschutz ou, selon le cas, la page de la commune relative à sa déclaration en matière de protection des données à caractère personnel. Vous pouvez joindre le délégué du Ministère chargé de la protection des données, M. Wilfried Heyen, à l'adresse suivante : datenschutz@dgov.be Pour contacter le délégué de la commune chargé de la protection des données, veuillez vous référer à la déclaration de celle-ci en matière de protection des données à caractère personnel.

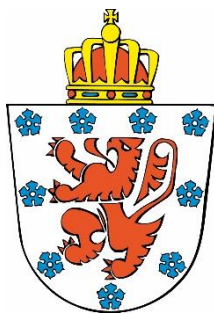
Conformément à la réglementation en matière de protection des données et au Code du développement territorial (CoDT), les données à caractère personnel communiquées ne seront utilisées par le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière d'Aménagement du territoire (si la demande est introduite auprès du Gouvernement) ou, selon le cas, par la commune (si la demande est introduite auprès d'une commune) qu'en vue d'assurer le suivi de votre dossier.

Ces données ne seront communiquées qu'aux autorités, instances, commissions et services prévus dans le CoDT, et particulièrement son livre IV. La Communauté germanophone ou la commune, selon le cas, peut également communiquer vos données à caractère personnel à des tiers si la loi l'y oblige ou si la Communauté germanophone ou la commune, selon le cas, estime de bonne foi qu'une telle divulgation est raisonnablement nécessaire pour se conformer à une procédure légale ou dans le cadre d'une procédure judiciaire.

Ces données ne seront ni vendues ni utilisées à des fins de marketing.

Elles seront conservées aussi longtemps que le permis ou le certificat d'urbanisme est valide. Pour les permis ou certificats d'urbanisme périmés, les données électroniques seront conservées sous une forme minimisée permettant à la Communauté germanophone ou à la commune, selon le cas, de savoir qu'un permis ou certificat d'urbanisme vous a été attribué et s'il est périmé ou non.

Si, dans le mois de votre demande de renseignements ou de correction, vous n'avez aucune réaction de la part de la Communauté germanophone (lorsque la demande a été introduite auprès du Gouvernement), ou de la commune (lorsque la demande a été introduite auprès de celle-ci), vous pouvez introduire une réclamation sur le site internet de l'Autorité de protection des données (APD) : <https://www.autoriteprotectiondonnees.be/> ou la contacter à l'adresse suivante : Autorité de protection des données, 35, rue de la Presse à 1000 Bruxelles ou par courriel : contact@apd-gba.be.



Demande de permis d'urbanisme sans concours d'un architecte

CHAMP RESERVE A LA COMMUNE OU AU GOUVERNEMENT

Demandeur

.....

Objet de la demande

.....

Références du dossier

.....

Cadre 1 – Demandeur

Personne physique

Nom : Prénom :

Adresse

Rue : N° Boite :

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

Courriel :

Personne morale

Dénomination ou raison sociale :

Forme juridique :

Adresse

Rue : N° Boite :

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

Courriel :

Responsable du dossier

Nom : Prénom :

Qualité :

Téléphone : Fax :

Courriel :

Auteur de projet

Nom : Prénom :

Dénomination ou raison sociale d'une personne morale :

Forme juridique :

Qualité :

Adresse

Rue : N° Boite :

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

Courriel :

Cadre 2 – Objet de la demande

Description du projet :

Présenter les **actes et travaux projetés** et **l'objectif poursuivi** :

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

En cas de **démolition** : quelle sera l'affectation de la parcelle après exécution de ces actes et travaux ?

.....

.....

.....

En cas de **modifications sensibles du relief du sol ou d'aménagement du sol** : quel est le volume approximatif des terres à enlever? Comment les terres seront-elles évacuées ? Quelle est l'origine et la destination des terres ?

.....

.....

.....

Si une mise en œuvre par phases est souhaitée pour ce projet, veuillez décrire ce phasage :

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Cadre 3 – Coordonnées d'implantation du projet

Rue :N°

Commune :

Liste des parcelles cadastrales concernées par la demande

Si le projet concerne plus de cinq parcelles, joindre une vue en plan reprenant l'ensemble desdites parcelles.

	Commune	Division	Section	N° et exposant	Propriétaire
Parcelle 1					
Parcelle 2					
Parcelle 3					
Parcelle 4					
Parcelle 5					

Existence de servitudes et autres droits :

Non

Oui :

Cadre 4 – Antécédents de la demande – Réunion de projet

- Certificat d'urbanisme n° 1 délivré le à
- Certificat d'urbanisme n° 2 délivré le à
- Permis de patrimoine délivré le à
- Autres permis relatifs au bien (urbanisme, urbanisation, environnement, unique, implantation commerciale, intégré...) :

.....
.....
.....
.....
.....

La demande comprend (joindre en annexe) :

- le procès-verbal lorsqu'une réunion de projet a été menée;
- la preuve de la demande d'une réunion de projet obligatoire en vertu du CoDT, si cette réunion de projet a été sollicitée et qu'elle ne s'est pas tenue dans les vingt jours de la demande.

Cadre 5 – Décret relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et paysages culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles (décret sur le patrimoine)

<ul style="list-style-type: none">○ L'objet concerné se trouve dans la zone de protection d'un bien classé provisoirement ou définitivement. Non Oui ○ L'objet concerné est classé provisoirement ou définitivement conformément au décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et paysages culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles. Non Oui<ul style="list-style-type: none">- Réunion de projet obligatoire, tenue le- Référence du procès-verbal- La demande comprend (joindre en annexe) :<ul style="list-style-type: none">le procès-verbal de la réunion de projet obligatoire (art. D.IV.31.1.);le cas échéant, les documents complémentaires qui, en vertu du procès-verbal, doivent être joints à la demande.
--

Cadre 6 – Situation juridique du bien

Liste des documents du CoDT qui s'appliquent au bien et précision du zonage

- Schéma de développement du territoire (si application de l'article D.II.16 du CoDT) :
- Plan de secteur :
- Carte d'affectation des sols :
- Schéma de développement pluricommunal :
- Schéma de développement communal :
- Schéma d'orientation local :
- Guide communal d'urbanisme :
- Guide régional d'urbanisme :

Si le projet est soumis aux normes relatives à la qualité acoustique des constructions, joindre le formulaire Dn.

- Permis d'urbanisation : Lot n° :
.....
- Bien comportant un arbre – arbuste – une haie remarquable
- Bien soumis à la taxation des bénéfices résultant de la planification

- Site à réaménager, site de réhabilitation paysagère et environnementale, périmètre de remembrement urbain, de rénovation urbaine, de revitalisation urbaine, zone d'initiative privilégiée : ...

Cadre 7 – Liste et motivation des dérogations et écarts

Lorsque la demande implique une dérogation au plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme, ou un écart à un schéma, à une carte d'affectation des sols, aux indications d'un guide d'urbanisme ou au permis d'urbanisation :

la justification du respect des conditions fixées par les articles D.IV.5 à D.IV.13. du CoDT :

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Cadre 8 – Code de l'environnement

La demande comprend (joindre en annexe) :

- ☐ une notice d'évaluation des incidences sur l'environnement;
- ☐ une étude d'incidences sur l'environnement.

Cadre 9 – Décret relatif à la gestion des sols

Il faut vérifier les données relatives au bien inscrites dans la banque de données au sens du décret du 1^{er} mars 2018 relatif à la gestion et à l'assainissement des sols.

Joindre en annexe le formulaire, dûment complété et accompagné des documents requis au sens du décret du 1^{er} mars 2018 relatif à la gestion et à l'assainissement des sols.

Cadre 10 – Décret relatif à la voirie communale : création, modification ou suppression de voirie(s) communale(s)

- ☐ Non
- ☐ Oui : description succincte des travaux.....

Joindre à la demande le contenu prévu par l'article 11 du décret du 6 février 2014 relatif à la voirie communale ou l'autorisation définitive en la matière.]

Cadre 11 – Décret relatif à la performance énergétique des bâtiments

La demande comprend (joindre en annexe) :

Le ou les documents requis en vertu du décret relatif à la performance énergétique des bâtiments.

Cadre 12 – Formulaire statistique

Respecter la législation fédérale en matière de formulaire statistique.

Cadre 13 – Annexes à fournir

En plus des annexes relatives au :

- Cadre 4 : Réunion de projet
- Cadre 5 : Décret sur le patrimoine
- Cadre 8 : Code de l'environnement
- Cadre 9 : Gestion des sols
- Cadre 10 : Voirie communale
- Cadre 12 : Performance énergétique
- Cadre 13 : Formulaire statistique

les documents suivants doivent être joints en quatre exemplaires à la demande– selon le nombre d'avis sollicité, des exemplaires supplémentaires peuvent être demandés par la suite, sans que leur nombre puisse dépasser celui des avis à solliciter:

Documents généraux

- ☐ un plan représentant le contexte urbanistique et paysager qui permet de situer le projet dans un rayon de 200 mètres et qui figure :
 - ☐ l'orientation;
 - ☐ les voies de desserte avec indication de leur statut juridique, de leur dénomination et de leur largeur;
 - ☐ l'implantation, la nature ou l'affectation des constructions existant dans un rayon de 50 mètres;
 - ☐ l'indication numérotée des prises de vues du reportage photographique;
- ☐ un reportage photographique en couleurs qui permet la prise en compte du contexte urbanistique et paysager dans lequel s'insère le projet et qui contient au minimum :
 - ☐ deux prises de vues, l'une à front de voirie, montrant la parcelle et les immeubles la jouxtant, l'autre montrant la ou les parcelles en vis-à-vis de l'autre côté de la voirie;

- ☐ au moins trois prises de vues afin de visualiser les limites du bien concerné et les constructions voisines;
- ☐ lorsque le projet implique l'application des articles D.IV.5 à D.IV.13 du CoDT (dérogations ou écarts) ou lorsque le projet est situé dans un périmètre d'intérêt paysager, au moins trois prises de vue différentes éloignées qui permettent de visualiser le contexte paysager d'ensemble dans lequel s'insère le projet, avec indication sur la photographie du lieu d'implantation du projet;
- ☐ un plan représentant l'occupation de la parcelle et qui figure :
 - ☐ les limites de la parcelle concernée;
 - ☐ le cas échéant, l'implantation des constructions existant sur la parcelle, à maintenir ou à démolir;
 - ☐ le cas échéant, la situation des constructions prévues, la légende des matériaux de parement des élévations et de couverture des toitures;
 - ☐ les servitudes du fait de l'homme sur le terrain;
 - ☐ l'aménagement maintenu ou projeté du sol de la parcelle concernée, en ce compris les zones de recul, les clôtures de celle-ci, les aires de stationnement pour les véhicules, ainsi que l'emplacement et la hauteur de la végétation existante qui comprend les arbres à haute tige, les haies à maintenir ou à abattre, ainsi que les arbres remarquables et les plantations;
 - ☐ le cas échéant, les mesures éventuelles à prendre pour assurer le bon écoulement des eaux superficielles;
 - ☐ le cas échéant, les mesures éventuelles à prendre pour assurer l'épuration des eaux usées;
 - ☐ la gestion des abords et la protection des constructions et plantations voisines.

Documents spécifiques selon l'objet de la demande

- ☐ s'il s'agit d'une **modification sensible du relief du sol**, l'indication cotée du relief existant de cinq mètres en cinq mètres avec la mention de l'affectation actuelle du terrain, les plantations des propriétés voisines, leur distance vis-à-vis des limites du terrain en cause, ainsi que les coupes indiquant la surface de nivellement du terrain et la situation prévue après réalisation des modifications du relief du sol;
- ☐ s'il s'agit d'un **dépôt de véhicules usagés, de mitrailles, de matériaux ou de déchets**, l'implantation du dépôt, la superficie du dépôt et sa hauteur, la nature des matériaux ou déchets à déposer et le type de clôture ou les dispositifs prévus pour dissimuler le dépôt ainsi que leur emplacement;
- ☐ s'il s'agit du **démontage ou placement d'une ou plusieurs installations mobiles**, leur implantation, leur nombre et, le cas échéant, le type de clôture ou les dispositifs prévus pour dissimuler les installations, ainsi que la situation prévue après enlèvement du dépôt;
- ☐ s'il s'agit de **travaux techniques** au sens de l'article R.IV.1-2, alinéa 1^{er}, 5^{o1}:

¹Par « travaux techniques », il faut entendre :

a) les travaux pour lesquels les techniques de l'ingénieur ont une part prépondérante, tels que les ponts et tunnels, routes, parkings, voies ferrées, métro et tout transport à supports fixes, pistes des aérodromes (décollage et atterrissage), ouvrages

- ☐ le tracé et les coupes longitudinales et transversales, figurant :
 - ☐ l'indication des chemins publics dans un rayon de cinquante mètres de chacune des limites de la parcelle, avec mention de leur dénomination et de leur largeur;
 - ☐ les limites cotées du terrain;
 - ☐ les courbes de niveau des coupes de terrain actuelles et projetées;
 - ☐ l'implantation, la nature ou la destination des bâtiments voisins dans un rayon de cinquante mètres de chacune des limites de la parcelle;
 - ☐ l'implantation des bâtiments, existant sur la parcelle, à maintenir ou à démolir;
 - ☐ l'emplacement des arbres à haute tige à maintenir ou à abattre;
 - ☐ les vues des différents peuplements éventuels;
 - ☐ la vue en plan et les profils en long sont établis à l'échelle 1/200^e, ou 1/1 000^e ou 1/5 000^e;
 - ☐ les profils en travers sont établis à l'échelle 1/100^e ou 1/50^e;
 - ☐ l'avis des impétrants (énergie) concernés sur la faisabilité technique du projet;
 - ☐ un plan de situation comportant l'orientation dressé à l'échelle 1/5 000^e ou 1/10 000^e;
 - ☐ le cas échéant, un plan général de chaque tronçon de voirie.
-
- ☐ En cas de **transformation d'une construction existante, de création d'un ou plusieurs logements, de la construction d'une véranda, d'un volume secondaire ou d'une annexe**, la visualisation du projet reprenant les constructions à transformer, à démolir ou à construire, dressée à l'échelle 1/100^e ou 1/50^e, qui figure :
 - ☐ la vue en plan de chaque niveau ainsi que l'affectation actuelle et future des locaux;
 - ☐ les élévations;
 - ☐ les matériaux de parement des élévations et de couverture, existants et futurs, ainsi que leurs tonalités;
 - ☐ les coupes transversales et longitudinales cotées qui comportent le niveau d'implantation du rez-de-chaussée, les niveaux du relief du sol existant et projeté et le profil des constructions contigües ainsi que la composition exacte des parois et de la toiture, l'indication des conduits de fumée et de ventilation;
 - ☐ le cas échéant, une note de calcul justifiant le respect du critère de salubrité visé à l'article 3, 5°, du Code wallon de l'habitation durable et portant sur l'éclairage naturel.

hydrauliques, barrages, canaux, ports et marinas, captages des eaux, lignes électriques, pylônes et mâts, cabines de tête, éoliennes, turbines, gazoducs, oléoducs, pipelines, installations de télécommunication,

b) les travaux de génie rural;

c) les installations ou constructions dans la conception desquels les techniques de l'ingénieur ont une part prépondérante, tels que les équipements de production, de stockage, de manutention et de transport, les bandes transporteuses, les portiques, les tuyauteries, les ponts roulants, les tours de stockage, les silos, les filtres extérieurs.

- ☐ en cas de **placement d'enseignes ou de dispositifs publicitaires**, d'une ou plusieurs **installations fixes ou mobiles** ou du placement d'un ou plusieurs **modules de production d'électricité ou de chaleur** :
 - ☐ la vue en plan de l'installation ou du module;
 - ☐ la vue en élévation de l'installation ou du module;
 - ☐ l'indication des matériaux et leur tonalité;
 - ☐ pour les enseignes et les dispositifs publicitaires, l'indication du lettrage utilisé et, le cas échéant, de l'éclairage.
- ☐ en cas de **démolition d'une construction ou d'une installation** :
 - ☐ la vue en plan de la construction ou de l'installation;
 - ☐ au moins trois prises de vue significatives de la construction ou de l'installation concernée;
- ☐ en cas de **modification de la destination** (de tout ou partie) **d'un bien** ou de **modification de la répartition des surfaces de vente et des activités commerciales**
 - ☐ un plan qui figure le contexte urbanistique et paysager établi à l'échelle 1/1 000^e ou 1/500^e avec les données générales susmentionnées et qui figure l'indication des emplacements des aires de stationnement pour véhicules dans un rayon de cent mètres de chacune des limites de la parcelle concernée;
 - ☐ le cas échéant, une note de calcul justifiant le respect du critère de salubrité visé à l'article 3, 5°, du Code wallon de l'habitation durable et portant sur l'éclairage naturel.
 - ☐ la vue en plan de chaque niveau ainsi que l'affectation actuelle et future des locaux;

Les plans sont numérotés et pliés au format standard de 21 sur 29,7 cm.
--

Extrait de l'article R.IV.26-1

[...]

Si la demande de permis porte sur différents objets requérant des formulaires distincts, ceux-ci sont joints au dossier, constituant ainsi une seule demande de permis.

Extrait de l'article R.IV.26-3

Moyennant l'accord préalable de l'autorité compétente ou de la personne qu'elle délègue en vertu de l'article D.IV.33 ou du Ministre lorsqu'il est l'autorité chargée de l'instruction des demandes de permis visées aux articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12°, et D.V.16, le demandeur peut produire **les plans à une autre échelle que celles arrêtées**.

À titre exceptionnel, l'autorité compétente ou la personne qu'elle délègue en vertu de l'article D.IV.33 ou le Ministre lorsqu'il est l'autorité chargée de l'instruction des demandes de permis visées aux articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12°, et D.V.16 peut solliciter la **production de documents complémentaires** si ceux-ci sont indispensables à la compréhension du projet. Ces documents complémentaires sont mentionnés dans le relevé des pièces manquantes visé à l'article D.IV.33, alinéa 1^{er}, 2°.

[...]

L'autorité compétente ou la personne qu'elle délègue en vertu de l'article D.IV.33 ou le Ministre lorsqu'il est l'autorité chargée de l'instruction des demandes de permis visées aux articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12°, et D.V.16 peut inviter le demandeur à communiquer **l'exemplaire supplémentaire sur support informatique** en précisant le format du fichier y relatif.

Cadre 15 – Signatures

Je m'engage à solliciter les autorisations ou permis imposés, le cas échéant, par d'autres lois, décrets ou règlements.

Signature du demandeur ou du mandataire

.....

Protection des données

Le Ministère de la Communauté germanophone ou, selon le cas, la commune compétente sont conjointement responsables du traitement de vos données conformément au règlement général (UE) n° 2016/679 du 27 avril 2016 sur la protection des données et à ses dispositions d'exécution. Vos droits à la vie privée font l'objet d'une attention toute particulière. Pour plus d'informations sur la protection de vos droits, veuillez consulter www.ostbelgienlive.be/datenschutzou, selon le cas, la page de la commune relative à sa déclaration en matière de protection des données à caractère personnel. Vous pouvez joindre le délégué du Ministère chargé de la protection des données, M. Wilfried Heyen, à l'adresse suivante : datenschutz@dgov.be. Pour contacter le délégué de la commune chargé de la protection des données, veuillez vous référer à la déclaration de celle-ci en matière de protection des données à caractère personnel.

Conformément à la réglementation en matière de protection des données et au Code du développement territorial (CoDT), les données à caractère personnel communiquées ne seront utilisées par le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière d'Aménagement du territoire (si la demande est introduite auprès du Gouvernement) ou, selon le cas, par la commune (si la demande est introduite auprès d'une commune) qu'en vue d'assurer le suivi de votre dossier.

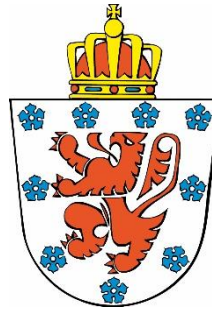
Ces données ne seront communiquées qu'aux autorités, instances, commissions et services prévus dans le CoDT, et particulièrement son livre IV. La Communauté germanophone ou la commune, selon le cas, peut également communiquer vos données à caractère personnel à des tiers si la loi l'y oblige ou si la Communauté germanophone ou la commune, selon le cas, estime de bonne foi qu'une telle divulgation est raisonnablement nécessaire pour se conformer à une procédure légale ou dans le cadre d'une procédure judiciaire.

Ces données ne seront ni vendues ni utilisées à des fins de marketing.

Elles seront conservées aussi longtemps que le permis ou le certificat d'urbanisme est valide. Pour les permis ou certificats d'urbanisme périmés, les données électroniques seront conservées sous une

forme minimisée permettant à la Communauté germanophone ou à la commune, selon le cas, de savoir qu'un permis ou certificat d'urbanisme vous a été attribué et s'il est périmé ou non.

Si, dans le mois de votre demande de renseignements ou de correction, vous n'avez aucune réaction de la part de la Communauté germanophone (lorsque la demande a été introduite auprès du Gouvernement), ou de la commune (lorsque la demande a été introduite auprès de celle-ci), vous pouvez introduire une réclamation sur le site internet de l'Autorité de protection des données (APD) : <https://www.autoriteprotectiondonnees.be/> ou la contacter à l'adresse suivante : Autorité de protection des données, 35, rue de la Presse à 1000 Bruxelles ou par courriel : contact@apd-gba.be.



Demande de permis pour : boisement, déboisement, abattage d'arbres isolés à haute tige, de haies ou d'allées, culture de sapins de Noël, actes d'abattage qui portent préjudice au système racinaire ou qui modifient l'aspect d'un ou plusieurs arbres, arbustes ou haies remarquables, actes de défrichage, de modification de la végétation d'une zone dont le Gouvernement juge la protection nécessaire

CHAMP RESERVE A LA COMMUNE OU AU GOUVERNEMENT

Demandeur

.....

Objet de la demande

.....

Références du dossier

.....

Cadre 1 – Demandeur

Personne physique

Nom : Prénom :

Adresse

Rue : N° Boite :

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

Courriel :

Qualité : ☐ Propriétaire ☐ Exploitant/locataire ☐ Autre :

.....

Personne morale

Dénomination ou raison sociale :

Forme juridique :

Adresse

Rue : N° Boite :

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

Courriel :

Responsable du dossier

Nom : Prénom :

Qualité :

Téléphone : Fax :

Courriel :

Cadre 2 – Objet de la demande

Description des actes projetés et de l'objectif poursuivi :

.....
....
.....
....

.....
....
.....
....
.....
....

Si une mise en œuvre par phases est souhaitée pour ce projet, veuillez décrire ce phasage :

.....
.....
.....
.....

Description de l'arbre/des arbres/de la haie/des haies :

Les arbres/haies figurent-ils sur la liste des arbres ou haies remarquables ?

☐ Oui ☐ Non

Arbres :

N°	Essence	Circonférence (mesurée à 1,50 mètre du niveau du sol) en cm	Diamètre de la couronne en m
1			
2			
3			
4			
5			

Haies :

Essence(s) ligneuse(s) :

.....

Longueur totale à défricher : mètres en section(s) – hauteur des haies : m

Blessures visibles/dégâts/champignons xylophages :

.....
.....
.....
.....

Cadre 3 – Justification de la demande

Justification de la demande¹ :

.....

....

.....

....

.....

....

.....

....

.....

....

.....

....

.....

....

.....

.....

.....

Cadre 4 – Coordonnées d'implantation du projet

Implantation de l'arbre/des arbres/de la haie/des haies :

Adresse (si différente de celle du demandeur) :

.....

Données cadastrales : Division : Section Parcelle(s)
n^o(s).....

Implantation : ☐ Jardin ☐ Jardin ☐ Cour ☐ Prairie ☐ Arbre/haie de
bordure ☐ Autre :

Distance par rapport aux bâtiments : m - Distance par rapport à la rue : m - Distance
par rapport aux conduites aériennes : m

Implantation des arbres de Noël :

Adresse (si différente du demandeur) :

.....

Données cadastrales : Division : Section Parcelle(s)
.....

Implantation : ☐ Jardin ☐ Jardin ☐ Cour ☐ Prairie ☐ Arbre/haie de
bordure ☐ Autre :

¹ par exemple : demande pour permettre l'accès à un terrain, risque de rupture de branches, risque de renversement, mauvais état général ou maladie, dégradation inacceptable, ombrage, dégâts à des constructions, etc. S'il s'agit de plusieurs arbres, numéroter chaque arbre par 1, 2, etc., et indiquer le motif de son abattage :

Distance par rapport aux bâtiments : m - Distance par rapport à la rue : m - Distance par rapport aux lignes aériennes : m

Implantation de la végétation :

Adresse (si différente du demandeur) :

.....

Données cadastrales : Division : Section : Parcelle(s) :

Implantation : ☐ Jardin ☐ Jardin ☐ Cour ☐ Prairie ☐ Arbre/haie de bordure ☐ Autre :

Distance par rapport aux bâtiments : m - Distance par rapport à la rue : m - Distance par rapport aux lignes aériennes : m

Si le projet concerne plus de cinq parcelles, joindre une vue en plan reprenant l'ensemble desdites parcelles.

	Commune	Division	Section	N° et exposant	Propriétaire
Parcelle 1					
Parcelle 2					
Parcelle 3					
Parcelle 4					
Parcelle 5					

Existence de servitudes et autres droits :

Non

Oui :

Cadre 5 – Plantations de remplacement

Je suis conscient du fait qu'une nouvelle plantation sera éventuellement imposée en remplacement de l'arbre/des arbres/de la haie/des haies abattu(e)(s).

Les plantations de remplacement suivantes seraient possibles (veuillez présenter une proposition d'implantation sur le plan de situation) :

.....
.....
.....

Sur le terrain, je ne dispose pas de la place nécessaire pour une plantation de remplacement et propose :

.....
.....
.....

Cadre 6 – Antécédents de la demande – Réunion de projet

- Certificat d’urbanisme n° 1 délivré le à
- Certificat d’urbanisme n° 2 délivré le à
- Permis de patrimoine délivré le à
- Autres permis relatifs au bien (urbanisme, urbanisation, environnement, unique, implantation commerciale, intégré...) :
.....
.....
.....
.....

La demande comprend (joindre en annexe) :

- le procès-verbal lorsqu’une réunion de projet a été menée;
- la preuve de la demande d’une réunion de projet obligatoire en vertu du CoDT, si cette réunion de projet a été sollicitée et qu’elle ne s’est pas tenue dans les vingt jours de la demande.

Cadre 7 – Décret relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et paysages culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles (décret sur le patrimoine)

○	L'objet concerné se trouve dans la zone de protection d'un bien classé provisoirement ou définitivement.
	Non Oui
○	L'objet concerné est classé provisoirement ou définitivement conformément au décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et paysages culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles.
	Non Oui
	- Réunion de projet obligatoire, tenue le
	- Référence du procès-verbal
	- La demande comprend (joindre en annexe) :
	le procès-verbal de la réunion de projet obligatoire (art. D.IV.31.1.);
	le cas échéant, les documents complémentaires qui, en vertu du procès-verbal, doivent être joints à la demande.

Cadre 8 – Situation juridique du bien

Liste des documents du CoDT qui s'appliquent au bien et précision du zonage		
○	Schéma de développement du territoire (si application de l'article D.II.16 du CoDT) :	
○	<u>Plan de secteur :</u>	
○	<u>Carte d'affectation des sols :</u>	
○	<u>Schéma de développement pluricommunal :</u>	
○	<u>Schéma de développement communal :</u>	
○	<u>Schéma d'orientation local :</u>	
○	<u>Guide communal d'urbanisme :</u>	
○	<u>Guide régional d'urbanisme :</u>	
○	<u>Permis d'urbanisation :</u>	Lot n° :
		
○	Bien comportant un arbre – arbuste - une haie remarquable	
○	Bien soumis à la taxation des bénéfices résultant de la planification	
○	Site à réaménager, site de réhabilitation paysagère et environnementale, périmètre de remembrement urbain, de rénovation urbaine, de revitalisation urbaine, zone d'initiative privilégiée : ...	

Cadre 9 – Liste et motivation des dérogations et écarts

Lorsque la demande implique une dérogation au plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme, ou un écart à un schéma, à une carte d'affectation des sols, aux indications d'un guide d'urbanisme ou au permis d'urbanisation : **Justification du respect des conditions fixées par les articles D.IV.5 à D.IV.13. du CoDT :**

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Cadre 10 – Code de l'environnement

La demande comprend (joindre en annexe) :

- ☐ une notice d'évaluation des incidences sur l'environnement;
- ☐ une étude d'incidences sur l'environnement.

Cadre 11 – Décret relatif à la gestion des sols

Lorsque la demande concerne **le défrichement ou la modification de la végétation d'une zone dont le Gouvernement juge la protection nécessaire et que les travaux imposent une modification de l'emprise au sol impactant la gestion des sols**

- il faut vérifier les données relatives au bien inscrites dans la banque de données au sens du décret du 1^{er} mars 2018 relatif à la gestion et à l'assainissement des sols;
- il faut joindre en annexe le formulaire, dûment complété et accompagné des documents requis au sens du décret du 1^{er} mars 2018 relatif à la gestion et à l'assainissement des sols.

Cadre 12 – Annexes à fournir

En plus des annexes relatives au :

- Cadre 6 : Réunion de projet
- Cadre 7 : Décret sur le patrimoine
- Cadre 10 : Code de l'environnement
- Cadre 11 : Gestion des sols

Les documents suivants doivent être joints en six exemplaires à la demande (selon le nombre d'avis sollicité, des exemplaires supplémentaires peuvent être demandés par la suite, sans que leur nombre puisse dépasser celui des avis à solliciter) :

- ☐ un plan de situation qui figure :
 - ☐ l'orientation;
 - ☐ les limites et la superficie de la parcelle concernée;

- ☐ le cas échéant, l'implantation des constructions existant sur la parcelle;
- ☐ l'implantation des plantations et l'indication des essences concernées;
- ☐ les arbres présents à conserver;
- ☐ le cas échéant, la nature des clôtures;

- ☐ les voies de desserte avec indication de leur statut juridique et de leur dénomination;
- ☐ l'implantation, la nature ou l'affectation des constructions existantes dans un rayon de 50 mètres;
- ☐ le cas échéant, la localisation des plantations de remplacement;
- ☐ l'indication numérotée des prises de vues du reportage photographique;
- ☐ les servitudes du fait de l'homme sur le terrain;
- ☐ la situation prévue après la culture intensive d'essences forestières, le déboisement, l'abattage d'un ou plusieurs arbres, arbustes, allées ou haies, le défrichement ou la modification de la végétation, la culture de sapins de Noël.

- ☐ un reportage photographique qui permet la prise en compte du contexte urbanistique et paysager et qui contient au minimum :
 - ☐ des photos des arbres/haies/allées/végétation
 - ☐ au moins trois prises de vues afin de visualiser les limites du bien concerné et les constructions/parcelles voisines;

Les plans sont numérotés et pliés au format standard de 21 sur 29,7 cm.
--

Extrait de l'article R.IV.26-1

[...]

Si la demande de permis porte sur différents objets requérant des formulaires distincts, ceux-ci sont joints au dossier, constituant ainsi une seule demande de permis.

Extrait de l'article R.IV.26-3

Moyennant l'accord préalable de l'autorité compétente ou de la personne qu'elle délègue en vertu de l'article D.IV.33 ou du Ministre lorsqu'il est l'autorité chargée de l'instruction des demandes de permis visées aux articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12°, et D.V.16, le demandeur peut produire **les plans à une autre échelle que celles arrêtées.**

À titre exceptionnel, l'autorité compétente ou la personne qu'elle délègue en vertu de l'article D.IV.33 ou le Ministre lorsqu'il est l'autorité chargée de l'instruction des demandes de permis visées aux articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12°, et D.V.16 peut solliciter la **production de documents**

complémentaires si ceux-ci sont indispensables à la compréhension du projet. Ces documents complémentaires sont mentionnés dans le relevé des pièces manquantes visé à l'article D.IV.33, alinéa 1^{er}, 2°.

[...]

L'autorité compétente ou la personne qu'elle délègue en vertu de l'article D.IV.33 ou le Ministre lorsqu'il est l'autorité chargée de l'instruction des demandes de permis visées aux articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12°, et D.V.16 peut inviter le demandeur à communiquer **l'exemplaire supplémentaire sur support informatique** en précisant le format du fichier y relatif.

Cadre 13 – Signatures

J'ai pris connaissance du fait que :

- l'arbre/les arbres/la haie/les haies ne peut/peuvent être abattus avant la délivrance du permis;
- le cas échéant, un agent (commune, agent forestier, etc.) se présentera pour rendre un avis à propos de l'arbre/des arbres/de la haie/des haies.

Je m'engage à solliciter les autorisations ou permis imposés, le cas échéant, par d'autres lois, décrets ou règlements.

Signature du demandeur ou du mandataire

.....

Protection des données

Le Ministère de la Communauté germanophone ou, selon le cas, la commune compétente sont conjointement responsables du traitement de vos données conformément au règlement général (UE) n° 2016/679 du 27 avril 2016 sur la protection des données et à ses dispositions d'exécution. Vos droits à la vie privée font l'objet d'une attention toute particulière. Pour plus d'informations sur la protection de vos droits, veuillez consulter www.ostbelgienlive.be/datenschutz ou, selon le cas, la page de la commune relative à sa déclaration en matière de protection des données à caractère personnel. Vous pouvez joindre le délégué du Ministère chargé de la protection des données, M. Wilfried Heyen, à l'adresse suivante : datenschutz@dgov.be. Pour contacter le délégué de la commune chargé de la protection des données, veuillez vous référer à la déclaration de celle-ci en matière de protection des données à caractère personnel.

Conformément à la réglementation en matière de protection des données et au Code du développement territorial (CoDT), les données à caractère personnel communiquées ne seront utilisées par le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière d'Aménagement du territoire (si la demande est introduite auprès du Gouvernement) ou, selon le cas, par la commune (si la demande est introduite auprès d'une commune) qu'en vue d'assurer le suivi de votre dossier.

Ces données ne seront communiquées qu'aux autorités, instances, commissions et services prévus dans le CoDT, et particulièrement son livre IV. La Communauté germanophone ou la commune, selon le cas, peut également communiquer vos données à caractère personnel à des tiers si la loi l'y oblige ou si la Communauté germanophone ou la commune, selon le cas, estime de bonne foi qu'une telle divulgation est raisonnablement nécessaire pour se conformer à une procédure légale ou dans le cadre d'une procédure judiciaire.

Ces données ne seront ni vendues ni utilisées à des fins de marketing.

Elles seront conservées aussi longtemps que le permis ou le certificat d'urbanisme est valide. Pour les permis ou certificats d'urbanisme périmés, les données électroniques seront conservées sous une forme minimisée permettant à la Communauté germanophone ou à la commune, selon le cas, de savoir qu'un permis ou certificat d'urbanisme vous a été attribué et s'il est périmé ou non.

Si, dans le mois de votre demande de renseignements ou de correction, vous n'avez aucune réaction de la part de la Communauté germanophone (lorsque la demande a été introduite auprès du Gouvernement), ou de la commune (lorsque la demande a été introduite auprès de celle-ci), vous pouvez introduire une réclamation sur le site internet de l'Autorité de protection des données (APD) : <https://www.autoriteprotectiondonnees.be/> ou la contacter à l'adresse suivante : Autorité de protection des données, 35, rue de la Presse à 1000 Bruxelles ou par courriel : contact@apd-gba.be.